

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Pressefreiheit

Stefan Niggemeier

NICHT NUR DIE WELT,
AUCH SICH SELBST ERKLÄREN.
ZUR ROLLE DES
JOURNALISMUS HEUTE

Julia Cagé

MEDIEN, MACHT, DEMOKRATIE.
WETTBEWERB UND
KONZENTRATION
AUF DEM MEDIENMARKT

Horst Pöttker

PRESSEFREIHEIT IN
DEUTSCHLAND. NUTZEN,
GRENZEN, GEFÄHRDUNGEN

Susanne Fengler

TWITTER STATT PRESSERAT?
MEDIENSELBSTKONTROLLE
IM INTERNATIONALEN
VERGLEICH

Marlis Prinzing

PRESSEFREIHEIT IN EUROPA.
EINE BESTANDSAUFNAHME

John David Seidler

„LÜGENPRESSE!“ MEDIEN
ALS GEGENSTAND VON
VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN

Uwe Krüger

MEDIEN IM MAINSTREAM –
PROBLEM ODER
NOTWENDIGKEIT?

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Pressefreiheit

APuZ 30–32/2016

STEFAN NIGGEMEIER

NICHT NUR DIE WELT,
AUCH SICH SELBST ERKLÄREN.
ZUR ROLLE DES JOURNALISMUS HEUTE
Journalisten müssen in einem viel stärkeren
Maße auch sich selbst erklären: ihr konkretes
Handeln und journalistische Praktiken generell.
Sie müssen streiten, erläutern und argumen-
tieren. Das ist mühsam, und oft genug wird es
scheitern. Aber es ist notwendiger denn je.

Seite 04–08

HORST PÖTTKER

PRESSEFREIHEIT IN DEUTSCHLAND.
NUTZEN, GRENZEN, GEFÄHRDUNGEN
Pressefreiheit ist kein Luxus. Sie ist eine
systemrelevante Errungenschaft. Seit ihrer
rechtlichen Verankerung im Grundgesetz hat
sie eine beachtliche Entwicklung genommen,
dennoch bleibt einiges zu tun, um sie dauerhaft
zu gewährleisten.

Seite 09–15

MARLIS PRINZING

PRESSEFREIHEIT IN EUROPA.
EINE BESTANDSAUFNAHME
So frei wie in Europa können Journalisten sonst
allenfalls in den USA, Kanada, Australien und
Neuseeland arbeiten. Blickt man genauer hin,
wird aber klar: Pressefreiheit bleibt auch hier
ein angreifbares Recht. Es bedarf gewichtiger
Seismografen, die für sie eintreten.

Seite 16–21

UWE KRÜGER

MEDIEN IM MAINSTREAM –
PROBLEM ODER NOTWENDIGKEIT?
Viele Mediennutzer äußern Zweifel an der
Glaubwürdigkeit der etablierten Medien und
bemängeln enge Meinungskorridore. Welche
Mechanismen können in einer freiheitlich-demo-
kratischen Gesellschaft zu einer eingeschränkten
Meinungsvielfalt führen?

Seite 22–27

JULIA CAGÉ

MEDIEN, MACHT, DEMOKRATIE.
WETTBEWERB UND KONZENTRATION
AUF DEM MEDIENMARKT
Die Medien befinden sich ökonomisch in einer
tiefen Krise. Dies hat auch Auswirkungen auf
das Funktionieren unserer Demokratien. Die
prekäre Lage verschärft sich durch die Auftei-
lung des Marktes auf wenige große Akteure.
Ein Lösungsvorschlag.

Seite 28–33

SUSANNE FENGLER

TWITTER STATT PRESSERAT?
MEDIENSELBSTKONTROLLE
IM INTERNATIONALEN VERGLEICH
Im digitalen Zeitalter können die etablierten
Medien die Diskussion über die Rolle des
Journalismus in der Gesellschaft nicht mehr
steuern. Das stellt die traditionellen Instrumente
der Mediensebstkontrolle vor große Heraus-
forderungen – im Inland wie im Ausland.

Seite 34–40

JOHN DAVID SEIDLER

„LÜGENPRESSE!“ MEDIEN ALS GEGENSTAND
VON VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN
Die Annahme einer medialen Verschwörung
bildet gewissermaßen die Grundlage sämtlicher
Verschwörungstheorien. Wer Medien in
diesem Sinne kritisieren möchte, erwirbt sich
ein Abonnement fürs Rechthaben: Passende
Beispiele lassen sich immer finden.

Seite 41–46

EDITORIAL

Die Bedeutung der Pressefreiheit ist kaum zu überschätzen: Ohne freie und unabhängige Berichterstattung kann eine demokratisch verfasste Gesellschaft nicht funktionieren; weder könnten sich die Bürgerinnen und Bürger umfassend informieren, noch würden die Mächtigen ausreichend kontrolliert. Wie in den meisten Ländern Europas gehört Pressefreiheit in Deutschland zu den Grundrechten; im Grundgesetz ist sie, wie auch die Meinungs- und Informationsfreiheit, in Artikel 5 festgeschrieben. Bis dahin war es ein langer Weg, und auch seitdem blieb sie nicht unangefochten: Das Bundesverfassungsgericht hat die Freiheit der Medien mehrfach mit richtungsweisenden Urteilen verteidigt und gefestigt.

Während die gesetzlichen Fundamente für eine „funktionierende“ journalistische Berichterstattung weitgehend gesichert sind, scheint eine andere Grundbedingung zu erodieren: Seit einiger Zeit ist von einer tiefen Vertrauenskrise die Rede – die unseligen „Lügenpresse“-Rufe bei Pegida-Zusammenkünften sind nur der auffälligste Ausdruck. Der Erfolg rechtspopulistischer Bewegungen geht offensichtlich mit wachsender Skepsis gegenüber den etablierten Medien einher, die sich und den Wert ihrer Arbeit heute ohnehin viel mehr als früher erklären müssen.

Im internationalen Vergleich können sich in Deutschland arbeitende Journalistinnen und Journalisten trotzdem glücklich schätzen. Unter anderem in Polen, Ungarn und der Türkei wurden in jüngerer Zeit die Möglichkeiten freier Berichterstattung bedenklich eingeschränkt. Die Pressefreiheit zu schützen, bleibt eine Daueraufgabe. Dazu gehört es auch, den Leserinnen, Zuschauern und Hörerinnen wiederholt ins Bewusstsein zu rufen, dass es um ein Recht geht, das nicht nur den Medien, sondern vor allem der Allgemeinheit dient.

Johannes Piepenbrink

ESSAY

NICHT NUR DIE WELT, AUCH SICH SELBST ERKLÄREN

Zur Rolle des Journalismus heute

Stefan Niggemeier

Ende Mai 2016 landete die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ (FAS) einen Scoop, der tagelang Nachrichten und Debatten dominierte. In einem Gespräch mit zwei Redakteuren soll der stellvertretende Bundessprecher der AfD, Alexander Gauland, über den Fußballnationalspieler Jérôme Boateng gesagt haben: „Die Leute finden ihn als Fußballspieler gut. Aber sie wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben.“ Boateng ist in Berlin geboren und Sohn eines Ghanaers und einer Deutschen. Die FAS machte die Aussage zum Thema ihres Aufmachers. Am 29. Mai erschien sie mit der Schlagzeile: „Gauland beleidigt Boateng“.⁰¹ Gaulands Aussage löste Empörung aus. Einige kritische Reaktionen, unter anderem vom Deutschen Fußball-Bund (DFB), hatte die FAS bereits für ihren Artikel eingesammelt. Der AfD-Politiker reagierte auf die Veröffentlichung mit wechselnden und teils widersprüchlichen Erklärungen. Er gab an, sich nicht genau erinnern zu können; er bestritt, sich überhaupt „über Herrn Boateng geäußert“ zu haben, den er gar nicht kenne; er behauptete, es habe sich um ein vertrauliches Hintergrundgespräch gehandelt, aus dem die Zeitung nicht hätte zitieren dürfen.

In der Folge entwickelte sich nicht nur eine lebhafteste Debatte über Rassismus, sondern auch eine über guten und schlechten Journalismus. Letztere taugt als Lehrstück darüber, wie sich die Bedingungen, unter denen Journalistinnen und Journalisten arbeiten, in den vergangenen Jahren gewandelt haben – und was das für den professionellen Journalismus heute bedeutet.

Gauland gab in seinen Verteidigungsversuchen keine gute Figur ab, aber auch die Zeitung sah sich massiver Kritik ausgesetzt. AfD-Anhänger kritisierten nicht nur die Zuspitzung der Schlagzeile, sondern zweifelten an Richtigkeit und Zulässig-

keit der Berichterstattung. In ihren Verteidigungsversuchen gab dann wiederum die FAS keine gute Figur ab. Der Politikchef des Online-Auftritts der Zeitung twitterte zunächst: „gesagt ist gesagt alles auf Band“, musste das aber wenige Stunden später korrigieren: „Gauland nicht auf band aber von beiden Kollegen handschriftlich aufgezeichnet“.⁰² Offenbar hatte er die offizielle Erklärung der FAS-Politikredaktion falsch verstanden, in der es sprachlich verwirrend über das Gespräch mit Gauland hieß: „Beide Kollegen haben die Passage aufgezeichnet, ihre Aufzeichnungen stimmen überein.“ Das Wort „aufgezeichnet“ suggeriert einen Mitschnitt, das Wort „Aufzeichnungen“ hingegen das Mitschreiben. Verwirrend ist auch: Bei dem Gespräch handelte es sich nach Darstellung der Zeitung weder um ein vertrauliches Hintergrundgespräch noch um ein offenes Interview, sondern um ein „Informationsgespräch“. Nur ein Teil daraus – nicht der, in dem es um Boateng ging – sei von Gauland als „Hintergrund“ und vertraulich zu behandeln eingestuft worden. Im Deutschlandfunk am folgenden Tag wurde Eckart Lohse, einer der beiden FAS-Interviewer, damit konfrontiert, dass Gauland Boateng gar nicht erwähnt haben will. Lohse sagte: „Wir haben ihn gefragt bei dem Thema ‚Fremd sein in Deutschland und Integration‘, wie es denn mit Herrn Boateng zum Beispiel sei, und dann hat er die Antwort gegeben, die er gegeben hat und die wir veröffentlicht haben.“⁰³

Darin sahen Kritiker nun ein Eingeständnis der Zeitung, dass sie es war, die den Namen des Fußballspielers überhaupt in die Diskussion gebracht hat. Aus all den scheinbaren oder tatsächlichen Widersprüchen, den Ungenauigkeiten und Unklarheiten, schlossen sie, dass die FAS Gauland eine Falle gestellt und ihn unfair behandelt habe. Rechte Publizisten griffen das Blatt wütend an. Der

frühere „Welt“- und „Spiegel“-Redakteur Matthias Matussek schrieb auf Facebook: „Ich hatte mich über Gauland empört, wie wahrscheinlich die halbe Nation. Jetzt empöre ich mich über den versuchten Rufmord zweier übereifriger Redakteure auf der Jagd. Ich hatte bisher felsenfest auf die Seriosität der FAS gebaut. Auch diese Gewissheit ist dahin.“⁰⁴ Der vom FAZ-Redakteur zu einem der einflussreichsten „Lügenpresse“-Rufer gewordene Udo Ulfkotte schrieb auf Facebook neben vielen anderen Beleidigungen und Beschimpfungen von einer „Sauerei“.⁰⁵ Und die Publizistin Bettina Röhl fragte im Online-Magazin „Tichys Einblick“: „Wird aus dem Fall Gauland ein Fall FAZ?“⁰⁶ Sie war mit dieser Frage nicht allein, und diese Frage kam nicht nur aus dem rechten und ganz rechten Spektrum. Hat die Titelgeschichte Gauland geschadet? Oder der FAS? Oder beiden?

SPIRALE DER MEDIENKRITIK

Natürlich hat es das immer schon gegeben, dass ein Medium sich kritische Fragen gefallen lassen muss, dass es sich Kritik ausgesetzt sieht – von Lesern, von Betroffenen, von Kollegen – wegen seiner Berichterstattung. Aber Größe, Geschwindigkeit und Heftigkeit der Gegenreaktion im Fall Gauland sind Ausdruck einer speziellen, neuen Situation, in der sich der professionelle Journalismus befindet: Ein erheblicher Teil des Publikums misstraut den Journalisten. Die Leute finden andere Quellen, die sie in ihrem Misstrauen bestärken. Sie finden andere Menschen, die ihr Misstrauen teilen. Das ist nicht nur ein Kreislauf. Es ist eine Spirale.

Es mischen sich, in diesem Fall und grundsätzlich, gute und schlechte Gründe für das Misstrauen. Die FAS hat durch die Art, wie sie mit

dem Zitat Gaulands umgegangen ist, tatsächlich Anlass für Kritik gegeben, aber ein Teil der Kritik entsteht auch aus Unwissenheit über die Praxis des Journalismus. Schon die Tatsache, dass Journalisten sich bei einem solchen Gespräch Notizen machen anstatt ein Band mitlaufen zu lassen, bestätigt ihren Argwohn – dabei ist das bei Zeitungsjournalisten keine ungewöhnliche Praxis.

Es mischt sich auch allgemein nachvollziehbare Skepsis mit interessengeleiteter Kritik: Die AfD und ihre Anhänger schüren bewusst (und auch mit irreführenden Aussagen) Misstrauen, um die Gegenseite in diesem Konflikt zu diskreditieren. Auch das ist prinzipiell nicht neu; neu ist aber, dass sich die Machtverhältnisse verschoben haben. Die offizielle Seite der AfD hat auf Facebook über eine Viertelmillion Freunde. Allein diese Zahl lässt erahnen, dass die Zeiten vorbei sind, in denen Leitmedien wie die FAZ die Kommunikation dominierten; in denen sie die einzigen waren, die über ein Megafon verfügten, mit dem sie zu Hunderttausenden Menschen sprachen. Sie haben nicht mehr automatisch die Diskurshoheit – wenn man überhaupt noch davon sprechen kann, dass es einen Diskurs gibt und nicht viele Konversationen, die parallel stattfinden und gar nicht mehr unbedingt aufeinander eingehen.

Medien sehen sich heute in gleichem Maße kritischer Beobachtung ausgesetzt, wie es früher nur die Objekte ihrer Berichterstattung waren. Nach einer Veröffentlichung wie der über Gauland wird nicht nur jedes Wort von Gauland auf die Goldwaage gelegt, sondern auch jedes Wort der FAZ. Die klassischen Medien tun sich immer noch schwer, damit umzugehen. Die Situation verschärft sich, wenn die Medien von Teilen des Publikums als Gegner wahrgenommen werden. Auch das ist eine Wahrnehmung, die einerseits gezielt von Parteien und Gruppen aus ideologischen und strategischen Gründen gefördert wird, um sich als Opfer darzustellen und unliebsame – auch korrekte – Berichterstattung zu diskreditieren. Aber es ist eine Wahrnehmung, die andererseits zum Beispiel damit korreliert, dass einige Medien die AfD als Gegner behandeln, als neue Gruppierung, die es nicht nur kritisch zu begleiten gilt, wie alle anderen auch, sondern zu bekämpfen.

Journalisten werden nie, egal wie geschickt sie handeln, all diese „Gegner“ überzeugen. Aber sie haben die Chance, ihnen zumindest nicht unnötig Munition zu geben. Und sie haben die Chance, den Teil des Publikums zu überzeugen, der kritisch ist,

01 Markus Wehner/Eckart Lohse, Gauland beleidigt Boateng, 29. 5. 2016, www.faz.net/-14257743.html.

02 Siehe die Tweets unter <https://twitter.com/ThomasHoll/status/736879551268196352> und <https://twitter.com/ThomasHoll/status/736920846560841729>.

03 „Es ging sehr konkret um das Beispiel Jérôme Boateng“, 30. 5. 2016, www.deutschlandfunk.de/gauland-aeusserung-es-ging-sehr-konkret-um-das-beispiel.694.de.html?dram:article_id=355634.

04 Siehe www.facebook.com/matthias.matussek/posts/10201666642505463.

05 Siehe www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=1729856120602965&id=100007357818629.

06 Bettina Röhl, FAZ rudert zu Gauland und wirft neue Fragen auf, 30. 5. 2016, www.rolandtichy.de/daili-es-sentials/update-fall-gauland-oder-faz.

aber nicht feindselig: Menschen, die (noch) keine Gegner sind, sondern Zweifler und Kritiker, die bei einer Auseinandersetzung zwischen AfD und FAZ nicht automatisch der Darstellung der FAZ glauben, die sich kritisch mit Medien und ihrer Berichterstattung, aber auch mit der Politik und den anderen Akteuren auseinandersetzen – kurz: Menschen, die offen sind für Argumente, aber die tatsächlich auch überzeugt werden wollen und müssen. Das ist, einerseits, natürlich genau das Publikum für Leitmedien wie die FAZ. Es ist aber, andererseits, nicht mehr automatisch deren Publikum. Sie können es nicht mehr als selbstverständlich voraussetzen. Und sie können nicht mehr mit ihm kommunizieren, als sei ihre Berichterstattung über jeden Zweifel erhaben, als stünde ihre Autorität außer Frage und bürge allein ihr behaupteter Anspruch schon für Qualität.

DEN EIGENEN WERT ERKLÄREN

Seit Jahren wird beschrieben, wie die digitale Revolution die Bedeutung von Massenmedien erodiert. Aber erst seit kurzem sind diese Auswirkungen auch praktisch greifbar und unübersehbar. Die klassischen Medien haben in vielfacher Hinsicht ein Monopol verloren, ihre Gatekeeper-Rolle. Sie sind nicht mehr die einzigen, die an ein großes Publikum senden – jeder kann publizieren. Sie kontrollieren nicht mehr allein, welche Informationen an eine breite Öffentlichkeit kommen – jeder kann sich aus den unterschiedlichsten Quellen informieren. Sie sind nicht einmal mehr diejenigen, die exklusiv bestimmen, welche Nachrichten wichtig sind und große Verbreitung finden – das tun inzwischen die Algorithmen von Unternehmen wie Google oder Facebook. Und als wäre der Verlust an Bedeutung, Macht und Einfluss nicht schlimm genug, verlieren sie auch noch Einnahmen und damit Ressourcen, um hochwertigen Journalismus zu produzieren, der ihre Einzigartigkeit oder Unverzichtbarkeit beweisen könnte.

Professionelle Journalisten und klassische Medien bestimmen immer noch in einem sehr großen Maße, worüber die Menschen reden und wie sie das tun. Aber der Verlust des Monopols ist real – und er betrifft den gesamten Kommunikationsprozess vom Akteur bis zum Rezipienten. Prominente kommunizieren inzwischen oft über Instagram oder Twitter direkt mit ihren Fans – die Medien erzählen das dann nur noch nach. Politiker nutzen eigene Fotografen und Kanäle jen-

seits der klassischen Medien, um mit ausgewählten Bildern ihr Image zu prägen – Medien greifen auf diese Fotos zurück, weil sie attraktiv und nah sind. Pressestellen fertigen eigene Videos von Ereignissen an und gewähren nur so Einblicke hinter die Kulissen – Medien zeigen sie mangels Alternative. Parteien kommunizieren via Facebook und Twitter mit der Öffentlichkeit – und gelten dabei nicht automatisch als weniger vertrauenswürdig: Dass sie Partei sind, mag ihre Aussagen in den Augen eines Teils des Publikums sogar noch überzeugender wirken lassen. Die Faktoren Nähe und Authentizität rivalisieren mit Qualitäten journalistischer Distanz und Unabhängigkeit.

Scheinbar ist man als intensiver Social-Media-Nutzer besser informiert denn als treuer Zeitungsleser: Man bekommt die Informationen schneller und ungefilterter, sie sind oft auch viel aufregender (wenn auch im Zweifel nicht unbedingt wahr). Professioneller Journalismus muss hier viel mehr erläutern: Warum manche Meldungen später kommen (weil sie erst überprüft werden), warum manche Details fehlen (weil sie nichts zur Sache tun, Persönlichkeitsrechte verletzen oder Minderheiten diskriminieren, dazu unten mehr) – und, ganz fundamental: Warum er überhaupt nötig ist, wenn man sich doch aus allen möglichen Quellen „direkt“ informieren kann. Der Wert von Journalismus scheint weniger Menschen einleuchtend als in den Jahrzehnten zuvor, und das hängt nicht nur damit zusammen, dass man online so viel umsonst bekommt, sondern auch mit einem fundamentalen Unwissen über den Wert der Arbeit von Menschen, die vor der Veröffentlichung von Informationen prüfen, kritisch nachfragen, recherchieren. Journalisten müssen das – und sich – in einem viel größeren Maße erklären: ihr konkretes Handeln (wie im Fall Gauland) und journalistische Handlungsweisen generell. Und sie müssen gleichzeitig beweisen, dass sie diesem höheren Anspruch auch genügen: dass sie tatsächlich alles tun, um möglichst gut zu informieren, nicht auf Gerüchte und Falschmeldungen hereinfallen, PR-Drehs und Manipulationen entlarven, fundiert und kenntnisreich berichten.

Das ist schwer, aber alternativlos: Professionelle, seriöse Medien müssen anders sein, wenn sie eine Chance haben wollen gegen das, was man auf allen möglichen Wegen aus allen möglichen Quellen gratis im Netz findet. Aber gleichzeitig wird diese Andersartigkeit vom Publikum nicht automatisch als Vorteil wahrgenommen. Seriöse Medi-

en sehen sich doppelt gering geschätzt: von Leuten, die ohnehin keinen Wert im Journalismus sehen, und von Leuten, die ihre hohen Ansprüche an den Journalismus von ihnen nicht erfüllt sehen.

SCHNELL SEIN ODER GENAU SEIN?

Der Verlust der Gatekeeper-Rolle stellt den Journalismus vor neue Herausforderungen. Besonders deutlich wurde das jüngst angesichts der Diskussion um die Richtlinie 12.1 im Pressekodex, die empfiehlt, die Nationalität oder Herkunft von Straftätern und Verdächtigen nur dann zu nennen, wenn „für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht“. Diese Richtlinie war immer schon umstritten, gerade auch unter Journalisten, aber derzeit steht sie besonders unter Druck: nicht nur aufgrund der speziellen Lage wegen der vielen Flüchtlinge, die 2015 nach Deutschland gekommen sind, und der aufgeregten Debatte nach den Übergriffen ausländischer Männer in der Silvesternacht in Köln, sondern allein schon, weil die Richtlinie ohnehin nicht verhindern kann, dass bestimmte Informationen die Öffentlichkeit erreichen.

Wer wissen möchte, welcher Nationalität oder Ethnizität ein Täter oder Verdächtiger angehört, findet heute Quellen dafür. Sowohl offizielle Quellen, die früher nur Journalisten zugänglich waren (etwa Polizeiberichte) oder auch Gerüchte aus der Nachbarschaft, die mal mehr, mal weniger fundiert sind, sind plötzlich einem globalen Massenpublikum zugänglich. Rechte Stimmungsmacher sammeln und kommentieren jede Meldung darüber, wenn ein Asylbewerber eine Frau vergewaltigt hat – und weil sie ausschließlich solche Fälle sammeln, ist jeder Einzelfall Beweis dafür, dass alle Asylbewerber chronische Vergewaltiger sind. Klassische Medien können nicht nur nicht verhindern, dass sich auf diese Weise Vorurteile entwickeln und verfestigen. Sie stehen, wenn sie – aus guten Gründen⁰⁷ – solche Informationen weglassen, um Minderheiten nicht zu stigmatisieren und zu diskriminieren, im Verdacht, ihre Leser nicht umfassend zu informieren. Auch auf diese Weise kann sich Misstrauen vergrößern.

Die Alternative ist allerdings auch nicht besser: Wenn klassische Medien im Wettlauf mit Social Media ungeprüft Gerüchte verbreiten und reflexhaft reagieren, verlieren sie ebenfalls Vertrauen

– und berauben sich darüber hinaus eines gewichtigen Arguments dafür, dass ihre Existenz wichtig und ihre Inhalte zum Teil kostenpflichtig sind. Die einzige Chance für Qualitätsjournalismus besteht darin, dass er seine Andersartigkeit täglich neu beweist: durch handwerklich saubere Arbeit – das Recherchieren und professionelle Aufbereiten von Informationen – und dadurch, dass er sich erklärt, Rechenschaft ablegt, kommuniziert. Die deutschen Medien sind besser darin geworden, teilweise auch aus der Not und unter dem Druck skeptischer Leser. Als etwa in der Folge der Kölner Silvesternacht die Presserats-Richtlinie 12.1 von Lesern angeprangert wurde, erklärten viele Zeitungen die eigene Praxis und die Logik dahinter. Das ist richtig und hilfreich, war aber möglicherweise zu spät und zu wenig angesichts der Vertrauenskrise des Journalismus.

Im Zusammenhang mit der großen Zahl von Flüchtlingen, die 2015 nach Deutschland kam, haben viele Medien eine neue Rolle für sich gefunden: als Entlarver von Falschmeldungen, die – teils unbedarft verbreitet, teils gezielt befördert – im Netz kursieren. Immer wieder gehen sie Schauermärchen über Untaten von Asylbewerbern nach und demonstrieren den Wert einer Recherche, die sich nicht nur auf Hörensagen und Zusammengereimtes verlässt. Aber selbst das ist im neuen Klima des Misstrauens nicht unproblematisch, stellt sich doch manchem Beobachter die Frage: Sind die Recherchen primär durch den Kampf gegen Falschmeldungen motiviert – oder durch den Kampf für die Illusion, dass die Migranten keine Probleme mit sich bringen? Es ist gut, dass die Medien nüchtern überprüfen, wie viele Verbrechen tatsächlich von Asylbewerbern verübt werden. Es ist nicht so gut, wenn dabei der Eindruck vermittelt wird, dass Asylbewerber überhaupt keine Verbrechen begehen könnten.

Auch deshalb traf die Wut die Medien mit einer solchen Wucht, als erst mit ein paar Tagen Verzögerung bekannt wurde, dass es in der Silvesternacht in Köln zu massenhaften Übergriffen durch Ausländer gekommen war. Die Ereignisse wurden als Beleg dafür wahrgenommen, dass die Medien den Menschen etwas vormachen wollen, dass jedes einzelne Aufdecken eines falschen Gerüchtes über Ausländerkriminalität nur ein Ablenkungsmanöver ist, dass sie Komplizen der Mächtigen sind. Diese Vorwürfe sind sicher zum Teil falsch. Aber die Medien selbst haben genügend Anlass gegeben, ihnen zu misstrauen.

⁰⁷ Für die gegenteilige Auffassung siehe den Beitrag von Horst Pöttker in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

KRITIK ERNST NEHMEN, HALTUNG BEWEISEN

Der behaupteten oder tatsächlichen Nähe zu den Eliten entspricht eine wahrgenommene Distanz zur Bevölkerung und sogar dem eigenen Publikum. In den vergangenen Monaten, als sich abzeichnete, dass sich die „Lügenpresse“-Rufe nicht ausschließlich als Hassparolen von Unverbesserlichen abtun ließen, sondern einen Resonanzraum in einem gefährlich großen Teil der Gesellschaft fanden, tauchte plötzlich in mehreren großen Medien das Genre des Hausbesuchs auf. Journalisten trafen Leser, ehemalige Leserinnen, Kritiker, und ließen sich erklären, was ihnen eigentlich an ihrer Berichterstattung missfällt, woher das Misstrauen kommt. Es waren Erkundungen und Erkundigungen, Versuche einer Verständigung und eines Dialogs. Das war gut oder mindestens gut gemeint, aber es wirkte auch wie ein Armutszeugnis: dass sich die Journalisten dem Publikum nähern mussten wie fremden Wesen, und dass sie das so spät taten. Zu lange hatten sie angenommen, sich nicht erklären zu müssen, handelten, als hätten sie immer noch ein Meinungsmonopol, als wäre man selbst immer noch ein Gatekeeper, der unbequeme Wahrheiten und bequeme Unwahrheiten einfach ignorieren könnte. Journalisten müssen sich stellen, der berechtigten Kritik und den unberechtigten Vorwürfen. Wegducken gilt nicht mehr.

Dass ein Buch wie Udo Ulfkottes „Gekaufte Journalisten“, das sich über viele Wochen oben in den Bestsellerlisten hielt, fast nirgends in den klassischen Medien vorkam, um sich mit seinen Behauptungen auseinanderzusetzen oder wenigstens mit der offenkundigen Anziehungskraft, die sie auf viele Menschen hatten, ist ein bestürzendes Versäumnis und nicht untypisch. Die etablierten Medien müssen sich damit beschäftigen, wie die Kritiker oder Verächter die Welt sehen, welchen Missverständnissen sie aufsitzen, welchen Lügen sie glauben – aber auch, welche berechtigten Vorwürfe sie ihnen machen. Das ist in Zeiten des Internets leicht, geschieht aber viel zu selten. So wie sich ein Teil des Publikums abgewandt hat und gar nicht mehr überprüft, ob sein Urteil über die Medien stimmt, so scheinen die Medien einen Teil des Publikums abgeschrieben zu haben.

Dabei würde es helfen, die zentralen und manchmal geradezu mythisch überhöhten Ereignisse zu kennen, auf die sich Kritiker berufen, um zu „belegen“, dass die Presse nicht wirklich frei ist. Dazu gehört zum Beispiel ein „sonderbares Treffen“ im Kanzleramt 2008, über das der „Freitag“-

Verleger Jakob Augstein zwei Jahre später in der „Süddeutschen Zeitung“ schrieb: Zum Ausbruch der großen Finanzkrise soll Merkel „die bedeutenden Chefredakteure der bedeutenden Medien“ eingeladen und gebeten haben, keine Panik zu verbreiten. „Sie haben sich daran gehalten, die Chefredakteure“, schrieb Augstein.⁰⁸ Ob das wirklich eine solch skandalöse und entlarvende Selbstaufgabe der deutschen Presse war, als die sie Kritiker seitdem interpretieren, sei dahingestellt. Aber je mehr die Medien darüber schwiegen und je weniger sie sie erklärten, umso mächtiger wurde die Erzählung von diesem Ereignis. In den Szenen der Kritiker ist diese Episode höchst präsent, viele Journalisten dagegen scheinen sie gar nicht zu kennen.

Journalisten müssen dahin gehen, wo es wehtut, sie müssen wissen, was ihnen vorgeworfen wird, und sie können Vorwürfe, auch wenn sie ihnen lächerlich erscheinen, nicht einfach ignorieren – und wenn sie nicht lächerlich sind, schon gar nicht. Auch das ist, natürlich, eine Gratwanderung. Es geht nicht um Anbiederung; es kann auch nicht gut sein, sich in aussichtslosen Debatten zu verkämpfen und noch auf die letzte Kritik einzugehen. Was ein Medium glaubwürdig und vertrauenswürdig macht, ist nicht nur Demut, sondern auch Selbstbewusstsein. Journalisten dürfen stolz sein auf gelungene Arbeiten, und zur oft von ihnen geforderten Haltung gehört auch, einen Empörungsturm auszuhalten, ohne einzuknicken.

Aber Haltung und Selbstbewusstsein sind nicht dasselbe wie Arroganz und Hybris. Journalisten müssen Rechenschaft ablegen, so wie sie es ganz selbstverständlich von den Protagonisten, über die sie berichten, auch verlangen. Sie müssen streiten, erklären und – ein in diesem Zusammenhang erstaunlich selten erwähntes Konzept – argumentieren. Das ist mühsam, und oft genug wird es scheitern – auch am Unwillen eines Teils der „Gegenseite“, sich überhaupt noch auseinanderzusetzen. Aber wenn wir nicht mehr glauben würden, dass sich Menschen von Worten, Tatsachen, Argumenten überzeugen ließen, dann müssten wir den Beruf des Journalisten aufgeben.

STEFAN NIGGEMEIER

ist freier Journalist und (Mit-)Gründer des Medienblogs „Bildblog“ und des Online-Magazins „Übermedien“. www.uebermedien.de

⁰⁸ Jakob Augstein, Das ist nicht Ihr Kanzleramt!, 22.7.2010, www.sueddeutsche.de/medien/1.63398-2.

PRESSEFREIHEIT IN DEUTSCHLAND

Nutzen, Grenzen, Gefährdungen

Horst Pöttker

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

So knapp die ersten beiden Absätze aus Artikel 5 des Grundgesetzes (GG) zur Meinungs- und Informations- sowie zur Presse-, Rundfunk- und Filmfreiheit sind, so viele Fragen werfen sie auf: Warum ist Pressefreiheit wichtig, was macht sie aus? Ist Pressefreiheit mit ihrer gesetzlichen Verankerung bereits verwirklicht? Was bedeuten die Beschränkungen durch Absatz 2 genau? Im Folgenden werde ich diesen Fragen nachgehen, dabei die Entwicklung der Pressefreiheit in Deutschland skizzieren und zugleich einen Blick auf aktuelle Gefährdungen dieses Grundrechts werfen.

NUTZEN

Pressefreiheit ist kein Luxus. Sie hat einen Nutzen für den Einzelnen, denn ohne sie könnte er sein Leben nicht auf der Höhe der gegebenen Möglichkeiten gestalten. Und sie hat einen sozialen Nutzen, denn ohne sie fehlte es der Gesellschaft an Kraft, Probleme zu erkennen und zu verarbeiten. Komplexe, hochgradig differenzierte Gesellschaften werden von zahlreichen Kommunikationsbarrieren durchzogen; soziale Systeme, deren Mitglieder und Teile sich mangels ungehinderter Kommunikation untereinander nicht verständigen können und zu wenig übereinander erfahren, sind aber auf Dauer nicht lebensfähig.

Journalistinnen und Journalisten haben deshalb die Aufgabe, Öffentlichkeit herzustellen, also: möglichst viele richtige und wichtige Informationen an möglichst viele Menschen zu übermitteln. Das ist nötig, damit Individuen als Wähler oder Marktteilnehmer kundig handeln können. Die selbstregulierende Kraft von Wahlen oder Märkten hängt von breiter Partizipation an ihnen ab, die ihrerseits zum Beispiel von politischen Programmen oder Warenangeboten Transparenz erfordert. Transparenz als Ressource von Selbstregulierung kann jedoch nur entstehen, wenn Journalisten frei sind, im Hinblick auf ihre berufliche Aufgabe selbst zu entscheiden (und damit zu verantworten), was sie recherchieren und veröffentlichen. Und sie kann auch nur entstehen, wenn das Publikum freien Zugang zum so entstehenden Informationsangebot der Medien hat.

Pressefreiheit ist daher eine *systemrelevante* Errungenschaft. Kommunikationsfreiheit ist nicht nur ein Menschenrecht, sie dient dem Allgemeinwohl. Das Bundesverfassungsgericht hat im „Spiegel“-Urteil 1966 festgestellt: „Soll der Bürger politische Entscheidungen treffen, muss er umfassend informiert sein (...). Die Presse (...) beschafft die Informationen, nimmt selbst dazu Stellung und wirkt damit als orientierende Kraft in der öffentlichen Auseinandersetzung. (...) Presseunternehmen stehen miteinander in geistiger und wirtschaftlicher Konkurrenz, in die die öffentliche Gewalt grundsätzlich nicht eingreifen darf.“⁰¹

Das Urteil beendete die „Spiegel“-Affäre, die 1962 durch einen Artikel im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ über die mangelnde Abwehrbereitschaft der Bundeswehr ausgelöst worden war. Infolge einer Strafanzeige wegen Landesverrats hatte der Bundesgerichtshof daraufhin die Redaktionsräume durchsuchen lassen und den Herausgeber Rudolf Augstein, den Verlagsdirektor sowie mehrere Redakteure festnehmen lassen.

Der Urteilsspruch zugunsten des „Spiegels“ gilt seither als ein Meilenstein der Pressefreiheit in Deutschland.⁰²

BEGRIFF

Pressefreiheit ist ein relativer Begriff: Unbeschränktheit von Kommunikation ist nie ganz oder gar nicht gegeben, sondern immer nur mehr oder weniger. Die Organisation Reporter ohne Grenzen macht sich diese Auffassung mit einer abgestuften internationalen Rangliste der Pressefreiheit zu eigen.⁰³ Der Begriff stellt hohe Ansprüche an die Vorstellungskraft, weil er nichts Gegebenes bezeichnet, sondern die Abwesenheit von Kommunikationsbarrieren und daher nur ex negativo bestimmbar ist. Charakteristisch ist Artikel 5 Absatz 1 Satz 3 GG: „Eine Zensur findet nicht statt.“

Was grundsätzlich nicht beschränkt sein soll, ist dagegen leicht zu erkennen. Aus dem Hinweis auf „allgemein zugängliche Quellen“ und der Erwähnung von Presse, Rundfunk und Film geht hervor, dass vor allem öffentliche Kommunikation über Massenmedien gemeint ist. Mit „äußern“ und „sich unterrichten“ ist zudem die aktive wie die passive Dimension von Kommunikation angesprochen. Die Subjekte der Pressefreiheit sollen weder als Kommunikatoren noch als Rezipienten eingeschränkt werden.

Weniger klar ist, *welche* Einschränkungen öffentlicher Kommunikation Pressefreiheit ausschließen soll. Mit dem Zensurverbot verbindet sich die Vorstellung, dass vor allem staatliche Vorgaben gemeint sind. Im wissenschaftlichen wie im praktisch-politischen Diskurs hat sich jedoch die Einsicht durchgesetzt, dass auch dort, wo Pressefreiheit formalrechtlich garantiert wird, öffentliche Kommunikation durch administrative Maßnahmen, ökonomische Verhältnisse oder kulturelle Traditionen unnötig eingeschränkt werden kann. Das zeigt sich besonders an ihrem sozialen Nutzen. Wie kann ungehinderte Information aus allgemein zugänglichen Quellen zu umfassender Transparenz führen, wenn es aufgrund ökonomischer Medienkonzentration an

hinreichender Vielfalt solcher Quellen mangelt? Wie sollen Missstände an den Tag kommen, wenn Journalisten keine Zeit haben oder sich scheuen, Heikles zu recherchieren?

Von Verfassungsrechtlern wird darauf hingewiesen, dass mit dem Begriff der Kommunikationsfreiheit nicht nur die Abwehr staatlicher Beschränkungen der Medien gemeint ist: „Die Kommunikationsfreiheit ist eine ‚Rundumfreiheit‘ (...). Nicht nur staatliche Bevormundung, sondern jedwede Art der Bevormundung ist fernzuhalten. (...) Bei nachhaltiger Gefährdung der Kommunikationsfreiheit (...) können die Grundrechte ausnahmsweise auch unmittelbar gegen Träger wirtschaftlicher, sozialer und anderer Macht wirken.“⁰⁴ Sozialwissenschaftliche Konzepte von Pressefreiheit achten bewusst auch auf ökonomische und kulturelle Einschränkungen.⁰⁵

Dieser fachliche Diskurs hat Einfluss auf Medienpolitik und Medienpraxis. Reporter ohne Grenzen misst Pressefreiheit mit einem an „Hundert Experten auf allen Kontinenten“ versandten Fragebogen; in ihm sind „Faktoren wie Medienvielfalt, rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen oder Zugangsmöglichkeiten zum Beruf des Journalisten [berücksichtigt]. (...) Auch Selbstzensur, Recherehfreiheit und finanzieller Druck fließen in die Bewertung ein, ebenso Hindernisse für den freien Informationsfluss im Internet.“⁰⁶

ENTWICKLUNG

Pressefreiheit ist eine Errungenschaft der Aufklärung. Nicht zufällig begann ihre Entwicklung in England, dem historisch fortgeschrittensten Land auf dem Weg zur bürgerlichen (hochdifferenzierten, kapitalistischen, demokratisch verfassten) Gesellschaft: ein weiterer Hinweis, dass ungehinderte Kommunikation für Selbstregulierungsprozesse und Modernisierung notwendig ist. Der im 18. Jahrhundert in England, Frankreich und den USA fortgesetzte Kampf um Pressefreiheit führ-

01 BVerfGE (Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts) 20, 162 (Spiegel) 5. 8. 1966.

02 Vgl. Horst Pöttker, Meilenstein der Pressefreiheit – 50 Jahre „Spiegel“-Affäre, in: APuZ 29–31/2012, S. 39–46.

03 Vgl. Reporter ohne Grenzen (ROG), Rangliste der Pressefreiheit 2016, www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/2016.

04 Wolfgang Hoffmann-Riem, Art. 5 (Recht der freien Meinungsäußerung), Abs. 1,2, in: Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1. Art. 1–20, Neuwied 1984, S. 477–584, hier S. 494.

05 Vgl. z. B. Andrea Czepek, Pressefreiheit und Pluralismus in Sambia, Münster 2005.

06 ROG (Anm. 3), Methodische Hinweise zur Erstellung der Rangliste, S. 1.

te 1791 zum „First Amendment“, dem ersten Zusatz zur Verfassung der USA, in dem es heißt: „Congress shall make no law (...) abridging the freedom of speech, or of the press“. In den angelsächsischen Ländern hat Pressefreiheit seit Ende des 18. Jahrhunderts eine weitgehend ungebrochene Tradition.

Anders in Deutschland, der „verspäteten Nation“ (so der Philosoph Helmuth Plessner), wo der Kampf um die Pressefreiheit erst im 19. und 20. Jahrhundert geführt wurde.⁰⁷ Mit der bürgerlich-demokratischen Revolution im März 1848 zunächst durchgesetzt,⁰⁸ fiel sie deren Scheitern im Jahr darauf schon wieder zum Opfer. 1874 wurde durch das Reichspressegesetz die staatlichen Kontrolle zwar gelockert⁰⁹ – offenbar blieb auch konservativen Kreisen um Bismarck nicht verborgen, dass sozioökonomische Entwicklung öffentliche Kommunikation erfordert –, aber schon 1878 wurde diese Lockerung durch das Verbot der sozialdemokratischen Presse für über ein Jahrzehnt wieder zurückgenommen. Die Verfassung der Weimarer Republik garantierte in Artikel 118 immerhin das Grundrecht der Meinungsfreiheit, aber der Begriff „Pressefreiheit“ fehlte, was zahlreiche Zeitungsverbote ermöglichte.¹⁰ Mit dem Schriftleitergesetz von 1933 sank das Maß der Pressefreiheit in Deutschland dann auf seinen Tiefststand.¹¹

Nach 1945 mussten Medien zunächst von den Besatzungsmächten lizenziert werden.¹² Mit den Gründungen der DDR und der Bundesrepublik 1949 wurde Pressefreiheit in den Verfassungen der beiden Staaten formalrechtlich fixiert. Das bedeutete aber nicht, dass sie schon umfassend realisiert worden wäre. In der DDR etablier-

te die SED ein System staatlicher Medienlenkung einschließlich direkter Presseanweisungen, dessen Instrumente denen des NS-Regimes durchaus ähnelten.¹³

Auch in der Bundesrepublik blieben politische, ökonomische, kulturelle und teilweise auch rechtliche Barrieren für die Pressefreiheit bestehen. Im restaurativen Klima der 1950er Jahre planten Regierungen unter Konrad Adenauer Pressegesetze, die Zeitungs- und Berufsverbote für Journalisten – im Extremfall sogar durch die Exekutive – ermöglicht hätten.¹⁴ Und da das Recht, sich ungehindert aus allgemein zugänglichen Quellen zu unterrichten, nur unter der Bedingung ausreichender Medienvielfalt Kommunikationsfreiheit bedeuten kann, muss auch der Prozess der Pressekonzentration kritisch beachtet werden:¹⁵ Die Zahl der Kreise, in denen den Bürgern für lokale Information nur *eine* Zeitung zur Verfügung steht, hat im Laufe der Zeit kontinuierlich zugenommen.¹⁶

Dem steht eine ebenfalls stetige Entwicklung gegenüber, die die Pressefreiheit rechtlich und kulturell gestärkt hat und weiter stärkt. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht eine maßgebliche Rolle gespielt. 1966 hat es mit der Entscheidung, die die „Spiegel“-Affäre abschloss, in aller Deutlichkeit auf den umfassenden Charakter der Kommunikationsfreiheit und die daraus erwachsenden Aufgaben des Staats inklusive der Abwehr von Pressekonzentration hingewiesen.¹⁷ Am Beispiel der Verteidigungspolitik konkretisierten die Verfassungsrichter den gesellschaftlichen Nutzen der Pressefreiheit. So könne „etwa die Aufdeckung wesentlicher Schwächen der Verteidigungsbereitschaft trotz der zunächst da-

07 Vgl. Kurt Koszyk, *Deutsche Presse im 19. Jahrhundert*, Berlin 1966; ders., *Deutsche Presse 1914–1945*, Berlin 1972.

08 Mit der Folge einer rasch verwelkenden Blüte politisch motivierter Zeitungsgründungen, zu denen auch Marx' und Engels' „Neue Rheinische Zeitung“ in Köln gehörte. Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels, *Pressefreiheit und Zensur*, hrsg. v. Iring Fetscher, Frankfurt/M. 1969.

09 Vgl. Eberhard Naujoks, *Die parlamentarische Entstehung des Reichspressegesetzes in der Bismarckzeit (1848/74)*, Düsseldorf 1976.

10 1931/32 wurden aufgrund der Republiksschutzgesetze und Notverordnungen über 500 Zeitungsverbote erlassen. Vgl. Koszyk 1972 (Anm. 7), S. 340.

11 Vgl. Karl-Dietrich Abel, *Presselenkung im NS-Staat*, Berlin 1968.

12 Vgl. Kurt Koszyk, *Pressepolitik für Deutsche*, Berlin 1986.

13 Vgl. Jürgen Wilke, *Presseanweisungen im zwanzigsten Jahrhundert*, Köln 2007; Horst Pöttker, *Diktatur*, in: Lutz Hachmeister (Hrsg.), *Grundlagen der Medienpolitik*, München 2008, S. 86–93.

14 Vgl. Stephan Buchloh, „Pervers, jugendgefährdend, staatsfeindlich“. Zensur in der Ära Adenauer als Spiegel des gesellschaftlichen Klimas, Frankfurt/M. 2002.

15 Vgl. Manfred Knoche, *Konzentrationsboom und Forschungsdefizite. Von der Presse- zur Medienkonzentrationsforschung*, in: Hannes Haas/Wolfgang R. Langenbacher (Hrsg.), *Medien- und Kommunikationspolitik*, Wien 2002, S. 113–130. Siehe hierzu auch den Beitrag von Julia Cagé in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

16 Von 85 im Jahr 1954 auf 160 im Jahr 1989. Dieser Trend setzte sich nach der Wiedervereinigung mit dem Verkauf der aufgelassenen SED-Bezirkszeitungen an westdeutsche Medienkonzerne fort.

17 Vgl. Pöttker (Anm. 2).

mit verbundenen militärischen Nachteile für das Wohl der Bundesrepublik auf lange Sicht wichtiger sein als die Geheimhaltung“.¹⁸

2007 bekräftigte das Bundesverfassungsgericht die Entscheidung von 1966, indem es eine auf die Paragraphen 353b, 27 des Strafgesetzbuches (StGB) („Beihilfe zur Verletzung des Dienstgeheimnisses“) gestützte, von Bundesinnenminister Otto Schily befürwortete und von unteren Gerichten legitimierte Durchsuchung der Redaktionsräume der Zeitschrift „Cicero“ sowie die in diesem Zusammenhang erfolgte Beschlagnahme von Redaktionsmaterial für illegal erklärte. „Cicero“ hatte einen Artikel über einen al-Qaida-Terroristen publiziert, der sich offensichtlich auf einen vertraulichen Bericht des Bundeskriminalamts stützte. Die Verfassungsrichter stärkten damit den Informantenschutz als wesentliches Element der Pressefreiheit.

Dennoch ist auch das Recht bis heute nicht völlig frei von Relikten aus vordemokratischer Zeit. Die Problematik des auf das Verbot der „Majestätsbeleidigung“ zurückgehenden Paragraphen 103 StGB („Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten“) ist im Frühjahr 2016 durch die Böhmermann/Erdoğan-Affäre ins öffentliche Bewusstsein gelangt. Die Regierung Merkel will diesen Paragraphen nun abschaffen.

Nicht unproblematisch ist auch, dass nach Paragraph 94 StGB („Landesverrat“) trotz des „Cicero“-Urteils nicht nur das Durchstechen von Staatsgeheimnissen durch Amtsträger, sondern auch deren Veröffentlichung strafbar ist, was im Sommer 2015 im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen das Blog „Netzpolitik.org“ diskutiert wurde. Und die Pressefreiheit wird sicher auch nicht dadurch gefördert, dass die im „Spiegel“-Urteil geforderten „Auskunftspflichten der öffentlichen Behörden“ noch nicht in allen Bundesländern für ihren Zuständigkeitsbereich durch Informationsfreiheitsgesetze geregelt sind. Trotz solcher Lücken ist die rechtliche Absicherung der Pressefreiheit aber relativ weit vorangeschritten.

Für den kulturellen Bereich, das heißt die Verankerung von Pressefreiheit in den Denk- und Handlungsweisen von Rezipienten und Journalisten, ist das zweifelhafter. Wenn bei Pegida-Demonstrationen der Vorwurf der „Lügenpresse“ erhoben wird und Medienvertreter zum Teil gewaltsam an ihrer Arbeit gehindert werden, spricht das nicht für Respekt vor der Unabhängigkeit, die Journalisten

brauchen.¹⁹ Letztlich läuft pauschale Medienkritik, die meist unerfüllten Erwartungen an die eigene Darstellung in den Medien entspringt, auf das Verlangen nach inhaltlichen Regulierungen hinaus.

Mitunter können aber auch selbst auferlegte Beschränkungen, die aus einem allzu pädagogischen Berufsverständnis mancher Journalisten herrühren, zu wachsendem Misstrauen führen. Dies wurde insbesondere den überregionalen Medien nach der verzögerten Berichterstattung über Diebstähle und sexuelle Übergriffe durch vornehmlich aus dem arabischen Raum stammende Männer in der Silvesternacht 2015 am Kölner Hauptbahnhof vorgeworfen.

Reporter ohne Grenzen führt Deutschland im jährlichen Ranking der Pressefreiheit derzeit auf Platz 16 von 180 Staaten. Das zeigt einerseits die beachtliche Entwicklung, die die Pressefreiheit seit ihrer rechtlichen Verankerung im Grundgesetz genommen hat. Andererseits zeigt es aber auch, dass es hinsichtlich der Verwirklichung dieser Errungenschaft noch einiges zu tun gibt.

GRENZEN

Aus Artikel 5 Absatz 2 GG geht hervor, dass Pressefreiheit nicht grenzenlos ist. Die explizite Aufzählung kann so verstanden werden, dass keine anderen als die hier genannten „Schranken“ legitim sind. Allerdings liegt es nahe, für *Tatsachenfeststellungen* von einer weiteren Grenze auszugehen: nämlich davon, dass sie zutreffen müssen. Die Richtigkeit öffentlicher Mitteilungen, die Daniel Defoe, einer der ersten Publizisten mit professionellem Selbstverständnis, vor drei Jahrhunderten für die einzige Schranke der Pressefreiheit hielt,²⁰ wird im Artikel 5 nicht erwähnt, weil Absatz 1 sich vor allem auf *Meinungsäußerungen* bezieht, denen ein Wahrheitsgebot keine Grenze setzen darf. Das Richtigkeitsgebot für faktische Mitteilungen ist durchaus legal, denn nachweisbare Unrichtigkeit kann zivilrechtlich zu Unterlassung und Schadensersatz führen.

Die Grenze, die die *Vorschriften der allgemeinen Gesetze* der Pressefreiheit ziehen, ist insofern problematisch, als ein Gesetzgeber Vorschriften erlassen kann, die die Pressefreiheit zwar legal, aber

¹⁹ Vgl. ROG (Anm. 3), Nahaufnahme Deutschland, S. 1–4.

²⁰ Vgl. Horst Pöttker, Von Nutzen und Grenze der Medienfreiheit. Daniel Defoe und die Anfänge eines Ethos der Öffentlichkeitsberufe, in: Wolfgang Wunden (Hrsg.), Freiheit und Medien, Frankfurt/M. 1998, S. 207–226.

¹⁸ BVerfGE 20, 162 (Anm. 1).

nicht legitim einschränken. In Kommentaren zum Artikel 5 wird dieses Problem dadurch gelöst, dass die Gültigkeit gesetzlicher Schranken der Pressefreiheit an deren Übereinstimmung mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gebunden wird.²¹ Es spricht für eine rechtlich relativ effektive Durchsetzung der Pressefreiheit, dass das Bundesverfassungsgericht nicht viele Normüberprüfungen dieser Art vornehmen musste. Maßgeblich war sein Fernseh-Urteil von 1961, mit dem es Gesetze der Regierung Adenauer zur Gründung einer „Deutschland-Fernseh GmbH“, an der der Bund nach dem Muster des Rundfunks der Weimarer Republik mehrheitlich beteiligt war, wegen der Medienfreiheit und der Kulturhoheit der Länder zurückwies.²²

Daraus, dass der *Jugendschutz* als Schranke genannt wird, lässt sich im Umkehrschluss ableiten, dass Pressefreiheit ein erwachsenes, mündiges Publikum voraussetzt. Pressefreiheit erfüllt ihren sozialen Nutzen nur dann, wenn auch Journalisten, die von ihr Gebrauch machen, sich ein mündiges Publikum vorstellen, dem jedenfalls nicht deswegen Informationen vorenthalten werden dürfen, weil es damit nicht umgehen könne. Das unterscheidet Journalisten von Pädagogen und lässt eine Regel wie die Richtlinie 12.1 im Deutschen Presskodex fragwürdig erscheinen, die dem Publikum „Vorurteile“ unterstellt.²³

Anders verhält es sich beim *Recht der persönlichen Ehre*. Diese Schranke der Pressefreiheit soll nicht eine bestimmte Rezipientengruppe vor für sie ungeeigneten Medieninhalten schützen, sondern sie schützt die dargestellten Personen; und sie ist auch nicht – wie die Schranke der allgemeinen Gesetzesvorschriften – in Bezug auf bestimmte Rechts- und Gesellschaftsordnungen relativierbar, sondern gilt grundsätzlich immer und überall. Weil das Persönlichkeitsrecht zu den grundlegenden Menschen-

rechten zählt, kann es nur in der Abwägung mit gleichrangigen Grundrechten eingeschränkt werden. Da es sich um ein Grundrecht handelt, das dem Schutz des Individuums dient, tritt es vor allem in Konkurrenz mit Grundrechten wie der Pressefreiheit, die auch dem Allgemeinwohl nützen.

Für Kriterien, woran eine Verletzung der persönlichen Ehre zu erkennen sei, ist die Unterscheidung von Meinungsäußerung und Tatsachenfeststellung wichtig, weil für Meinungsäußerungen von einem größeren Maß an Freiheit auszugehen ist. Hier ist die Grenze durch die Stärke der Beleidigung einer Person definiert, wofür sich der Begriff „Schmähhkritik“ durchgesetzt hat. Tatsachenfeststellungen sind insofern engere Grenzen gezogen, als eine faktische Unterstellung bereits dann nicht durch die Pressefreiheit gedeckt ist, wenn sie sich als unzutreffend erweist. Wo Medien notorisch Persönlichkeitsrechte verletzen oder falsch berichten, droht Kontrolle von außen. Dass Pressefreiheit sich nur verteidigen lässt, wenn Journalisten sich glaubwürdig um zutreffende Berichterstattung bemühen (und der Aktualität geschuldete Fehler zeitnah korrigieren), ist schon Defoe bewusst gewesen.

PROBLEME

Defoes frühe Einsicht, dass Pressefreiheit verlorengehen kann, wenn sie missbraucht wird, markiert ein anhaltendes Dilemma. Da es absurd erscheint, Freiheiten dadurch zu erhalten, dass man sie freiwillig einschränkt, wird Pressefreiheit gern absolut gesetzt, was ihre Akzeptanz unterhöhlt. Ob auch dies zu bedenken ist, wenn nach Gründen für das wachsende Misstrauen in die Medien gesucht wird, ist bei aller Emphase für den offenen Diskurs zu fragen. Bereits 2005 entbrannte darüber eine Diskussion, nachdem die dänische Zeitung „Jyllands-Posten“ Mohammed-Karikaturen veröffentlicht hatte.²⁴ Ist es legitim, teilweise rassistisch anmutende Cartoons zu veröffentlichen, nur weil man es kann (und im Namen der Pressefreiheit darauf zu bestehen)? Die Unlösbarkeit des Problems bringt eine permanente Virulenz mit sich, die selbst bei Ereignissen wie der tödlichen Attacke auf die Redaktion der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ im Januar 2015 bewusst bleiben sollte.

Ein besser lösbares, aber durchaus folgenreiches Problem ist der Widerspruch zwischen Pres-

²¹ Vgl. Hoffmann-Riem (Anm. 4), S. 496.

²² Vgl. Hans Bausch, *Rundfunkpolitik nach 1945*. Erster Teil: 1945–1962, München 1980, S. 434f.

²³ Wortlaut der Richtlinie: „In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.“ Vgl. Cornelia Mohr et al., „Da weiß ich immer schon, dass es ein Ausländer war“. Zur Wirkung der Richtlinie 12.1 des Presskodex, in: Rainer Geißler/Horst Pöttker, *Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland*, Bd. 2: Forschungsbefunde, Bielefeld 2009, S. 217–232. Für die gegenteilige Auffassung siehe den Beitrag von Stefan Niggemeier in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

²⁴ Vgl. Bernhard Debatin (Hrsg.), *Der Karikaturenstreit und die Pressefreiheit*, Berlin 2007.

sfreiheit und dem gesellschaftlichen Bedarf an qualifizierender Berufsbildung von Journalisten. Ärzte, Anwälte oder Architekten können ihren Beruf nur ausüben, wenn sie eine anerkannte akademische Ausbildung durchlaufen haben. Ausgerechnet beim Journalistenberuf, der die für das Allgemeinwohl wichtige Aufgabe zu erfüllen hat, Öffentlichkeit herzustellen, soll es anders sein? Es ist anders: Journalistische Berufstätigkeit setzt keine abgeschlossene Ausbildung voraus. Und es muss, nachdem das Problem in den 1970er Jahren kontrovers diskutiert worden ist, nach mittlerweile ziemlich einhelliger Auffassung auch anders sein, weil Pressefreiheit jeden obligatorischen Zugang in die Medienberufe ausschließt und das Bundesverfassungsgericht im „Spiegel“-Urteil die Notwendigkeit des „freien Zugangs zu den Presseberufen“ ausdrücklich betont hat. Allerdings ist der Bedarf an qualifizierender Berufsbildung dringend, denn der Journalismus in der digitalen Medienwelt ist in eine Krise geraten, die seine Professionalität bedroht.²⁵ Wenn die öffentliche Hand sich stärker bei der freiwilligen, mehr oder weniger wissenschaftlichen Berufsbildung von Journalisten engagierte, wäre das durchaus mit der Pressefreiheit vereinbar.

Auch über das Problem der „inneren Pressefreiheit“ hat es in den 1970er Jahren eine intensive Debatte gegeben, die mittlerweile abgeklungen ist.²⁶ Gemeint ist der Widerspruch zwischen der Meinungsfreiheit von Journalisten und der in Deutschland durch Paragraph 118 des Betriebsverfassungsgesetzes geschützten Freiheit von Medien Eigentümern, die Blattlinie zu bestimmen („Tendenzschutz“). Obwohl mittlerweile kaum noch Literatur zur inneren Pressefreiheit erscheint, ist das Problem der Konkurrenz zwischen den zwei Freiheitsrechten nicht gelöst.

GEFÄHRDUNGEN

Auf dem Buchmarkt gibt es zahlreiche Neuererscheinungen zum Thema Pressefreiheit,²⁷ und es

25 Vgl. Siegfried Weischenberg, Das Jahrhundert des Journalismus ist vorbei, in: Gabriele Bartelt-Kircher et al., Krise der Printmedien – eine Krise des Journalismus?, Berlin–New York 2010, S. 32–60.

26 Bekannte Autoren in dieser Debatte waren Ansgar Skriver (1970), Heinz-Dietrich Fischer (1975), Elisabeth Noelle-Neumann (1977) und Wolfgang Hoffmann-Riem (1979).

27 Vgl. z. B. Ralf Hohlfeld/Ralph Kendlbacher/Oliver Hahn (Hrsg.), Freedom of the Media – Freedom Through Media? Bochum–Freiburg/Br. 2015; Ulla Carlsson (Hrsg.), Freedom of Expression and Media in Transition, Göteborg 2016.

bilden sich auch neue Initiativen zu ihrer Verteidigung.²⁸ Pressefreiheit wird heute wieder als gefährdete Errungenschaft wahrgenommen, um die es sich zu kümmern gilt.

Gefährdet wird sie durch ihre Unterdrückung in Ländern, mit denen Deutschland zum Teil in enger Verbindung steht. Deutlich zeigt sich das zum Beispiel an der Volksrepublik China, einem wichtigen Wirtschaftspartner, der seit Jahren in der Rangliste von Reporter ohne Grenzen einen der hintersten Plätze einnimmt. Wenn dort, wie die Organisation betont, „die Repression unter Präsident Xi Jinping ungeahnte Ausmaße“ erreicht, weil das Regime „weder vor Entführungen noch vor erzwungenen Schaugeständnissen im Fernsehen oder vor Drohungen gegen Familien unliebsamer Journalisten“ zurückschreckt, hat das Folgen für die internationale Berichterstattung über China, weil Korrespondenten ihre chinesischen Informanten nicht in Schwierigkeiten bringen wollen.²⁹ Außerdem wird das Recht des Publikums, aber auch der Medien selbst, „sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten“, dadurch verletzt, dass die chinesische Regierung Internetdienste und -seiten sperrt. Das ist für die Informationsfreiheit umso folgenreicher, als viele Redaktionen sich für die internationale Berichterstattung zunehmend auf daheim verfügbare Online-Daten statt auf die Wahrnehmung von Korrespondenten verlassen.³⁰ Auch die Türkei, mit der die EU jüngst ein umstrittenes Abkommen zur Lösung der „Flüchtlingskrise“ geschlossen hat, ist ein eklatantes Beispiel: In den zurückliegenden zehn Jahren ist sie auf der Rangliste der Pressefreiheit um mehr als 50 Plätze abgerutscht (aktuell steht sie auf Platz 151).

Mit dem Stichwort Selbstzensur kommt eine weitere Gefährdung der Pressefreiheit in den Blick, die weniger offensichtlich ist und auch in Demokratien kritischer Aufmerksamkeit bedarf: *political correctness*. Nicht zuletzt in politischen Diskursen bilden sich konforme terminologische und thematische Präferenzen heraus, von denen abzuweichen bisweilen unkorrekt wirkt. Sol-

28 Etwa das Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit: www.ecpmf.eu, oder die Website „Haus der Pressefreiheit“: www.hausderpressefreiheit.de.

29 Vgl. Sandra Voglreiter, Kurze Leine, langer Atem. Voraussetzungen der Berichterstattung deutscher Korrespondenten in der Einparteiendiktatur China, Köln 2009.

30 Vgl. Tim Kukral, Arbeitsbedingungen freier Auslandskorrespondenten, Köln 2015.

che konformitätsbildenden Mechanismen können auch innerhalb der professionellen Kommunikationsgemeinschaft der Journalisten wirken, zumal Medien beim *agenda setting*, der Themensetzung, häufig anderen (Leit-)Medien folgen.³¹

Zum Beispiel berichteten am 13. Juli 2004 viele deutsche Zeitungen auf ihren Titelblättern unisono über einen Überfall auf eine jüdische Mutter und ihr Kind in einem Pariser Vorortzug. „Le Figaro“ hatte gemeldet, was in das allgemeine Bild vom zunehmenden Antisemitismus in Frankreich passte. Am nächsten Tag stellte es sich als (nur winzig korrigierte) Falschmeldung heraus; die junge Frau hatte den Überfall gegenüber der Polizei fingiert. Mindestens so problematisch wie falsches Berichten ist Nicht-Berichten aus einem Bemühen um politische Korrektheit heraus. Auffällig selten im medialen Diskurs über die Griechenland-Krise werden etwa Fragen nach schädlichen Auswirkungen des Euro für den Zusammenhalt der EU gestellt. Ein der politischen Erwünschtheit geschuldetes Beschweigen von Problemen trägt zum Misstrauen gegenüber den Medien sowie zum Entstehen und Erstarken populistischer Protestparteien bei.

Bei der Erklärung konformitätsbildender Prozesse ist zu beachten, dass Medien nicht nur Themen setzen und öffentliche Meinungen prägen (können), sondern auch umgekehrt Themenpräferenzen und Meinungen folgen, die sich im Publikum durchgesetzt haben, um Käufer zu finden und mit Informationen bei Rezipienten anzukommen. Ein Mittel gegen solche Einschränkungen der Pressefreiheit ist eine vielfältige Zusammensetzung des Medienpersonals, damit zum Beispiel auch Perspektiven von Migranten repräsentiert sind; ein anderes, dass Journalisten an einem empirischen Wahrheitsbegriff festhalten, der sich auf Sinneswahrnehmung verlässt und nicht darauf, was plausibel oder gar politisch wünschbar erscheint.

Eine weitere aus dem Mediengeschehen selbst herrührende Gefährdung der Pressefreiheit ist das mehr oder weniger bewusste Übertreten ihrer legitimen Grenzen, was zu übermäßigen, aber dann nötig erscheinenden Einschränkungen führen kann. Wenn das Verdikt von der „Lügenpresse“ wachsende Resonanz findet, mag das auch daran liegen, dass insbesondere Boulevardmedien den Persönlichkeitsschutz aus kommerziellen Motiven notorisch verletzen. Auch mit der

Korrekturpflicht, die sich aus der Kombination von Richtigkeits- und Aktualitätsgebot für faktische Mitteilungen ergibt, steht es in der journalistischen Kultur Deutschlands nicht zum Besten. Regelmäßige Korrekturspalten wie in vielen US-Medien fehlen weitgehend.

Eine weitere Gefährdung rührt aus dem Abwandern von Anzeigeeinnahmen journalistischer Produkte zu Online-Medien ohne redaktionellen Teil. Das Versiegen dieser und anderer Finanzierungsquellen von Journalismus lässt die Geld-, aber auch die Zeitressourcen für gründliche Recherche schwinden.

ZUKUNFT

Gefährdungen durch notorische Übertretung notwendiger Grenzen einerseits und durch politisch korrekte Konformität andererseits zeigen, dass von der Pressefreiheit unausgewogen Gebrauch gemacht wird. Diese Schieflage ruft sowohl nach mehr Sorgfalt als auch nach mehr Unbefangenheit beim Recherchieren und Darstellen. Mit anderen Worten: Sie ruft nach mehr journalistischer Professionalität. Ob das Defizit an Professionalität durch die Zunahme privater, öffentlicher und vor allem semi-öffentlicher Kommunikationsmöglichkeiten im Netz gemindert wird, ist mehr als zweifelhaft. Und dass sich die öffentliche Hand zwecks Stärkung der Professionalität intensiver um die journalistische Berufsbildung kümmert, wird möglicherweise durch den Befund behindert, dass Deutschland im internationalen Ranking der Pressefreiheit relativ weit oben steht.

Der Vergleich mit China oder der Türkei ist für die Einsicht, dass sich auch das halbwegs Zufriedenstellende verbessern lässt, kontraproduktiv. Dass journalistische Professionalität verstärkt, aber auch verbreitet werden sollte, weil im Netz jeder öffentlich kommunizieren kann, ist unter dem Aspekt der Selbstregulierungskraft der Gesellschaft von entscheidender Bedeutung. Es wäre gefährlich, sich auf den Lorbeeren der Entwicklung seit 1949 auszuruhen.

HORST PÖTTKER

war bis 2013 Professor für Journalistik an der TU Dortmund und ist heute Seniorprofessor an der Universität Hamburg.
horst.poettker@tu-dortmund.de

³¹ Siehe hierzu auch den Beitrag von Uwe Krüger in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

PRESSEFREIHEIT IN EUROPA

Eine Bestandsaufnahme

Marlis Prinzing

So frei und unabhängig wie in Europa können Journalistinnen und Journalisten weltweit sonst allenfalls in den USA und Kanada, in Australien und Neuseeland arbeiten. Wer aber genauer hinschaut, dem wird klar: Pressefreiheit ist auch in Europa ein angreifbares Recht. Ob durch neue Gesetzesinitiativen bestimmter Regierungen, veränderte Besitzverhältnisse und Strategien von Medienkonzernen oder angestoßen letztlich durch thematische Herausforderungen wie Flüchtlingsbewegung, Terrorismus, Populismus und digitale Überwachung: Es gibt immer wieder Versuche, Medien zu gängeln, und somit genügend Anlässe, sich um die Freiheit der Berichterstattung zu sorgen. Aufgeweckte Seismografen in internationalen Organisationen und die Standards, die der Europarat und die Europäische Union ihren Mitgliedern für ihre Medienlandschaften abgerungen haben, bilden wichtige Gegengewichte. Doch sind sie schwer genug?

Pressefreiheit bedeutet zum einen das Recht, zu „pressen“, zu drucken, also Medienunternehmen zu gründen, und zum anderen das Recht, Informationen und Meinungen zu verbreiten. Pressefreiheit hat somit eine ökonomisch-unternehmerische sowie eine publizistisch-inhaltliche Dimension. Politisches System und Medienfreiheit stehen dabei in Bezug zueinander: In demokratischen Gesellschaften sind Medien sowohl ein Wirtschaftsgut als auch ein Kulturgut, das meritorische Züge trägt, also dem Gemeinwohl ähnlich zuträglich ist wie etwa die Bildung oder die medizinische Versorgung. Speziell die Informationsmedien tragen hohe Verantwortung für den demokratischen Diskurs. Sie sollen die Zivilgesellschaft informiert halten, sodass jeder Einzelne auch aufgeklärt und bewusst sein Wahlrecht wahrnehmen kann. Die meisten europäischen Länder sind demokratisch verfasst, freies und unabhängiges Berichten wird als erstrebenswert anerkannt. Doch die Wirklichkeit sieht häufig anders aus, die Unterschiede

auch innerhalb Europas sind groß. Medienfreiheit ist eine fragile Norm – in allen europäischen Ländern.

NORMEN UND IHRE GRENZEN

Die Pressefreiheit entwickelte sich zunächst in England, wo 1695 das erste Gesetz zur Abschaffung der Zensur verabschiedet wurde, und erreichte dann über die USA, wo sie durch die Amerikanische Revolution zu einem Grundrecht wurde, im Zuge der Französischen Revolution auch das übrige Europa. Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte 1789 durch die französische Nationalversammlung war zwar ein starkes Signal, aber der Durchbruch der Pressefreiheit auf breiter Ebene folgte erst im 20. Jahrhundert. Die historische Entwicklung verlief jedoch nicht einheitlich: Während einige europäische Länder die Freiheit der Medien schon früh und kontinuierlich garantierten, durchliefen andere Länder faschistische oder kommunistische Phasen, in denen die Medien kontrolliert und gelenkt oder als Propagandainstrumente und Agitatoren benutzt wurden. Durch den Zusammenbruch des Faschismus nach 1945 und nach dem Ende der Sowjetunion 1991 weitete sich der Raum der garantierten Medienfreiheit auf die meisten europäischen Länder aus.

Die EU plus einige weitere europäische Länder bilden heute einen Raum, in dem die Medienfreiheit höchste Standards erreicht. Durch die europäische Perspektive rückt ins Licht, dass nicht nur Demokratie, Rechtsstaat und Gewaltenteilung als gemeinsame europäische Kulturgüter, ja als „typisch europäisch“ angesehen werden können, sondern auch Medienfreiheit und *public service*, also öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Inzwischen haben viele europäische Länder nach dem Vorbild der britischen BBC einen staatsunabhängigen und gebührenfinanzierten Rundfunk aufgebaut, der im öffentlichen Auftrag auch über Themen aufklärt, die sich im Markt nicht rechnen würden.

Wie jede Freiheit hat auch Pressefreiheit Grenzen. Die Art, wie sie eingeschränkt wird, liefert Rückschlüsse auf die Medien- und Journalismuskultur sowie auf das politische System. In Diktaturen herrscht Zensur als eine Art von Einschränkung, die letztlich die Willkür der Machthabenden schützt. In Demokratien schützen Beschränkungen der Berichterstattung die für den Staat notwendige Geheimsphäre und die für den Einzelnen notwendige Privatsphäre und dämmen so die Willkür von Medien ein.

Media Governance, verstanden als ein System vertikaler Regulierung (nationale, europäische und globale Ebene) sowie horizontaler Regulierung (durch staatliche Regulierung, Co-Regulierung und Branchen-Selbstregulierung wie Presseräte und Kodizes), schützt die Medienfreiheit, sichert Privilegien und definiert Grenzen.⁰¹ Der Europarat schuf 1950 die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), deren Artikel 10 Absatz 1 das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Medienfreiheit garantiert: „Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben.“ Die Staaten dürfen aber Genehmigungen für Hörfunk-, Fernseh- oder Kinounternehmen vorschreiben. Alle 47 Mitgliedsländer des Europarats haben die Konvention unterschrieben. Neben den 28 EU-Staaten sind das die Länder der Europäischen Freihandels-Assoziation (EFTA) Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz, ferner die EU-Beitrittskandidaten Albanien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und die Türkei sowie der potenzielle Kandidat Bosnien und Herzegowina, dazu noch Armenien, Aserbaidshan, Georgien, die Republik Moldau, Russland und die Ukraine.⁰²

In Artikel 10 Absatz 2 EMRK wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Meinungs- und Medienfreiheit an Pflichten und Verantwortung gebunden ist. Dazu gehört bei journalistisch Tätigen die sorgfältige Abwägung von öffentlicher Relevanz, bevor sie entscheiden, ob sie Informationen, die eigentlich geheim oder privat sind, öffentlich machen, weil sie einen bedeutsamen

Misstand enthüllen. Die verschiedenen europäischen Journalismus-Ethikkodizes⁰³ bieten einen ethischen Kompass an, der hilft, solche Entscheidungen zu treffen: wann etwa Berichterstattung aus gesellschaftlicher Verantwortung heraus oder auf Rücksicht auf die menschliche Würde eingeschränkt werden sollte. Auch nationale Gesetzgeber und die Rechtsprechung bestärken oder verschieben die Grenzen der Pressefreiheit. Prominente Beispiele aus Deutschland sind die „Spiegel“- und „Cicero“-Urteile des Bundesverfassungsgerichts von 1966 und 2007, die jeweils eine Stärkung der Pressefreiheit bedeuteten.⁰⁴

Auch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) hat in etlichen Ländern und Fällen die Medienfreiheit gestärkt und journalistisch Tätigen ihre Freiheiten gesichert. Die nationalen Behörden der Mitgliedsländer des Europarats sind dazu verpflichtet, die EGMR-Urteile umzusetzen. Ein Beispiel bietet ein Fall aus der Schweiz: Das Schweizerische Bundesgericht verurteilte 2008 vier Journalisten der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG, eines *Public-service*-Anbieters, wegen Verletzung der Privatsphäre durch unbefugtes Mitschneiden von Gesprächen zu Geldstrafen. Daraufhin rief einer der Verurteilten, der damalige Chefredakteur des Fernsehens in der Deutschschweiz, Ueli Haldimann, den EGMR in Straßburg an. Anlass war ein Beitrag in der Konsumentenschutzsendung „Kassensturz“ von 2003, der mit versteckter Kamera Missstände in Beratungsgesprächen mit Versicherungen dokumentiert hatte. Der EGMR gab in seinem Urteil 2015 den Journalisten Recht: Der Beitrag sei von hohem öffentlichen Interesse, das Bundesgerichtsurteil verstoße gegen die Medienfreiheit.

SEISMOGRAFEN DER MEDIENFREIHEIT

Medienfreiheit braucht ein Netzwerk aus Anwälten und Frühwarnern, die Status und Standards der Pressefreiheit kontinuierlich beobachten, Verschlechterungen und Repression von Journalisten ansprechen und diese rasch auf die Tagesordnung bringen – in

01 Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Köln u. a. 2010², S. 59–62.

02 Als einzige europäische Flächenstaaten fehlen Belarus und Kosovo.

03 Die Sammlung EthicNet der Universität Tampere umfasst 50 Ethikkodizes aus 46 europäischen Ländern: EthicNet – Collection of Codes of Journalism Ethics in Europe, hrsg. von Kaarle Nordenstreng/Ari Heinonen, 2008, <http://ethicnet.uta.fi>.

04 Siehe hierzu auch den Beitrag von Horst Pöttker in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

der Politik, in der Wirtschaft, in den Medien, in der Öffentlichkeit. Dieses Anliegen verfolgen Journalisten in nationalen und internationalen Verbänden, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sowie Funktionsträger internationaler Organisationen.⁰⁵

Eine dieser Funktionsträgerinnen ist Dunja Mijatović, die Beauftragte für die Freiheit der Medien der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die in den 57 Mitgliedsländern beharrlich darauf hinweist, wenn die Medienfreiheit nicht ausreichend respektiert wird.⁰⁶ Ähnlich agiert Ingrid Deltenre, die Generaldirektorin der European Broadcasting Union (EBU), eines Zusammenschlusses von 73 Rundfunkanstalten in 56 Staaten Europas, Nordafrikas und Vorderasiens mit Sitz in Genf. Sie ermahnt eindringlich die Regierungen dieser Länder, wenn diese die Unabhängigkeit insbesondere der öffentlich-rechtlichen Rundfunkmedien nicht wahren.⁰⁷

Die NGOs Reporter ohne Grenzen (ROG) und Freedom House (FH) ordnen ihre Einschätzungen zur internationalen Medienfreiheit in Ranglisten: FH aus dem Blickwinkel der weltweiten Entwicklung der Demokratie, ROG aus dem der Meinungs- und Informationsfreiheit sowie der Repression von Journalisten. An ihren Erhebungsmethoden wird zwar zum Beispiel kritisiert, dass sie sich nur auf wenige Experten stützen, die fast alle aus dem westlichen Kulturkreis stammen, und selten Empfehlungen bereithalten, wo Verbesserungen ansetzen könnten.⁰⁸

05 Beispiele für europäische Journalistenverbände: European Journalism Training Association (EJTA), European Federation of Journalists (EFJ), Association of European Journalists (AEJ) und Committee to Protect Journalists (CPJ). Beispiele für NGOs, die sich für Pressefreiheit einsetzen: Reporter ohne Grenzen (ROG) sowie mit Hauptsitz in den USA Freedom House (FH) und International Research and Exchanges Board (IREX).

06 Ein Beispiel: In Frankreich kritisierte Mijatović die Polizeiübergriffe zwischen April und Juni 2016 auf Journalisten, die über Demonstrationen berichteten, und forderte die Polizei auf, die Verantwortlichen zu stellen und künftigen Übergriffen vorzubeugen. Vgl. OSCE, Recent Police Violence Against Journalists During Demonstrations in France Disturbing, Says OSCE Representative, 3.6.2016, www.osce.org/fom/244686.

07 So mahnte Deltenre kürzlich die sinkende Medienfreiheit in Europa an und zeigte sich alarmiert über den drohenden Konkurs des öffentlich-rechtlichen Fernsehens in Bosnien und Herzegowina. Vgl. Medienfreiheit in Europa hat abgenommen, 12.2.2016, www.diepresse.com/home/4924530; EBU Alarmed at Threat to Public Service Broadcasting in Bosnia and Herzegovina, 1.6.2016, www.ebu.ch/news/2016/06/ebu-alarmed-at-threat-to-public.

08 Vgl. Laura Schneider, Media Freedom Indices: What They Tell Us – And What They Don't. A Practical Guidebook, Bonn 2014, www.dw.com/popups/pdf/37157294.

Zudem definieren beide Organisationen den Begriff „Pressefreiheit“ gar nicht, sondern stellen nur ihre Ordnungskategorien vor: FH fragt nach gesetzlichen, politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, ROG sortiert in die Kategorien Pluralismus, Medienunabhängigkeit, Selbstzensur, Rechtsrahmen, Transparenz und Infrastruktur. Aber: Beide Rankings ermöglichen kontinuierlich eine international vergleichende Einschätzung und liefern somit verlässliche Hinweise, wo und wie die Medienfreiheit gefährdet ist.

FH stuft im Berichtsjahr 2015 insgesamt 86 der 197 weltweit analysierten Länder als „frei“ ein, 59 als „teilweise frei“, 50 als „nicht frei“. Europa schneidet zwar sehr gut ab – 36 von 42 Länder landen in der Kategorie „frei“, die anderen in „teilweise frei“ –, aber FH konstatiert zugleich einen weltweiten Negativtrend, der Ungarn, Mazedonien, Moldau, Montenegro und den Kosovo besonders stark erfasst habe.⁰⁹ ROG stellt in seinem jüngsten Bericht fest, dass sich die 2014 begonnene Erosion der europäischen Vorreiterrolle bei der Pressefreiheit fortgesetzt habe. Die meisten EU-Mitglieder belegen unter den 180 Staaten und Territorien Plätze der Kategorien „gut“ und „zufriedenstellend“, fünf Länder werden in die dritte Kategorie „erkennbare Probleme“ eingestuft. Besser platziert als im Vorjahr sind nur neun Länder. Nochmals verschlechtert hat sich die Lage in Bulgarien, dem Schlusslicht unter den EU-Ländern. Den bei weitem stärksten Einbruch gab es in Polen: um 29 Plätze auf Rang 47.¹⁰

Eine neue Initiative wurde 2015 in Leipzig gegründet: Das aus EU-Geldern und Stiftungsmitteln finanzierte Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) setzt sich für die Freiheit der Medien gegenüber staatlichen Eingriffen sowie für den freien Zugang von Journalisten und Bürgern zu Informationsquellen ein und hat bereits eine eigene „Europäische Charta für Pressefreiheit“ entwickelt. Das Ziel der Organisation ist es, dass alle EU-Mitglieder und Beitrittsinteressenten die Charta anerkennen und Journalisten in ganz Europa sich bei Konflikten mit staatlichen Stellen auf sie berufen können.¹¹

09 Vgl. Freedom House, Freedom in the World 2016, www.freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2016.

10 Vgl. ROG, Rangliste der Pressefreiheit 2016, www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/2016.

11 Siehe die ECPMF-Homepage unter www.ecpmf.eu.

GEFÄHRDUNGEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Die Gefährdungen der Medienfreiheit in Europa sind von Land zu Land unterschiedlich – insgesamt aber lassen sich vor allem drei ausmachen: erstens Druck durch staatliche Übergriffe wie Zensur, Strafverfahren oder Zwangsübernahmen; zweitens wirtschaftlicher Druck etwa durch Medienkonzentration und Werbeboykotte sowie daraus resultierender Lohn- und Zeitdruck; und drittens Druck als Folge von wachsenden Ängsten in der Bevölkerung – hervorgerufen sowohl durch die sogenannte Flüchtlingskrise als auch durch Anschläge internationaler Terrorgruppen. Die Ängste bilden sich auch ab in zunehmender EU-Skepsis und wachsendem Zuspruch für Populisten, die ihrerseits ein pauschales Misstrauen gegenüber den Medien schüren, das sich in enttäuschten Publikumscommentaren und „Lügenpresse“-Geschrei entlädt. Dies wiederum fördert Unsicherheiten und Verzagtheit bei manchen Medien, die sich nicht mehr transparent zu berichten trauen,¹² bis hin zur Selbstzensur.

In *Polen* hat die nationalkonservative Regierung unter Beata Szydło nach dem Sieg bei der Parlamentswahl 2015 in Windeseile begonnen, ihr Land autokratisch auszurichten. Sie schränkt öffentlich-rechtliche Medien massiv ein und will private Medien „repolonisieren“, sie also von ausländischen Verlegern zurückkaufen.¹³ Im Januar 2016 wurde das Führungspersonal im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausgetauscht, ab sofort entscheidet der Schatzminister der polnischen Regierung über die Personalbesetzung. Kritische Sendungen wurden aus dem Programm genommen. Als nächstes, so kündigte die Regierung an, werde sie die Datenerfassung und die elektronische Überwachung neu regeln.¹⁴

Ähnlich hat in *Ungarn* Ministerpräsident Viktor Orbán die Zweidrittelmehrheit seiner Fidesz-Partei im Parlament genutzt, um die ungarische Medienlandschaft in eine weitgehend

gleichgeschaltete umzubauen. Im Dezember 2010 bekam das Land ein Mediengesetz, das die staatlichen Kontrollen über öffentlich-rechtliche Medien hinaus auf Privatsender und Internetdienste ausweitete; Journalisten wurden mit Strafandrohungen gegängelt. Die kritische Reaktion der EU-Kommission bewirkte zwar, dass Ungarn während der eigenen EU-Ratspräsidentschaft zeitweilig zurückruderte, aber nur bis zum Ende der Amtszeit im Juli 2011. Den meisten ungarischen Bürgern behagt Orbáns Kurs offenbar, denn seine Partei gewann 2014 erneut die Parlamentswahl.

In *Frankreich*, *Italien* und besonders stark in *Griechenland* erweist sich als problematisch, dass viele Medien Großkonzernen mit Geschäftsinteressen in diversen Branchen gehören.¹⁵ In Griechenland ist die politische Elite mit mächtigen Wirtschaftszweigen verflochten und kontrolliert die Medien weitreichend; strukturell besteht nahezu keine Medienvielfalt.¹⁶ Die Besitzer von Medienunternehmen sind auch in anderen Branchen einflussreich und nutzen die Medien, um ihre eigenen politischen Ansichten in der Öffentlichkeit zur Geltung zu bringen. Politiker schicken Medien zum Teil Anweisungen, wie sie berichten sollen, Skandale bleiben oft unter dem Deckel. In der *Türkei* gehen Regierung und Justiz massiv gegen kritische Berichterstattung inländischer und ausländischer Medien vor, stellen Redaktionen bisweilen unter Zwangsverwaltung, verhängen Nachrichtensperren und erhöhen den allgemeinen Druck auf Journalisten durch Verhaftungen und zweifelhafte Urteile.¹⁷

In *Russland* gibt es trotz aller Schikanen nach wie vor unabhängige, oftmals stiftungsfinanzierte Medien wie die Tageszeitung „Nowaja Gaseta“ oder den Radiosender „Echo Moskwy“.¹⁸ Eine

12 Die Art, wie manche Medien über die Übergriffe in der Silvesternacht 2015/16 in Köln berichteten, ist ein Beispiel für eine solche Verunsicherung. Vgl. Marlis Prinzing, Aus Köln lernen: Kante zeigen, Kompass nord, in: W&V, 18. 1. 2016, www.wuv.de/medien/aus_koeln_lernen_kante_zeigen_kompass_norden.

13 Vgl. Gabriele Lesser, Die „Repolonisierung“ Polens, in: Die Tageszeitung (taz), 20. 11. 2015, www.taz.de/15254162.

14 Vgl. Adam Szynol/Paulina Pacula/Michal Kus, What Exactly Is Happening to Poland's Media?, 25. 1. 2016, <http://en.ejo.ch/recent/poland>.

15 Vgl. Marlis Prinzing, Showmaster und Sonnenkönig. Journalismus unter Berlusconi und Sarkozy, in: Martin Welker/Andreas Elter/Stephan Weichert, Pressefreiheit ohne Grenzen? Grenzen der Pressefreiheit, Köln 2010, S. 206–230.

16 Vgl. Dimitris Boucas/Petros Iosifidis, Media Policy and Independent Journalism in Greece, 1. 5. 2015, www.opensocietyfoundations.org/reports/media-policy-and-independent-journalism-greece; Q&A: Professor Petros Iosifidis on Greece's Media „Crisis“, 19. 8. 2015, www.city.ac.uk/news/2015/august/petros-iosifidis-greece-q-and-a.

17 Vgl. Mike Szymanski, Fünf Jahre Haft für „Cumhuriyet“-Journalisten, 6. 5. 2016, www.sueddeutsche.de/1.2982047.

18 Vgl. Marianna Deinyan/Teresa Bechtold, Russlands unabhängige Stimmen, 21. 1. 2016, <http://de.ejo-online.eu/pressefreiheit/russlands-unabhaengige-stimmen>.

zweite Möglichkeit, andere Sichtweisen anzubieten, schränkt ein Anfang 2016 in Kraft getretenes Gesetz ein, das die Beteiligung ausländischer Medienunternehmen an russischen Medien auf maximal 20 Prozent begrenzt. Bis dahin gab es im Printbereich keine Beschränkung und im Rundfunk eine Höchstbeteiligung von 50 Prozent. Das neue Gesetz könnte einerseits schwächelnden russischen Medienhäusern durchaus nützen, weil sie für sich mehr vom „Werbekuchen“ abschneiden können. Andererseits ist damit ein Einfallstor für unabhängigen Journalismus in Russland zugeschlagen worden. Mit vergleichbaren Regeln schränken übrigens auch Länder wie Frankreich und das Vereinigte Königreich Investitionen ausländischer Medienhäuser ein.

Ralph Büchi, Präsident der internationalen Sparte des Berliner Medienkonzerns Axel Springer, beschreibt die Situation wie folgt: In Polen, Ungarn, Serbien oder der Slowakei könne sein Haus ohne Restriktionen der Regierung agieren, unabhängigen, professionell gemachten Journalismus anbieten und damit auch diesen noch jungen, leicht zu verunsichernden Demokratien helfen. In einem autokratisch agierenden System wie Russland sei das durch das neue Gesetz jedoch nicht mehr möglich.¹⁹ Springer gab in Russland lange Zeit zum Beispiel „Geo“ und das Politikmagazin „Forbes“ heraus, hat nun aber alle Anteile an einen russischen Unternehmer verkauft. Dieser kündigte schon kurz darauf an, dass er „Geo“ einstellen und „Forbes“ von einem politischen auf einen wirtschaftlichen Kurs bringen werde.²⁰

NAGELPROBE INFORMANTENSCHUTZ

Auch in Deutschland kam Medienfreiheit 2015 aus verschiedenen Richtungen in Bedrängnis. So gab es nicht nur einen Anstieg direkter, zum Teil auch gewalttätiger Übergriffe auf Journalisten, etwa bei Demonstrationen der Pegida-Bewegung.²¹ Auch gesetzliche Neuregelungen wie das Gesetz zur anlasslosen befristeten Vorratsdatenspeicherung von Telefon-, Mobil- und Internetverbindungsdaten erschweren – trotz Sonderregeln für Jour-

nalisten – den Schutz von Informanten und damit die investigative Recherche. Wegen des Verdachts des Landesverrats gab es im Juli 2015 gar Ermittlungen der Bundesanwaltschaft gegen die Betreiber des Blogs „Netzpolitik.org“, Markus Beckedahl und Andre Meister, und ihren Informanten. Die Journalisten hatten über den geheimen Ausbau der Internetüberwachung durch den Verfassungsschutz berichtet und als vertraulich eingestufte Dokumente veröffentlicht. Zwar wurden die Ermittlungen gegen Beckedahl und Meister nach öffentlichen Protesten eingestellt, nicht aber jene gegen den Informanten.

Inwiefern und ob Informanten und Whistleblower künftig mehr Schutz benötigen, ist europaweit ein kontrovers diskutiertes Thema. Denn ob ein ausreichender Schutz von Informanten erwünscht ist oder nicht, hängt von der Perspektive ab: Whistleblower durch Gesetze besser zu schützen, bedeutet mittelbar, dass auf der einen Seite Fehlverhalten staatlicher Institutionen leichter öffentlich gemacht werden kann (was in der Regel nicht im Interesse dieser Institutionen liegt) und auf der anderen Seite auch Steuerbetrugsfälle leichter aufgedeckt werden können, durch die dem Fiskus sonst viel Geld verloren ginge (was durchaus im Interesse der Finanzbehörden liegt).²² Informantenschutz ist zudem eine Frage der Professionalität: Versierte Journalisten wissen, wie sie auch im Digitalen Recherchespuren verwischen und ihre Informanten schützen.

Die NGO Transparency International bescheinigte den EU-Mitgliedern 2013 im internationalen Vergleich Rückständigkeit: In Deutschland und 15 weiteren Ländern gebe es eingeschränkt Whistleblowerschutz, in sieben Ländern so gut wie keinen und nur in Großbritannien, Slowenien, Rumänien sowie Luxemburg relativ weitreichenden Schutz.²³ Wie groß die Schutzlücken jedoch sind, zeigte etwa der Prozess um die sogenannten LuxLeaks, der im Juni 2016 mit einer Verurteilung der beiden Whistleblower endete. Diese hatten Steuerdeals internationaler Konzerne mit den Luxemburger Finanzbehörden offengelegt und Unterlagen, die diese belegen, weitergegeben; beide haben Berufung

¹⁹ Vgl. Axel Springer's Ralph Büchi on Press Freedom in Europe, 1.6.2016, www.freedomhouse.org/blog/axel-springer-s-ralph-buchi-press-freedom-europe.

²⁰ Vgl. Jannis Carmesin/Kai Steinecke, Warten auf den Exodus?, 1.2.2016, <http://de.ejo-online.eu/medienpolitik/warten-auf-den-exodus>.

²¹ Vgl. ROG (Anm. 10), Nahaufnahme Deutschland, S. 1–4.

²² Vgl. Constanze Kurz, Der Rest vom Eisberg, 30.5.2016, www.faz.net/-14258372.html.

²³ Vgl. Transparency International, Whistleblowing in Europe. Legal Protections for Whistleblowers in the EU, Berlin 2013. Siehe auch die Website des Whistleblower Netzwerk: www.whistleblower-net.de/whistleblowing/rechtslage-im-ausland/eu-recht.

eingelegt und wollen gegebenenfalls bis vor den EGMR ziehen.²⁴ Die EU erkennt Whistleblowing zwar als Weg an, um Korruption zu bekämpfen, hat aber nur in einzelnen Bereichen Vorschriften, die Beschwerderechte regeln, und keinen wirksamen rechtlichen Schutz, auf den sich Whistleblower berufen können.

Eine im April 2016 verabschiedete EU-Richtlinie zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen illustriert nochmals die Ambivalenz des Themas. Sie soll Unternehmen helfen, ihre Innovationen vor dem Zugriff von Wettbewerbern zu schützen. Diese Richtlinie kann aber gerade für jene, die Korruption und Missstände melden, problematisch werden, weil sie letztlich den Unternehmen überlässt, was diese als Geschäftsgeheimnis definieren. Nationale Regeln können die Lage dieser Whistleblower weiter verschärfen: In Deutschland verpflichten sich Arbeitnehmer in der Regel auf Treue und Loyalität ihrem Arbeitgeber gegenüber und riskieren auch ihre berufliche Existenz, wenn sie Informationen weitergeben (was dann wiederum gerechtfertigt ist, wenn jemand etwas nicht Zutreffendes oder Interna ohne Relevanz für die Öffentlichkeit weitergibt).²⁵

Im Umgang mit Whistleblowing spiegelt sich auch der Grad der Freiheit der Berichterstattung wider – gerichtet nach außen und nach innen. Und dies führt zur sogenannten inneren Pressefreiheit. Sie fragt nach der inhaltlichen Unabhängigkeit der Journalisten gegenüber Herausgebern, Verlegern und Medienmanagern und wird heute überwiegend aus der ökonomischen Perspektive diskutiert. Doch spielen bei der Nachrichtenauswahl bisweilen nicht nur Anzeigenkunden, sondern auch politische und wirtschaftliche Interessen der Verlagsleitung oder der Chefredaktion eine Rolle.²⁶ Neue Formen digitaler Werbung

wie das *native advertising*, bei dem Werbung als journalistisch wirkende Geschichte verpackt ist, werfen weitere Fragen nach der journalistischen Unabhängigkeit und der Medienethik auf – nicht ohne Grund empfehlen Pressekodizes eine klare Trennung von Redaktion und Anzeigenabteilung.

JOURNALISMUS BESSER SCHÜTZEN

Der Medienfreiheit in Europa bläst derzeit aus verschiedenen Richtungen viel Wind entgegen. Die Seismografen der Journalistenverbände und NGOs, die sich dem Schutz der Pressefreiheit verschrieben haben, sind unablässig gefordert, die Kräfte wider die Medienunabhängigkeit in Schach zu halten, indem sie gegenüber der Politik und in der Öffentlichkeit beharrlich darauf hinweisen, wenn die Unabhängigkeit von Journalistinnen und Journalisten und der Medien insgesamt durch direkte und indirekte Einschränkungen gefährdet ist. Denn Medienfreiheit ist für eine funktionierende Demokratie unerlässlich. Sie sollte aber nicht nur verteidigt, sondern auch an die gewandelten Bedingungen der digitalen Mediengesellschaft angepasst werden.

Für die weitere Entwicklung ergeben sich daraus drei Postulate: Erstens bedarf es vermehrter Anstrengungen zur Förderung der allgemeinen Medienkompetenz – verstanden als Wissen zu Nutzung und Bedeutung von Medien –, auch um Gefährdungen für die Medienfreiheit frühzeitig wahrnehmen zu können. Zweitens braucht es mehr Medienjournalismus, auch als kritische Beobachtung von Erosionen der Medienfreiheit. Und drittens brauchen Journalisten bessere Schutzrechte: „Journalist“ sollte ein geschützter Beruf werden, zumindest für bestimmte Spielarten wie Datenjournalismus oder investigativer Journalismus. Sonderregeln müssen verhindern, dass die digitale Überwachung die journalistische Recherche in Fesseln legt, und zwar europaweit. Hier auch eine europäische Perspektive einzunehmen, trägt zudem dem Bewusstsein Rechnung, dass Medienfreiheit gegenwärtig und hoffentlich nur vorübergehend erodiert, aber zu den identitätsstiftenden Normen in Europa gehört.

MARLIS PRINZING

ist Professorin für Journalistik an der Hochschule Macromedia in Köln.

m.prinzing@macromedia.de

24 Das Melden von Korruption ist in Luxemburg zwar gesetzlich gedeckt, nicht aber die Weitergabe entsprechender Informationen an Journalisten. Die beiden Whistleblower wurden vom Bezirksgericht Luxemburg zu Bewährungs- und Geldstrafen verurteilt. Ein „fatales Signal“, durch das die Justiz Angst streue, so der investigative Journalist Peter Hornung in einem Studiogespräch, 29.6.2016, www.tagesschau.de/wirtschaft/lux-leaks-urteil-101.html.

25 Der Text der Richtlinie sowie sämtliche Dokumente zu ihrem Verabschiedungsprozess finden sich unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX:52013PC0813>. Vgl. auch Monika Lungmus, Helden, die Verräter sind, in: *Journalist* 6–7/2016, S. 38–42.

26 Vgl. Björn Bendig, Gefahren für die innere Pressefreiheit 2013, <http://pressefreiheit-in-deutschland.de/studien-ergebnisse-gefahren-fuer-die-innere-pressefreiheit-301>.

MEDIEN IM MAINSTREAM

Problem oder Notwendigkeit?

Uwe Krüger

Für Medienmacher sind die jüngeren Umfrageergebnisse zur Glaubwürdigkeit des Journalismus beunruhigend: „In letzter Zeit ist hin und wieder das Schimpfwort ‚Lügenpresse‘ zu hören. Damit ist gemeint, dass die Medien angeblich nicht objektiv berichten, sondern Sachverhalte verdrehen oder bestimmte Tatsachen ganz verheimlichen. Finden Sie, an dem Vorwurf der ‚Lügenpresse‘ ist etwas dran?“, fragte das Allensbach-Institut im Auftrag der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ im Dezember 2015, und 39 Prozent der Befragten antworteten: Ja. „Wenn Sie an die Medien in Deutschland denken – ist da Ihr Vertrauen in den letzten Jahren gestiegen, gesunken oder hat sich da nicht so viel geändert?“, wollte im Oktober 2015 Infratest dimap im Auftrag des WDR wissen, und 37 Prozent antworteten: ist gesunken. 42 Prozent glaubten derselben Umfrage zufolge, „dass den deutschen Medien von Staat und Regierung vorgegeben wird, worüber sie berichten sollen“.⁰¹ Und laut einer Umfrage von TNS Emnid im Auftrag des BR vom März 2016 glauben 60 Prozent aller Deutschen, Nachrichtenmedien „blenden berechnete Meinungen aus, die sie für unerwünscht halten“. Mehr als die Hälfte der Deutschen zweifelt an den Medien als unabhängige Kritik- und Kontrollinstanz und wirksames Korrektiv für die anderen Gewalten. Auf die Frage „Kontrollieren oder stützen die Nachrichtenmedien mit ihrer Berichterstattung die ‚Mächtigen‘ im Land, also Staat, Regierung, Wirtschaft, einflussreiche Personen und Interessengruppen?“, sagten 55 Prozent: Sie stützen sie.⁰² Hier kommt eine Skepsis gegenüber der „Vierten Gewalt“ zum Ausdruck, die der kanadische Pressemogul Conrad Black einmal in den zynischen Satz fasste: „If the small guy’s guardian is the media, then the small guy is in bigger trouble than I thought.“⁰³

Misstrauen gegenüber dem Journalismus kommt nicht nur in Umfragen zum Ausdruck, auch namhafte Intellektuelle und Politiker artikulieren Argwohn gegenüber dem Output der

Redaktionen. „Wenn ich morgens manchmal durch den Pressespiegel meines Hauses blättere“, sagte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier 2014 auf einer Gala vor Journalisten und Verlagsmanagern, „habe ich das Gefühl: Der Meinungskorridor war schon mal breiter. Es gibt eine erstaunliche Homogenität in deutschen Redaktionen, wenn sie Informationen gewichten und einordnen. Der Konformitätsdruck in den Köpfen der Journalisten scheint mir ziemlich hoch.“ Franziska Augstein, Redakteurin der „Süddeutschen Zeitung“, kritisierte bereits 2005, dass es eine neben der „industriellen Pressekonzentration“ (also der Tatsache, dass Presseerzeugnisse in der Hand von immer weniger Eigentümern liegen) noch eine zweite, eine „ideelle Pressekonzentration“ gebe, eine „Selbstgleichschaltung der deutschen Presse“. Und Manfred Bissinger, ehemaliger leitender Redakteur bei „Stern“ und „Woche“, schrieb 2015, der Journalismus sei dabei, „seine Wächterfunktion aufzugeben. (...) Medien werden – oft nicht zu Unrecht – als gleichgeschaltet (ja, das ist ein schreckliches Wort) empfunden.“

„Gleichschaltung“, „Lügenpresse“, „Systemmedien“, „Mainstream-Medien“: Mit diesen Schlagworten bringen seit etwa 2014 – die Ukraine-Krise mit der Krim-Annexion durch Russland hatte hier Katalysatorfunktion – viele Nutzerinnen und Nutzer ihre Entfremdung von den etablierten Medien zum Ausdruck, während sich Journalistinnen und Journalisten unverstanden fühlen und mit Gegenwürfen wie „Verschwörungstheoretiker“ kontern. Will man in dieser Beziehungskrise Verständigung herstellen und den Ursachen der Problematik näherkommen, sollte man sich von einigen dieser Begriffe wohl verabschieden. Der Begriff „Lügenpresse“ ist nicht nur historisch diskreditiert und transportiert Aggressivität gegen Journalisten, sondern er trifft die Sache nicht: Die Anklage des revoltierenden Publikums lautet schließlich nicht auf Lügen im Sinne von

absichtsvoll falschen Sachverhaltsaussagen, sondern eher auf Einseitigkeit in der Auswahl und Darstellung von Themen, Informationen und Meinungen. Ebenso wenig geeignet erscheint das Wort „Gleichschaltung“, denn es hat den Ruch des Totalitären, impliziert Lenkung und Vorzensur durch vorgeschaltete und gleichschaltende Institutionen.

Der Begriff der „Mainstream-Medien“ lässt sich am ehesten von Polemik und Herabwürdigung entkleiden, um sich den Mechanismen anzunähern, die in einer grundsätzlich pluralistischen, demokratisch verfassten Gesellschaft zu einer hohen Konformität der Medien führen können und Journalisten zuweilen wie einen Fischschwarm in dieselbe Richtung schwimmen lassen. Selbst Medienmacher benutzen den Begriff. So räumte der Chefredakteur von ARD-aktuell, Kai Gniffke, im September 2014 auf dem „Tagesschau-Blog“ Versäumnisse in der Ukraine-Berichterstattung mit den Worten ein: „Möglicherweise sind wir zu leicht dem Nachrichten-Mainstream gefolgt.“ Und die MDR-Intendantin Karola Wille versprach bei ihrem Amtsantritt als Vorsitzende der ARD im Januar 2016, am Thema Glaubwürdigkeit zu arbeiten und darauf zu achten, dass die Berichterstattung die größtmögliche Vielfalt an Themen, Akteuren und Meinungen „auch außerhalb von Mainstream-Korridoren“ spiegele.⁰⁴ Was meint nun also Mainstream? Woher weht der Wind in seinen Korridoren? Und welches sind die Engführungen und Bruchstellen, die zu einer Entfremdung weiter Teile des Publikums geführt haben könnten?

KAMPFBEGRIFF VERSACHLICHEN

Ein Schimpfen auf „die Mainstream-Medien“ legt nahe, dass es eine Anzahl von (Leit-)Medien gibt, die immer dasselbe schreiben oder sen-

den – und die einen offiziellen oder zumindest offiziellen Diskurs führen, dessen Legitimität oder Alleingültigkeit der Kritiker der „Mainstream-Medien“ anzweifelt. Nun gibt es tatsächlich eine Anzahl von Leitmedien, die aufgrund ihrer Reichweite und Bedeutung eine Art „Kern“ des deutschen Mediensystems ausmachen und Taktgeber auch für andere Medien sind: Laut Journalistenbefragungen sind dies die Nachrichtensendungen von ARD und ZDF, die Tageszeitungen „Süddeutsche Zeitung“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Die Welt“, „Frankfurter Rundschau“, „Die Tageszeitung“ (taz) und „Bild“, die Wochenzeitung „Die Zeit“, die Nachrichtenmagazine „Der Spiegel“ und „Focus“, die Illustrierte „Stern“ sowie die Online-Ableger all dieser Medien. Das wären also die potenziellen „Mainstream-Medien“ – doch pauschal zu behaupten, darin würde überall dasselbe gesagt, wird der Sache nicht gerecht. Wem ist nicht schon einmal in einem dieser Medien ein überraschender, besonders kritischer Beitrag aufgefallen, der aus der Masse der Veröffentlichungen herausragte, vom gewohnten Sound des Blätterwalds abwich?

Was es jedoch zweifellos immer wieder gibt, ist ein „Medien-Mainstream“, ein mehr oder weniger weitgehender medialer Konsens in bestimmten Fragen, oder auch: eine Anzahl von Themen und Meinungen, die in einem bestimmten Zeitraum in der Medienlandschaft dominiert und damit eine „Hauptströmung“ oder eine „Hauptrichtung“ bildet. Dabei kann mal die eine Zeitung oder die andere Sendung vom Themen- oder Meinungs-Mainstream abweichen. „Medialer Mainstream“ ist also zunächst einmal, ganz wertfrei, das Phänomen, dass zu einem Zeitpunkt die Mehrzahl der Leitmedien ein bestimmtes Thema behandelt oder eine bestimmte Meinung vertritt. Kommunikationswissenschaftler sprechen bei großer Übereinstimmung in der Themen-Agenda von hoher „Fokussierung“ und bei großem Gleichklang in den Meinungen von hoher „Konsonanz“.

Wenn man „Mainstream“ derart in Themenfokussierung und Meinungskonsonanz aufsplittet, lässt sich die Frage, ob die Existenz eines Mainstreams an sich ein Problem oder eine Notwendigkeit darstellt, differenzierter beantworten. Eine Vielfalt an Themen und Meinungen ist demokratietheoretisch einerseits erwünscht, ein Zuviel an Pluralität kann aber auch

01 Für Nachweise der in diesem Text nicht gesondert ausgewiesenen Studienergebnisse und Zitate siehe Uwe Krüger, *Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr trauen*, München 2016.

02 *Medien in der Glaubwürdigkeitskrise?*, 2.5.2016, www.br.de/presse/inhalt/pressemitteilungen/glaubwuerdigkeitsstudie-br-b5-geburtstag-100.html.

03 Zit. nach John MacMurtry, *Unequal Freedoms. The Global Market as an Ethical System*, Toronto 1998, S. 199.

04 Ulrike Simon, *Die Agenda der neuen ARD-Vorsitzenden*, 11.1.2016, www.horizont.net/medien/nachrichten/-138217.

dysfunktional sein. Eine Gesellschaft kann sich zu jedem Zeitpunkt nur einer begrenzten Anzahl von Problemen widmen; ist die öffentliche Aufmerksamkeit zu stark fragmentiert, werden Problemlösungen unwahrscheinlicher, da der Druck auf die handelnden Akteure nicht groß genug ist. Jedoch sollte zu jedem Thema – zumindest in der Anfangsphase einer Debatte – eine größtmögliche Vielfalt an Meinungen, Positionen und Aspekten auf den gemeinsamen Tisch kommen, damit sich dann in einem (idealerweise herrschaftsfreien) Diskurs die besten Argumente durchsetzen können. „Plausibel erscheint“, so schrieb es der Erfurter Kommunikationswissenschaftler Patrick Rössler einmal, „dass im Interesse funktionstüchtiger gesellschaftlicher Problemlösungsmechanismen ein Ausbalancieren (...) stattfindet, sich mithin eine relative Vielfalt bei ausreichender Fokussierung einstellt.“⁰⁵ Das ist allerdings eine optimistische Annahme.

Ihr ließe sich eine pessimistische Vermutung entgegensetzen: Wenn zu bestimmten Fragen größere Meinungsdiskrepanzen zwischen Teilen der Bevölkerung und einer konsensuell weitgehend geeinten Elite bestehen, ist es ebenso möglich, dass die großen Medien recht enge Themen- und Meinungskorridore aufweisen, in denen bestimmte Problemlagen sowie verbreitete Meinungen oder Werthaltungen unterrepräsentiert sind. Man muss dabei nicht einmal böse Absicht unterstellen: So ist es denkbar, dass Akteure aus Verantwortungsbewusstsein bestimmte verbreitete, aber unerwünschte (da als gefährlich angesehene) Meinungen oder Einstellungen – Ausländerfeindlichkeit, Islamophobie, Antiamerikanismus, Euroskepsis – aus der öffentlichen Debatte fernzuhalten versuchen. Sollte dies der Fall sein, könnte es erklären, warum beachtliche Teile der Bevölkerung sich den quasi-offiziellen medialen Wirklichkeitsentwürfen verweigern und die Legitimität der sie hervorbringenden Institutionen infrage stellen – oder, wissenssoziologisch ausgedrückt, sich von anerkannten „orthodoxen“ Sinnwelten und Deutungsmustern abwenden und „ketze-

rische“ Diskurse mit „heterodoxen“ Wirklichkeitsbestimmungen (etwa: Verschwörungstheorien) führen.⁰⁶

QUELLEN DES MAINSTREAMS

Welches sind die sanften Mechanismen, durch die Meinungsvielfalt in einer demokratisch-pluralistischen Mediengesellschaft eingeschränkt werden kann? Kommunikationswissenschaftler haben bereits auf eine ganze Reihe von Faktoren hingewiesen, die zu höherer Konsonanz und Fokussierung führen können.⁰⁷ So wählen Journalisten aus der Fülle der Ereignisse nach professionellen, standardisierten Kriterien aus, über welche Themen berichtet wird. Zu den sogenannten Nachrichtenfaktoren gehören etwa Prominenz, Aktualität, Konflikt, Nähe, Folgenschwere und anderes mehr. Da die Aufmerksamkeitsstrukturen in verschiedenen Redaktionen ähnlich sind und viele Journalisten qua Ausbildung denselben Ereignissen ähnliche Eigenschaften zuschreiben, kann sich auch die Nachrichtenauswahl ähneln. Auch beobachten sich Journalisten gegenseitig. Man rezipiert andere Medien, um auf Themenideen zu kommen, die eigene Position abzugleichen und die Konkurrenz- und Anschlussfähigkeit der eigenen Berichterstattung beim Publikum sicherzustellen. Auch durch eine solche Kollegen-Orientierung entstehen gemeinsame Bezugsrahmen.

Ein weiterer Punkt ist die Abhängigkeit verschiedener Redaktionen von denselben Quellen, zum Beispiel denselben Nachrichtenagenturen oder Produkten der Öffentlichkeitsarbeit von Institutionen aus Politik, Verwaltung oder Wirtschaft (Pressekonferenzen, Pressemitteilungen). Fehlt das Personal beziehungsweise die Zeit für eigenständige Themensetzung, Recherche und Reflexion, kann sich auch hier ein Gleichklang einstellen. Gerade aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche vieler Medienhäuser infolge von An-

05 Patrick Rössler, *Vielzahl = Vielfalt = Fragmentierung? Empirische Anhaltspunkte zur Differenzierung von Medienangeboten auf der Mikroebene*, in: Offried Jarren/Kurt Imhof/Roger Blum (Hrsg.), *Zerfall der Öffentlichkeit?*, Opladen 2000, S. 168–186, hier S. 178.

06 Vgl. Michael K. Walter, *Der Kampf um die Wirklichkeit. Mediale Legitimationsstrategien gegenüber Verschwörungstheorien zum 11. September*, in: Andreas Anton/Michael Schetsche/Michael K. Walter (Hrsg.), *Konspiration. Soziologie des Verschwörungsdenkens*, Wiesbaden 2014, S. 181–202.

07 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, *Öffentlichkeit als Bedrohung*, Freiburg/Br.–München 1977, S. 138; Christiane Eilders/Friedhelm Neidhardt/Barbara Pfetsch, *Pressekommentare und öffentliche Meinung*, in: Offried Jarren/Bettina Knaup/Heribert Schatz, *Machtkonzentration in der Multimediagesellschaft?*, Opladen 1997, S. 176–187, hier S. 182.

zeigen- und Auflagenschwund scheint sich dieses Problem verschärft zu haben. Als 2014 das Allensbach-Institut im Auftrag der Stiftervereinigung der Presse 432 Zeitungsjournalisten fragte, wodurch die Pressefreiheit in Deutschland gefährdet sei, da erschienen den Befragten als größte Gefährdungen, dass „Zeitmangel die eigenen Recherchen einschränkt“ (83 Prozent stimmten zu) und „dass Journalisten auf wirtschaftliche Interessen des eigenen Medienhauses Rücksicht nehmen müssen“ (77 Prozent). Die Aussage „Die Grenzen zwischen PR und Journalismus verschwimmen immer mehr und PR-Material findet immer öfter ungefiltert seinen Weg in die Medien“ bejahten 79 Prozent der Befragten.

Schließlich dürften auch demografische Besonderheiten der Journalisten eine Rolle spielen. Die Meinungsmacher sind nämlich in ihrer Merkmalsverteilung keinesfalls ein Spiegelbild der Bevölkerung. Der Beruf ist inzwischen fast durchakademisiert, ohne Studienabschluss ist der Eintritt in eine Redaktion heute kaum noch möglich – demgegenüber haben nur 14 Prozent der Gesamtbevölkerung einen Hochschulabschluss. Journalisten sind also zunächst einmal eine Bildungselite. Darüber hinaus sind zwei Drittel aller deutschen Journalisten in einem gut abgesicherten Angestellten- oder Beamtenhaushalt groß geworden, Arbeiterkinder stellen nur eine kleine Minderheit dar. Nimmt man das Modell der Sinus-Milieus als Maßstab, so ist (laut einer Journalistenbefragung aus dem Jahr 1999) die Szene der Journalisten relativ homogen: In nennenswerter Anzahl sind sie nur fünf von insgesamt zehn Milieus zuzurechnen. Deutlich überrepräsentiert ist das gut situierte „liberal-intellektuelle Milieu“. Konservativ-kleinbürgerliche Werte und prekäre Lebenslagen sind in deutschen Redaktionshäusern offenbar notorisch unterrepräsentiert – was zum Beispiel in Fragen des Umgangs mit Flüchtlingen und Sorgen vor einer „Islamisierung“, in Sachen Multikulturalität, Toleranz und Weltoffenheit, Minderheitenschutz und Gleichstellung, Antidiskriminierung und Gender Mainstreaming (kurz: in Fragen politischer Korrektheit) zwischen Medienmachern und Mediennutzern zu gegenseitiger Abneigung bis Feindseligkeit führen kann.

Die (Enttäuschungs-)Wut vieler Mediennutzer rührt aber nicht nur daher, dass enge Meinungskorridore wahrgenommen werden, in denen sich viele nicht repräsentiert fühlen, sondern dass der

mediale Tenor immer wieder mit der Regierungslinie zusammenzufallen scheint – sei es in der Euro- und Griechenland-Krise, in der Ukraine-Krise oder der Flüchtlingskrise – sodass der Verdacht entsteht, es gebe Vorgaben aus dem Kanzleramt, Journalisten seien fremdgesteuert und die Berichterstattung gelenkt. Wie kommt das?

INDEXING UND INFORMELLE INTERAKTION

Journalisten orientieren sich nicht nur aneinander, sondern auch und vor allem an Eliten und deren Diskursen. Medien sind auf einen steten Fluss verlässlicher Informationen und Aussagen glaubwürdiger Akteure angewiesen, denn sie müssen schnell und kontinuierlich relativ preiswerte Inhalte produzieren. Schon aus diesem ökonomischen Grund liegt es nahe, sich an der Themenagenda und dem Meinungsspektrum der Eliten zu orientieren – was nicht ausschließt, dass von Zeit zu Zeit die eine oder andere Redaktion mit Enthüllungsrecherchen, kritischen Analysen oder entlarvenden Faktenchecks aufwartet. Doch diese aufklärenden Ausnahmen werden gleichsam naturgemäß überspült von der Flut der täglichen, eher passiven Abbildung des Regierungshandelns in den Hauptnachrichtensendungen und den Politikeiten der großen Zeitungen.

Der Politologe W. Lance Bennett entwickelte dazu eine Hypothese, die er „Indexing“ nannte. Die großen Medien, so besagt diese These, tendierten dazu, die Spanne der Meinungen und Argumente in der offiziellen politischen Debatte, also in Parlament und Regierung, anzuzeigen, zu „indexieren“. Dies treffe nicht nur auf Nachrichten und Berichte zu, sondern sogar auf Kommentare, in denen die Journalisten ihre eigene Haltung darlegen, denn Journalisten wichtiger Medien suchten meist Rückendeckung aus dem Establishment. Kritik stellt aus dieser Sicht keine Eigenleistung des Journalismus dar, sondern ist auf Gelegenheitsstrukturen im politisch-parlamentarischen Raum angewiesen. Gibt es dort Konflikte, bekommen auch die Mediennutzer eine lebhaftere mediale Debatte geboten; besteht aber über ein Thema Konsens, so die Annahme, unterstützen die Medien die Regierungslinie.⁰⁸

⁰⁸ Vgl. W. Lance Bennett, *Towards a Theory of Press-State Relations in the United States*, in: *Journal of Communication* 2/1990, S. 103–125.

Indizien für ein solches Verhalten, das Bennett nicht als mechanisches Gesetz, sondern eher als unbewusst verfolgte Daumenregel verstanden wissen will, sind in Deutschland bei einer ganzen Reihe von wichtigen politischen Themen gefunden worden – für den Kosovo-Krieg, den Afghanistan-Krieg, den Irak-Krieg, die EU-Osterweiterung, die Einführung von Hartz IV und die Deregulierung des Finanzmarktes sowie für die Finanzkrise 2008. So gab es zum Beispiel für die Kriegseinsätze im Kosovo und in Afghanistan breite Mehrheiten im Bundestag, und auch in den Medien fand sich ein hohes Maß an Konsens über die Legitimität einer deutschen Beteiligung, während der Irak-Krieg sowohl von der politischen Elite als auch von den Journalisten sehr viel stärker kritisiert wurde.

Nun ist ein tendenziell passiver Journalismus, der sich auf das Widerspiegeln des Elitendiskurses beschränkt und sich nur innerhalb von dessen Grenzen bewegt, unproblematisch, solange sich das Establishment selbst kontrolliert, alle Fraktionen der Macht gegenseitig die blinden Flecken der jeweils anderen ausleuchten und alle Interessen und Meinungen der Bevölkerung im Parlament repräsentiert sind. Wenn jedoch der Meinungskorridor auch im Establishment enger wird, wenn politische Entscheider ihr Tun als alternativlos und als bloße Exekution von Sachzwängen darstellen und von keiner starken Opposition herausgefordert werden, wenn sich Parteiprogramme angleichen – die CDU ökologischer, die SPD wirtschaftsliberaler und die Grünen militärfreundlicher werden –, dann kann es zu einer Repräsentationskrise kommen, die von der Politik auf die Medien abfährt. „Es herrscht in allen wichtigen Fragen eine schwarz-rot-grüne Koalition“, konstatierten 2015 die „Zeit“-Redakteure Matthias Geis und Bernd Ulrich. Schon seit der Schröder-Regierung rangiere „pragmatische Krisenbewältigung“ vor demokratischer Willensbildung, und es sei das „schmutzige Geheimnis des Konsenssystems, dass unter der Kooperation der demokratischen Kräfte die Demokratie selbst in Mitleidenschaft gezogen wird“. In solch einer Situation wird es wichtiger, dass aktive Medien das politische Entscheidungszentrum auf zu bearbeitende Probleme aufmerksam machen, nicht repräsentierte Bevölkerungsmeinungen ins Spiel bringen und die Mächtigen durch die Formulierung von politischen Optionen unter Druck setzen.

Doch das ist leichter gesagt als getan – denn die mediale Elite steht in vielfältigen sozialen Be-

ziehungen zur politischen Elite. Man trifft sich auf Sommerfesten, reist gemeinsam im Flugzeug, führt informelle Gespräche. Es gibt eine bunte und intransparente Szene von sogenannten Hintergrundkreisen, in denen jeweils eine feste Anzahl von Journalisten in regelmäßigem Turnus mit wechselnden Spitzenpolitikern *off the record* spricht; auch Politiker laden regelmäßig oder ad hoc Journalisten ihres Vertrauens zu Hintergrundrunden ein.⁰⁹ So können die menschliche Nähe am Korrespondentenstandort und die Suche nach Zugang zu hochrangigen Quellen, gepaart mit der Konkurrenzsituation, einen subtilen Konformitätsdruck bewirken, der auf Anpassung an den Diskursrahmen der politischen Machthaber zielt – wer es sich mit allen verdirbt, etwa indem er auf unbequemen Wahrheiten beharrt und anerkannte Glaubenssätze hinterfragt, der kann sich in die soziale und berufliche Isolation manövrieren. „Je länger und enger ich in Bonn das politische Geschehen und dessen journalistische Verarbeitung miterlebte, desto unbehaglicher fühlte ich mich als Teil einer professionell betriebenen Verschwörung zur Unterdrückung von Wirklichkeit“, schrieb 1995 der frühere Hauptstadtbüroleiter des „Spiegel“, Jürgen Leinemann. Sowohl Politiker als auch Journalisten achteten „sorgsam darauf, dass möglichst niemand aus der selbstgeschaffenen Vakuumwelt ausbricht. (...) ‚So darf man das nicht sehen‘ oder ‚Das ist die falsche Fragestellung‘ oder ‚Wo leben Sie denn?‘ heißen die Formeln, mit denen Abweichler zur Ordnung gerufen werden.“

Konformitätsdruck in Hinblick auf die EU-Osterweiterung erlebte der Journalist Hajo Friedrich in Brüssel, wovon er 2012 berichtete: Journalisten seien darauf eingeschworen worden, bloß nicht auf die Gefahren eines Beitritts etwa von Bulgarien und Rumänien hinzuweisen. „Wer das tat, galt nicht nur als dem nationalen Denken verhafteter Kleingeist, sondern auch als Brandstifter.“ Als solcher abgestempelt, sei man mit Vertrauensentzug abgestraft und nicht mehr zu Reisen oder Hintergrundgesprächen eingeladen worden. Dabei sind zumindest für die Vertreter jener tonangebenden Leitmedien, die auf Hintergrundberichterstattung und Exklusivinformationen setzen, informelle Treffen mit politischen Ak-

⁰⁹ Vgl. Uwe Krüger, *Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse*, Köln 2013, S. 31–37.

teuren das A und O. „Die sind nicht nur das Salz in der Suppe“, sagte ein Berlin-Korrespondent in einer Befragung, „sondern das ist die Suppe. Also darum geht es. Darum geht es.“¹⁰

Das Problem ist wohl dieses: Wem als Journalist in Hintergrundgesprächen frühzeitig unpopuläre Maßnahmen wie soziale Einschnitte oder Kriegseinsätze vermittelt werden, wem im Vertrauen Motive erläutert und drohende Gefahren deutlich gemacht werden, dessen Perspektive verschiebt sich immer weiter weg von der seines Publikums, das fernab des Politikbetriebs lebt. Auf diese Weise kann der Journalist zum „Politiker-Versteher“ werden, dem die Naivität, die Neugier und die Empörung des Publikums abgehen, für das er stellvertretend die Fragen stellen soll. So findet er oder sie sich auf einmal in gemeinsamer Abwehrfront der demokratisch legitimierten Politiker und der freien Presse gegen die, wie Helmut Kohl sie einst nannte, „Menschen draußen im Lande“.

FAZIT UND AUSBLICK

„Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken“, schrieb einst Karl Marx und Friedrich Engels.¹¹ Man muss kein Freund von Einbahnstraßen-Materialismus sein, um eine Abwandlung davon auch für demokratische Systeme mit pluralistischer Medienöffentlichkeit in Betracht zu ziehen: Die Deutungsmuster der jeweiligen politischen und ökonomischen Machthaber sind auch die vorherrschenden Deutungsmuster im Medien-Mainstream. Denn die Aussagen und Handlungen dieser Eliten sind die hauptsächlichen Quellen, aus denen die Redaktionen für ihre tägliche Berichterstattung schöpfen, und mit dem vermeintlich neutralen Abbilden des Geschehens folgen viele den grundlegenden Prämissen des jeweils laufenden politischen Diskurses.

Das heißt aber nicht, dass die Politik- und Wirtschaftselite allmächtig wäre und sich ihre Narrative stets frei aussuchen könnte. In einer Mediendemokratie sind (vor allem politische) Eliten auch von Medien abhängig und auf gute Presse angewiesen. Außerdem: Neue Narrative, Anliegen

und Bedürfnisse kommen von Zeit zu Zeit durch Protestbewegungen und außerparlamentarische Oppositionen in die Arena der Öffentlichkeit. Diese Herausforderer werden zwar in der Regel zunächst von der politischen und medialen Elite marginalisiert und bekämpft, sickern dann aber häufig ins Establishment ein – weil die etablierten Parteien die Argumente assimilieren oder das Personal der sozialen Bewegungen selbst in höhere Positionen aufsteigt. Das passierte etwa mit den Grünen, die in den 1970er Jahren die ökologische Frage stellten und zunächst massiv bekämpft wurden, bis der Umweltschutz schließlich Gemeingut in den Parteiprogrammen wurde. Derzeit stellen die Rechtspopulisten der Alternative für Deutschland die soziale Frage – indem sie die Ansprüche einheimischer Arbeiter und Erwerbsloser gegen die von Flüchtlingen zu verteidigen vorgeben, also unten gegen ganz unten ausspielen – und vor allem die kulturelle Frage. Gut möglich, dass in einigen Jahren Fragen der kulturellen Identität in vielen anderen Parteiprogrammen zu finden sein werden, eventuell mit Ausnahme der Grünen, die als dezidiert multikulturalistische Partei wohl als einzige mit diesem Anliegen nicht kompatibel ist. Der Mainstream wird im Zuge dieses Prozesses in eine andere Richtung fließen als heute – und viele Journalisten werden wie ein Fischschwarm mit ihm ziehen.

Vielleicht werden manche den Richtungswechsel nicht einmal bemerkenswert finden, sondern als etwas ganz Natürliches hinnehmen. Öffentliche Meinung ist schließlich für Hersteller von Öffentlichkeit so etwas wie eine zweite Haut. Ganz so wie in einer Parabel des Schriftstellers David Foster Wallace, in der zwei junge Fische ihres Weges schwimmen. Ihnen kommt ein älterer Fisch entgegen und fragt: „Morgen Jungs, wie ist das Wasser?“ Ohne zu antworten, schwimmen die beiden weiter, doch dann fragt der eine den anderen verwundert: „Was zum Teufel ist Wasser?“¹²

UWE KRÜGER

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Journalistik am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig.
uwe.krueger@uni-leipzig.de

10 Christiane Lesmeister, *Informelle politische Kommunikationskultur*, Wiesbaden 2008, S. 145.

11 Karl Marx/Friedrich Engels, *Die deutsche Ideologie*, in: Marx Engels Werke, Bd. 3, Berlin 1969, S. 46.

12 David Foster Wallace, *Das hier ist Wasser/This Is Water*, Köln 2012, S. 9.

ESSAY

MEDIEN, MACHT, DEMOKRATIE

Wettbewerb und Konzentration auf dem Medienmarkt

Julia Cagé

Information ist ein öffentliches Gut. Und dieses öffentliche Gut ist unverzichtbar für das Funktionieren unserer Demokratien. Unverzichtbar – das klingt stark und ist doch alles andere als übertrieben. Demokratie wird oft vor schnell durch die lapidare Formel definiert: „Ein Mensch, eine Stimme“. Aber sie ist mehr als das, und die Formel muss lauten: „Ein informierter Mensch, eine Stimme“. Andernfalls ist Demokratie bloße Fassade.

Presse, Radio, Fernsehen und inzwischen auch das Internet – seit ihren Anfängen spielen die Medien eine Schlüsselrolle in unseren Demokratien. Indem sie über anstehende Wahlen, Programme der Kandidaten und anderes mehr informieren, haben sie zunächst Einfluss auf die politische Beteiligung. In den Vereinigten Staaten etwa nahm die Wahlbeteiligung zu, als die ersten Tageszeitungen auf den Plan traten: Dies zeigt eine Studie der Ökonomen Matthew Gentzkow, Jesse Shapiro und Michael Sinkinson, in der sie den Einfluss von Tageszeitungen auf das Wahlverhalten zwischen 1869 und 1928 untersuchten – und damit die Intuitionen eines Alexis de Tocqueville bestätigten.⁰¹ Eine zusätzliche Tageszeitung erhöht die Beteiligung an Parlaments- und Präsidentschaftswahlen um 0,3 Prozent; die erste, die auf den Markt kommt, sogar um einen ganzen Prozentpunkt – ein massiver Anstieg.

Für die positive Auswirkung von Zeitungen auf die politische Beteiligung gibt es eine Reihe von Gründen, allen voran ihr Informationsgehalt. Je besser Bürgerinnen und Bürger informiert sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie zur Wahl gehen. Dieser Befund ist durch zahlreiche Arbeiten erhärtet worden.⁰² Natürlich bleibt diese Wirkung nicht der gedruckten Presse vorbehalten. Insbesondere das Radio hat historisch eine ähnliche Rolle gespielt.

FERNSEHEN UND POLITISCHE BETEILIGUNG

Die Wirkung des Fernsehens in Demokratien ist hingegen weniger leicht einzuschätzen. Aus einem ganz einfachen Grund: Durch das Fernsehen wenden sich Zuschauerinnen und Zuschauer von Medien mit höherem Informationsgehalt ab, um dafür mehr Unterhaltung zu konsumieren. Eine Nachrichtensendung der 1950er Jahre bot, wie der Historiker Ted Nielsen festgestellt hat, nicht mehr Text als drei Spalten der Titelseite der „New York Times“.⁰³ Das hat dazu geführt, dass die Bürger im Durchschnitt schlechter informiert sind. Zwischen einem Viertel und der Hälfte des Rückgangs der politischen Beteiligung seit den 1950er Jahren, darauf hat Gentzkow hingewiesen, geht auf die Einführung des Fernsehens zurück.⁰⁴

Der negative Einfluss des Fernsehens auf die politische Beteiligung hat sich, wie wir aus den Arbeiten des Politikwissenschaftlers Markus Prior wissen,⁰⁵ mit der Einführung des Kabelfernsehens noch verschärft. Durch den Fernsehkonsum hatten sich die Bürger seit den 1930er Jahren zwar von anderen, informativeren Medien abgewandt, aber sie blieben zumindest ein paar Minuten täglich an Nachrichtensendungen hängen. Das Kabelfernsehen mit seiner immensen Fülle an Wahlmöglichkeiten erlaubt es dagegen, sich *nie* zu informieren. Dadurch hat es nicht bloß zum Rückgang der durchschnittlichen Wahlbeteiligung, sondern auch zu wachsender Polarisierung beigetragen. Wer sich wirklich informieren will, kann dies besser denn je. Doch selbst in einem Medienumfeld mit hoher politischer Beteiligung ist ein nicht unerheblicher Teil der Bürger so schlecht informiert wie nie zuvor. Die Funktionsfähigkeit unserer Demokratien, die momentan einen Rückgang der politischen Beteiligung und einen wachsenden Zulauf für Extremisten erleben, wird dadurch zwangsläufig beeinträchtigt.

Auch der gesellschaftliche Zusammenhalt in diesen Demokratien bleibt davon nicht unberührt. Das „traditionelle“ Fernsehen mit seinen wenigen Sendern hatte eine homogenisierende Wirkung. Man saß zu mehreren vor dem Fernseher, im Kreise der Familie und der Freunde, und da alle am Ende die gleichen Sendungen gesehen hatten, konnten sich tags darauf alle darüber austauschen. Die Welt des Kabelfernsehens dagegen ist die vom Soziologen und Politikwissenschaftler Robert D. Putnam beschriebene des *bowling alone*, eine Welt also, in der regelmäßige Kontakte mit Freunden und Nachbarn unaufhaltsam zurückgehen.⁰⁶ Es geht hier nicht darum, den Verlust sozialer Bindungen zu beklagen – aber die Gefahren, die von dieser Entwicklung für die Demokratie ausgehen, sollten klar benannt werden. Zu diesen zählt zumal die Gefahr einer wachsenden „Desinformation“. In unseren Gesellschaften leben die Menschen zunehmend in jenen vom Rechtswissenschaftler Cass Sunstein beschriebenen „Echoräumen“ und „Informationskokons“, in die nur noch jene Informationen eindringen, denen ihre Bewohner sich aussetzen wollen.⁰⁷

GESCHWINDIGKEIT VS. ORIGINALITÄT

Dieser paradoxe Effekt des Fernsehens, eines „Massenmediums“, von dem man hätte denken sollen, dass es zur Demokratisierung der Infor-

01 Vgl. Matthew Gentzkow/Jesse M. Shapiro/Michael Sinkinson, The Effect of Newspaper Entry and Exit on Electoral Politics, in: *American Economic Review* 7/2011, S. 2980–3018.

02 Vgl. Timothy Feddersen/Alvaro Sandroni, A Theory of Participation in Elections, in: *American Economic Review* 4/2006, S. 1271–1282; David Lassen, The Effect of Information on Voter Turnout: Evidence from a Natural Experiment, in: *American Journal of Political Science* 1/2005, S. 103–118.

03 Vgl. Ted Nielsen, A History of Television News, in: Lawrence Wilson Lichty/Malachi C. Topping (Hrsg.), *American Broadcasting: A Source Book on the History of Radio and Television*, New York 1975.

04 Vgl. Matthew Gentzkow, Television and Voter Turnout, in: *Quarterly Journal of Economics* 3/2006, S. 931–972.

05 Vgl. Markus Prior, News vs. Entertainment: How Increasing Media Choice Widens Gaps in Political Knowledge and Turnout, in: *American Journal of Political Science* 3/2005, S. 577–592; ders., *Post-Broadcast Democracy: How Media Choice Increases Inequality in Political Involvement and Polarizes Elections*, Cambridge 2007.

06 Vgl. Robert D. Putnam, *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*, New York 2000.

07 Vgl. Cass Sunstein, *Republic.com*, Princeton 2002; ders., *Republic.com 2.0*, Princeton 2009.

mation und damit zu fortschreitender Aufklärung und politischer Beteiligung beiträgt, wiederholt sich im Falle des Internets. Nie zuvor konnte man sich leichter und meist auch noch kostenlos Informationen beschaffen, nie zuvor waren sie so rasch zur Hand wie heute online. Und doch ist mit dem Zugang zum *world wide web* die politische Beteiligung gesunken, wie jüngere Studien zu Deutschland und Großbritannien zeigen.⁰⁸

Denn auch das Internet hat, wie vor ihm das Fernsehen, die Aufmerksamkeit der Bürger von der Information abgezogen. Zum einen konsumieren sie mehr Unterhaltung, zum anderen werden sie, wenn sie doch Information konsumieren, mit einer beschränkteren Zahl von Sichtweisen konfrontiert. Dieser negative Einfluss des Internets rührt nicht nur von seiner Auswirkung auf unsere Konsumgewohnheiten, sondern zum Teil auch von den Besonderheiten der Informationsproduktion im Netz her. In einer mit dem Institut National de l'Audiovisuel umgesetzten Untersuchung habe ich die Geschwindigkeit der Informationsverbreitung im Netz gemessen.⁰⁹ Berücksichtigt wurden die Websites aller politischen Informations- und Nachrichtenmedien in Frankreich und die Gesamtheit der 2013 auf diesen Seiten veröffentlichten Artikel. Dabei hat sich gezeigt, dass es im Durchschnitt ungefähr drei Stunden braucht (187 Minuten), bis eine im Internet veröffentlichte Information auf einer anderen Seite erneut publiziert wird – in 25 Prozent aller Fälle jedoch nur etwa dreieinhalb Minuten (215 Sekunden). Die Geschwindigkeit geht auf Kosten der Originalität: 66 Prozent der im Internet veröffentlichten Artikel sind zumindest zur Hälfte durch *copy and paste* (Kopieren und Einfügen) entstanden, die „Originalitätsrate“ der Online-Artikel liegt also bei nur 38 Prozent.

Welche Konsequenzen hat das für die Information der Bürger in unseren Demokratien? Die Geschwindigkeit der Informationsverbreitung könnte den Zugang aller zu diesen Informationen verbessern. Stattdessen sinkt mit ihr der Anreiz

08 Vgl. Oliver Falck/Robert Gold/Stephan Heblich, E-lections: Voting Behavior and the Internet, in: *American Economic Review* 7/2014, S. 2238–2265; Alessandro Gavazza/Mattia Nardotto/Tommaso Valletti, *Internet and Politics: Evidence from U.K. Local Elections and Local Government Policies*, Centre for Economic Policy Research, Discussion Paper 10991/2015.

09 Vgl. Julia Cagé/Nicolas Hervé/Marie-Luce Viaud, *The Production of Information in an Online World*, NET Institute, Working Paper 15-05/2015.

für Medien, Originalinformationen zu produzieren. Denn Medien, die solche Informationen bieten, haben in Online-Leserzahlen gemessen nur einen sehr geringen Vorteil gegenüber denen, die das nicht tun. Zudem gelingt es ihnen immer weniger, aus Leserzahlen auch Profit zu schlagen, während die Produktion von Primärinformationen eine „Investition“ in Journalistinnen und Journalisten voraussetzt und damit extrem hohe Kosten verursacht. Dies erklärt, weshalb in den vergangenen zehn Jahren die durchschnittliche Größe von Politik- und Nachrichtenredaktionen extrem zurückgegangen ist, in den USA wie fast überall in Europa.¹⁰

In Deutschland wurden allein 2013 über 1000 Stellen für Journalisten abgebaut. In Frankreich sieht es ähnlich aus. Seit 2010 sinkt auch hier die Zahl der Journalisten um etwa 1000 pro Jahr. Gewiss ist dieser Schwund nicht mit dem zu vergleichen, der in den USA zu beobachten ist, wo in den zurückliegenden sieben Jahren etwa 11 000 Journalisten ihren Arbeitsplatz verloren haben. Aber es ist gleichwohl höchst beunruhigend, dass es in fast allen entwickelten Ländern immer weniger Journalisten, dafür aber immer mehr Kommunikations- und PR-Beauftragte gibt.

BESONDERER WIRTSCHAFTSZWEIG

Man wird die demokratische Funktion der Medien nicht verstehen können, wenn man sich nicht für ihre wirtschaftliche Situation und vor allem dafür interessiert, welche Anreize sie haben (oder eben nicht haben), unabhängige und hochwertige Information zu produzieren. Ich habe oben den positiven Einfluss hervorgehoben, den der Markteintritt der *ersten* Zeitungen auf die politische Beteiligung in den USA hatte. Man könnte daraus den Schluss ziehen, dass die Beteiligung mit jeder zusätzlichen Zeitung weiter zunimmt. Das ist jedoch nicht der Fall. Weshalb? Weil Medien aufgrund ihrer Produktionsstruktur einen unbegrenzten Wettbewerb, eine immer größere Zahl von Medienakteuren, nicht verkraften können.

Medien sind ein Wirtschaftszweig, in dem hohe Fixkosten vergleichsweise geringen variablen Kosten gegenüberstehen – das Internet

hat dieses Übergewicht der Fixkosten noch gesteigert, weil die Vertriebskosten im Netz gegen Null gehen. Anders gesagt, Medien zeichnen sich durch das aus, was man Skaleneffekte nennt: Die Produktionskosten steigen mit der Qualität, nicht mit der Marktgröße. Während in den meisten Industrien bei rückläufigen Absätzen die Lösung darin besteht, Kosten zu senken,¹¹ sieht es im Mediensektor anders aus: Ganz gleich, wie viele Exemplare verkauft werden, die zur Herstellung der Zeitung erforderliche Zahl von Journalisten bleibt mehr oder wenig gleich. Die Zahl der Themen, über die zu berichten ist, ändert sich nicht, und der gesamte Arbeitsaufwand konzentriert sich auf die Herstellung des ersten Exemplars, während die danach anfallenden Reproduktionskosten kaum ins Gewicht fallen. Wenn eine Zeitung also beschließt, ihre Redaktion zu verkleinern, um Umsatzrückgänge auszugleichen, kann sie dies nur um den Preis von Qualitätseinbußen tun.

Wie sich der Wettbewerb in den Medien auswirkt, bemisst sich daran, inwiefern durch ihn Anreize zur Informationsproduktion geschaffen werden. Jenseits einer bestimmten Schwelle kann eine wachsende Zahl von Medien auch zu sinkender Quantität und Qualität der produzierten Informationen führen. Dies ist dann der Fall, wenn die Heterogenität der Informationspräferenzen im Vergleich zu den Skaleneffekten relativ schwach ist, sodass die destruktiven Effekte des Wettbewerbs (zum Beispiel Auflösung von Redaktionen und steigende Produktionskosten) seine positiven Effekte (zum Beispiel bessere Befriedigung einer heterogenen Nachfrage und diversifizierten Leserschaft) überwiegen.

Heterogenität der Informationspräferenzen? Weniger technisch gesprochen heißt das: Wenn alle Konsumenten in einem gegebenen Markt genau die gleichen Informationsvorlieben haben (oder die gleichen politischen Präferenzen) und bereit sind, den gleichen Preis für eine Zeitung zu zahlen (also *homogene* Präferenzen haben), dann wird der Markteintritt einer neuen Zeitung keine neuen Leserinnen und Leser erschließen. Die

¹¹ Verkauft ein Autohersteller weniger Autos, so fährt er die Produktion zurück, und dieser technische Arbeitsausfall nötigt den Geschäftsführer dazu, einen Teil der Arbeiter zu entlassen, ohne dass die Qualität der weiterhin produzierten Autos darunter leiden würde. Mit anderen Worten: Die erforderliche Arbeitskraft variiert mit der Nachfrage. Ist diese gering, fertigt man weniger Autos mit weniger Beschäftigten, das ist alles.

¹⁰ Vgl. Julia Cagé, *Sauver les médias: Capitalisme, financement participatif et démocratie*, Paris 2015; dies., *Do Journalists Drive Media Bias? Payroll and Inequality within the Newsroom*, Sciences Po Paris, Working Paper 2016 (unveröff.).

Leser, die es bereits gibt, werden sich auf beide Zeitungen (die alte und die neue) aufteilen. Jede einzelne Zeitung wird folglich einen schwächeren Absatz hinnehmen müssen. Sind dagegen bestimmte Konsumenten bereit, einen sehr hohen Preis für eine Qualitätszeitung zu zahlen, während andere einem billigeren Blatt den Vorzug geben, oder wollen bestimmte Konsumenten ein linksgerichtetes, andere ein rechtsgerichtetes Blatt lesen, so haben sie *heterogene* Präferenzen. Also werden mit der Einführung einer Qualitätszeitung in einen Markt, der bis dahin ausschließlich von einer billigen Zeitung bedient wurde, neue Leser auftauchen. Damit wird jede der beiden Zeitungen stärkeren Absatz finden und die Nachfrage besser befriedigt werden.

In einer Untersuchung zur französischen Regionalpresse zwischen 1945 und 2012 habe ich gezeigt, dass mit dem Auftauchen eines neuen Wettbewerbers am Markt die Zahl der Journalisten in den bereits etablierten Zeitungen um bis zu 60 Prozent sinken kann, während die Gesamtzahl der Journalisten (die des neuen Wettbewerbers eingeschlossen) im Wesentlichen unverändert bleibt.¹² Dieser Effekt fällt umso stärker aus, je stärker die soziale Homogenität der Bevölkerung in dem fraglichen Département ist. Mit anderen Worten: Wachsende Konkurrenz lässt die „Gesamtmenge“ der Pressevertreter unverändert – diese verteilt sich aber auf mehr Akteure. In der jüngeren Vergangenheit zeigt sich auch, dass eine große Zahl von Zeitungen am Markt mit einer geringeren Zahl von Artikeln in jeder einzelnen Zeitung einhergeht. Auch werden die Artikel kürzer und bieten insgesamt weniger Informationen zu den behandelten Themen. Zudem zeigt sich, dass der Markteintritt einer Zeitung – und der dadurch hervorgerufene Rückgang an produzierter Information – zu einer geringeren Beteiligung an den Kommunalwahlen führt. Tatsächlich fiel der historische Rückgang der Wahlbeteiligung im Laufe der vergangenen Jahrzehnte deutlich stärker in jenen Départements aus, in denen der Wettbewerb besonders stark war.

Diese Beobachtungen legen bei aller gebotenen Vorsicht den Schluss nahe, dass die allgemeine Zunahme des Wettbewerbs im Medienbereich

(alle Informationsträger eingeschlossen) zu einem Rückgang der politischen Beteiligung geführt hat. Weshalb? Weil der wachsende Wettbewerb eine Auflösung von Redaktionen und damit einen Informationsschwund gezeitigt hat. Weniger gut informiert, hat eine Reihe von Bürgern beschlossen, den Urnen fernzubleiben.

MEDIENPLURALISMUS IN GEFAHR

Gleichwohl ist Konzentration nicht die Lösung. Den Wettbewerb im Mediensektor zu fördern, heißt für Ideenvielfalt und Informationsfreiheit einzutreten, ja, es heißt in gewisser Weise der „Wahrheit“ ans Licht zu verhelfen. Ein Medium (oder eine Mediengruppe) mit Monopolstellung wäre eine Gefahr für die Demokratie. Das naheliegendste Risiko ist offenbar das eines staatlichen Informationsmonopols. Als die öffentlich-rechtlichen Rundfunkgesellschaften ORTF in Frankreich und BBC in Großbritannien noch die einzigen waren, die Fernseh- und Radioprogramme ausstrahlten, zogen sie sich immer wieder, und manchmal zu Recht, den Vorwurf mangelnder Unabhängigkeit gegenüber der Staatsmacht zu. Aber ein privates Monopol wäre nicht minder gefährlich. Zum einen erhöht eine Monopolstellung das Risiko der Medienbeeinflussung: Es ist leichter, eine Zeitung zu korrumpieren als zehn Zeitungen, zumal Wettbewerb dazu motiviert, Informationen früher als andere herauszubringen, also den Scoop der Vetternwirtschaft vorzuziehen. Zum anderen wird niemand ernsthaft behaupten, die Berichterstattung werde im Falle eines Monopols nicht von den Interessen eines Einzelnen beeinflusst – nämlich denen des Eigentümers.

Medienkonzentration stellt also eine Gefahr für den Pluralismus dar. Gerade auf dem deutschen Medienmarkt fällt bei näherer Betrachtung eine besonders starke Konzentration auf. Gewiss erscheint in Deutschland eine beeindruckende Zahl von Tages- und Wochenzeitungen und diversen Magazinen. Aber im Großen und Ganzen haben einige wenige Akteure den Markt unter sich aufgeteilt, und die Axel Springer SE (vormals AG) dominiert den deutschen Zeitungsmarkt seit Jahrzehnten.

Mit dem Verkauf der „Süddeutschen Zeitung“ Ende der 2000er Jahre an die Südwestdeutsche Medienholding hat sich die Medien-

¹² Vgl. Julia Cagé, *Media Competition, Information Provision and Political Participation*, Sciences Po Paris, Working Paper 2014 (unveröff.).

konzentration in Deutschland noch verschärft. Zwischen 1989 und 2008 ist der Marktanteil der zehn größten Medienhäuser von 54,8 Prozent auf 58,8 Prozent gestiegen.¹³ Und diese Konzentration beschränkt sich nicht auf die Presse. Die weltweit größte Mediengruppe außerhalb der Vereinigten Staaten sitzt mit Bertelsmann in Deutschland. Mit seinen beeindruckenden Geschäftszahlen, die für 2013 ganze 16,4 Milliarden Euro Einnahmen, 870 Millionen Euro Gewinn und 111 736 Beschäftigte ausweisen, ist der Konzern in den Medienlandschaften auf beiden Seiten des Rheins stark engagiert. In Deutschland gehören Bertelsmann zahlreiche Fernsehsender, darunter RTL, RTL II, Super RTL, Vox und n-tv. In Frankreich ist der Konzern als Muttergesellschaft der RTL-Gruppe im Radio (RTL, RTL 2, Fun Radio) ebenso vertreten wie im Fernsehen (die Sender der M6-Gruppe) und als Mehrheitseigner von Prisma Media auch in der französischen Presse („Capital“, „VSD“, „Voici“, „Gala“, „Télé Loisirs“ und andere mehr). Darüber hinaus besitzt Bertelsmann Fernsehsender in mehreren weiteren europäischen Ländern. Aber den Mediensektor stärker zu regulieren, um den Pluralismus zu schützen, steht bei der Mehrheit des politischen Personals in Deutschland offenbar nicht auf der Tagesordnung.

Sowohl in den USA als auch in Europa und besonders in Deutschland schwächt die wachsende Konzentration im Mediensektor den positiven Einfluss der Medien auf unsere Demokratien. Hinzu kommt der Einbruch der Werbeeinnahmen. Historisch betrachtet hat Werbung die Zeitungen nicht nur erschwinglicher gemacht, sondern auch zu ihrer Demokratisierung beigetragen und damit so etwas wie Objektivität der Information erst ermöglicht.¹⁴ Das fortschreitende Versiegen dieser Einnahmequelle, die den Medien lange erhebliche Mittel beschert hat, führt nicht nur zu sinkender Informationsqualität durch die Verkleinerung von Redaktionen. Schwindende Werbeeinnahmen führen auch zu einer stärkeren Polarisierung der Leserschaft. Denn mehr und mehr werden Abonnenten – die im Durchschnitt

sozial und beruflich besser gestellt sind – von Lesern subventioniert, die ihre Zeitungen am Kiosk kaufen.¹⁵

In der gegenwärtigen Medienkrise kommt schließlich eine massive Veränderung der Aktiennstruktur hinzu. Einerseits gibt es, wie wir gesehen haben, eine starke Konzentration innerhalb des Mediensektors, andererseits steigen vermehrt medienfremde Anteilseigner ein, die ihre Mittel größtenteils anderen Geschäftsfeldern wie E-Commerce (Jeff Bezos zum Beispiel, der Chef von Amazon, hat die „Washington Post“ gekauft) oder Telekommunikation verdanken (Patrick Drahi, der an der Spitze des französischen Mobilfunkanbieters SFR steht, ist zum Beispiel Hauptaktionär der Tageszeitung „Libération“ und des Nachrichtenmagazins „L'Express“ und demnächst auch Mehrheitseigner des Fernsehsenders BFM-TV sowie des Radiosenders RMC). Darin liegt eine ernste Bedrohung nicht nur der Pressefreiheit, sondern auch des Gedeihens unserer Demokratien.

NEUE PERSPEKTIVEN

In meinem Buch „Rettet die Medien. Wie wir die vierte Gewalt gegen den Kapitalismus verteidigen“, habe ich das neuartige Modell eines nicht gewinnorientierten Medienunternehmens vorgeschlagen, das diesen Herausforderungen gewachsen wäre.¹⁶ Zwischen Stiftung – die Übertragung des investierten Kapitals wäre unwiderruflich (auch würden keine Dividenden ausgeschüttet) – und Aktiengesellschaft angesiedelt, würde diese radikal neue Rechtsform eine Neuverteilung von Kapital und Macht ermöglichen. So müssten etwa die größten externen Anteilseigner eine Beschränkung ihrer Macht hinnehmen, etwa dadurch, dass jenseits einer Beteiligungsschwelle von zehn Prozent nur noch ein Drittel ihrer Einlagen mit zusätzlichen Stimmrechten versehen wäre. Umgekehrt würden den kleinen Anteilseignern entsprechend mehr Stimmrechte eingeräumt. Und parallel dazu könnte durch Steuerbefreiung der Investitionen privater Anleger eine Finanzierung durch Crowdfunding auf den Weg gebracht werden. Dieses Finanzierungs-

13 Vgl. Eli Noam/The International Media Concentration Collaboration, *Who Owns the World's Media?*, Oxford 2016.

14 Vgl. Michael Schudson, *Discovering the News: A Social History of American Newspapers*, New York 1981; James Hamilton, *All the News That's Fit to Sell: How the Market Transforms Information Into News*, Princeton 2004.

15 Vgl. Charles Angelucci/Julia Cagé, *Newspapers in Times of Low Advertising Revenues*, Sciences Po Paris, Working Paper 2016 (unveröff.).

16 Cagé 2015 (Anm. 10), deutsche Ausgabe: München 2016.

modell würde den Medien nicht nur zusätzliche Mittel in die Kassen bringen, es würde auch die Unabhängigkeit der Informationen nachhaltiger gewährleisten.

Warum aber ist eine Stiftung nicht ausreichend? Wozu braucht es eine alternative Rechtsform? Einmal mehr sind die Lehren aus Deutschland erhellend. Besonders aufschlussreich ist der Fall Bertelsmann, weil er beides, sowohl die Vorteile der Stiftung als Rechtsform von Medienunternehmen als auch ihre Grenzen, auf drastische Weise veranschaulicht. Der Hauptvorteil von Stiftungen liegt in der Beständigkeit, die durch die unwiderrufliche Vermögensübertragung seitens der Stifter ermöglicht wird. So übertrug der damalige Bertelsmann-Eigentümer Reinhard Mohn 1993 den Großteil seiner Aktien auf die 1977 ins Leben gerufene Bertelsmann Stiftung, die heute Hauptaktionärin des Medienkonzerns ist. Dies verließ der Unternehmensgruppe, die sich stets geweigert hat, an die Börse zu gehen, jene große und insbesondere über den Erbfall hinaus verbürgte Stabilität, von der dank einer großzügigen Gewinnbeteiligung auch die Belegschaft profitiert. Ganz gleich, welchen Verlockungen künftige Erbgenerationen ausgesetzt sein mögen – die Liquidation der Vermögenswerte ist ausgeschlossen. Der Finanzentwicklung der Gruppe, die von Ratingagenturen bewertet wird und (börsennotierte) Anleihen wie (ebenfalls börsennotierte) „Genussscheine“ ausgibt, hat diese Struktur keinen Abbruch getan.

Wo liegen also die Grenzen des Stiftungsmodells? Die Antwort lautet: in der unbeschränkten Macht, mit der eine einzige Familie die Geschicke eines so großen Konzerns lenken kann. Bei den „Genussscheinen“ handelt es sich um Papiere, deren Besitzer keine Aktionäre sind und daher auch über kein Stimmrecht verfügen. Die Gesamtheit der Stimmrechte liegt in den Händen der Bertelsmann-Verwaltungsgesellschaft, die ihrerseits von der Stiftung kontrolliert wird und auch die Stimmrechte der Familie ausübt. Vorsitzende der Verwaltungsgesellschaft ist Liz Mohn, Witwe von Reinhard Mohn und zugleich stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann Stiftung sowie Mitglied des Aufsichtsrates, dem auch ihr Sohn Christoph Mohn und ihre Tochter Brigitte Mohn angehören. Seit das Unternehmen 1835 von Carl Bertelsmann gegründet wurde, standen dem Medienkonzern Heinrich Bertelsmann (Carls Sohn), Johannes Mohn (Heinrichs

Schwiegersohn) und in der Folge ein Mohn nach dem anderen vor – bis zu Liz Mohn, die 2009 die Führung übernahm. Zweifellos ermöglicht die Rechtsform der Stiftung unternehmerischen Erfolg – aber in der Praxis wird sie allzu häufig dafür genutzt, Macht und Einfluss über Generationen hinweg in den Händen einzelner Familien zu halten.

Über sechs Generationen hinweg war die Familie Bertelsmann/Mohn auf diese Weise alleinige Tonangeberin der Bertelsmann-Gruppe. Über das offenkundige Problem der Konzentration von Macht und Einfluss hinaus wirft das auch die Frage auf, inwiefern die Steuervergünstigungen, die Stiftungen genießen, sachdienlich und angemessen sind. Warum sollte die Konservierung von Macht in den Händen einer kleinen Zahl von Personen, die über ein Entscheidungsmonopol in Verwaltungsräten verfügen, deren Fortbestand qua Satzung festgeschrieben ist, steuerlich auch noch begünstigt werden?

Gewiss, die nicht gewinnorientierte Mediengesellschaft ist nicht die eine und einzige Antwort auf die Krise der Medien. Es müssen andere Lösungsvorschläge auf den Tisch. Aber sie alle sollten klar berücksichtigen, dass es wieder mehr Demokratie in den Medien braucht – und um das zu erreichen, reicht die Rechtsform der Stiftung allein nicht aus. Es ist heute unerlässlicher denn je, dass die Medien zurück in die Hände derjenigen gelangen, die die Informationen produzieren, und derjenigen, die sie konsumieren: in die Hände der Journalisten und der Bürger.

Übersetzung aus dem Französischen:
Stefan Lorenzer, Hamburg.

JULIA CAGÉ

ist Professorin für Ökonomie am Institut d'études politiques de Paris (Sciences Po) und Autorin des Buches „Sauver les médias. Capitalisme, financement participatif et démocratie“, 2015 („Rettet die Medien. Wie wir die vierte Gewalt gegen den Kapitalismus verteidigen“, 2016).

julia.cage@sciencespo.fr

TWITTER STATT PRESSERAT?

Mediensebstkontrolle im internationalen Vergleich

Susanne Fengler

Hat eine „Lügenpresse“ ein Kartell über die öffentliche Meinung in Deutschland? Ist es angemessen, wenn Medien die Herkunft von Tatverdächtigen – Stichwort „Köln“ – nicht offenlegen? Und haben die Medien „blinde Flecken“ in der Auslandsberichterstattung – beispielsweise im Fall der Berichterstattung über Russland und den Ukraine-Konflikt? In den vergangenen Monaten mussten sich Journalisten und Redaktionen mit massiver Kritik an den Praktiken und Mechanismen der Medien auseinandersetzen.

Das ist nicht neu. Immer wieder wurde in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten kritisch über Leistungen und Versagen im Journalismus diskutiert – von den Folgen von Berichterstattungsexzessen in der „Causa Wulff“ bis weit zurück zum skandalträchtigen „Stern“-Titelfoto des toten Uwe Barschel, vom Umgang der „Bild“ mit den Toten der Duisburger Love-Parade bis hin zur zweifelhaften Rolle von Journalisten des „Kölner Express“ im Gladbecker Geiseldrama.

Neu an der hitzigen Diskussion über Qualität im Journalismus ist der Ort, an dem sie geführt wird – immer häufiger findet sie in den sozialen Medien statt. Das stellt die Spielregeln der Mediensebstkontrolle auf den Kopf: Verärgerte Mediennutzer finden sich heute längst in Blogs und Foren, vernetzen sich über Facebook und Twitter und äußern ihren Unmut massenhaft und in Sekundenschnelle über das Internet, während in der Medienwelt von gestern am Ende nur wenige die Muße und Tatkraft besaßen, ihre Medienkritik in Form eines Leserbriefs auf den Weg zu bringen. Wo früher einmal Journalistinnen und Journalisten auf Medienseiten über Kollegen urteilten, wo im Presserat Profis über Patzer anderer Profis zu Gericht saßen – und wo im Zweifel die goldene Regel von der Krähe, die der anderen kein Auge aushackt, galt –, haben in der Medienwelt von heute unendlich viele Medien-Laien die Möglichkeit, ihre Kritik an den Leistungen des Journalisten lautstark in den sozialen Medien kundzutun. Immer häufiger geraten Journalisten auf die-

sem Weg unversehens in „Shitstorms“, etwa Anja Reschke (NDR) und Dunja Hayali (ZDF), die für ihre Kommentare zur Flüchtlingsdebatte wüst im Netz beschimpft wurden.⁰¹

Trotz solcher Auswüchse wird klar: Im digitalen Zeitalter können die etablierten Medien die Diskussion über die Rolle des Journalismus in der Gesellschaft nicht mehr steuern. Das stellt die traditionellen Instrumente der Mediensebstkontrolle vor große Herausforderungen – in Deutschland wie auch in vielen anderen demokratischen Ländern der Welt.

ENTWICKLUNG

Dass Medien überhaupt in professionellen Kreisen oder gar öffentlich darüber reflektieren, wie gut oder schlecht sie ihrer Verantwortung für die Herstellung einer kritischen Öffentlichkeit nachkommen, ist in Deutschland ein im Vergleich mit den angelsächsischen Ländern relativ junges Phänomen. Das britische Parlament verlängerte bereits 1695 den „Licensing Act“ nicht mehr, der Zensur ermöglicht hatte. In den Vereinigten Staaten wurde die Presse- und Meinungsfreiheit 1791 als „First Amendment“ in der Verfassung festgeschrieben – während die Zeitungen in Deutschland bis zum Ende des Kaiserreiches unter dem Kuratel der Obrigkeit standen und gemeinsam mit dem neuen Massenmedium Radio im „Dritten Reich“ als Propagandainstrument des Hitler-Regimes missbraucht wurden. Erst mit der Neuordnung des westdeutschen Mediensystems durch die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in der alten Bundesrepublik Rahmenbedingungen für Pressefreiheit geschaffen, während die ostdeutschen Medien mit dem Ende der DDR in die Eigenverantwortung gelangten.

Dadurch, dass die Medien in den USA und Großbritannien bereits so früh aus der staatlichen Kontrolle entlassen wurden, begannen amerikanische und britische Journalisten zu einem

vergleichsweise frühen Zeitpunkt, sich mit der Frage nach Selbstkontrolle zu beschäftigen. Bereits 1887 wurde im ersten Fachmagazin „The Journalist“ über Fragen des Berufsstands nachgedacht, 1910 verabschiedeten Journalisten im US-Bundesstaat Kansas einen ersten Pressekodex. Die Zeitung „New York World“ richtete 1913 ein „Accuracy Bureau“ ein, das gegen journalistisches Fehlverhalten im eigenen Haus vorging, und sozialkritische journalistische *muckraker* spürten auch Missständen in den Medien nach. So veröffentlichte der Journalist Will Irwin zahlreiche Enthüllungartikel über die amerikanische Zeitungspresse. Dennoch wuchs, zumal nach Ende des Zweiten Weltkriegs – in dem auch US-Medien massiver Militärzensur unterstanden –, auch in Amerika der Unmut über Medienexzesse, und immer mehr kritische Beobachter warfen die Frage auf, wie verantwortlich die Medien eigentlich ihre Freiheiten im Dienste der Gesellschaft nutzen oder ob sie diese nicht für ihren eigenen ökonomischen Vorteil missbrauchen.

Die Hutchins-Kommission, eine Gruppe von hochrangigen US-Intellektuellen, gab 1947 den entscheidenden Anstoß für eine Neubestimmung der Debatte über Medienselbstverantwortung mit ihrem öffentlichen Appell für Medienselbstkontrolle: „We recommend that the members of the press engage in vigorous mutual criticism. Professional standards are not likely to be achieved as long as the mistakes and errors, the frauds and crimes, committed by units of the press are passed over in silence by other members of the profession.“ Seit US-Präsident Nixon in seiner Amtszeit von 1969 bis 1974 massiven Druck auf die Medien ausübte und mit der Einsetzung einer staatlichen Medienaufsicht drohte, entwickelte sich in rascher Folge ein Netzwerk von Medienselbstkontrollinstrumenten: Seit den späten 1960er Jahren entstanden zahlreiche Journalism Reviews, die sich mit der Qualität der regionalen Medien auseinandersetzten, ab 1970 installierten führende Zeitungen – darunter die „Washington Post“ – sogenannte Ombudsmänner: Erfahrene Journalisten, die als Schnittstelle zwischen Redaktion und Publikum fungieren, Nutzerbeschwerden nachgehen und zugleich im besten Fall eigen-

initiativ in den Redaktionen Debatten über ethische Fragen anregen.⁰² Ein Beispiel aus jüngerer Zeit: Ein Ombudsmann der „New York Times“ warf öffentlich – und ohne Absprache mit der Chefredaktion – im eigenen Blatt die Frage auf, ob ein unparteiischer Blick auf den Krisenherd Nahost möglich sei, wenn der Sohn des Nahost-Korrespondenten der Zeitung in der israelischen Armee diene.⁰³

In Deutschland nahm die Entwicklung der Medienselbstkontrolle einen anderen Verlauf. Die Initialzündung für eine Selbstorganisation der Branche folgte auf staatlichen Druck: So drohte das Kabinett Adenauer aufgrund von wachsender Kritik den deutschen Medien mit der Einsetzung einer staatlichen Medienkommission; Verlegerverbände und Journalistengewerkschaften reagierten 1956 mit der Gründung des Deutschen Presserats als Anlaufstelle für Beschwerden über Presseberichterstattung. Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind die Rundfunkräte für die Aufsicht zuständig, im privaten Rundfunk die Landesmedienanstalten.

Auch die Medienselbstkontrolle ist in Deutschland – wie übrigens in vielen anderen nordeuropäischen Ländern – damit grundsätzlich korporatistisch angelegt. Selbstregulierung wird von den Interessenvertretern auf Ebene der Profession organisiert, während im angelsächsischen Raum viel stärker die (Medien-)Unternehmen die Verantwortung für den Umgang mit Missständen auf organisationaler Ebene wahrnehmen. So konnte sich in den USA kein Presserat auf nationaler Ebene behaupten (ein kurzlebiger Versuch scheiterte in den 1980er Jahren), während andererseits das Modell des Ombudsmanns, das inzwischen auch von Qualitätsmedien in vielen anderen Ländern von Spanien bis Japan erfolgreich praktiziert wird, in Deutschland nie populär wurde. Erst seit kurzem setzt sich eine kleine Gruppe süddeutscher Redakteure um den Ombudsmann der „Mainpost“, Anton Sahlender, für eine Wiederbelebung des Ombudsmanns-Konzepts in deutschen Redaktionen ein.⁰⁴

02 Zur Geschichte der Medienkritik in den USA vgl. Susanne Fengler, *Medienjournalismus in den USA*, Konstanz 2002.

03 Einen Überblick über die Ziele und Erfahrungen von Ombudsmännern bei internationalen Medien bietet die Website der Organization of News Ombudsmen: www.newsombudsmen.org.

04 Anton Sahlender hat die Vereinigung der Medien-Ombudsmänner gegründet: www.vdmo.de.

01 Vgl. Susanne Fengler, *From Media Self-Regulation to „Crowd-Criticism“: Media Accountability in the Digital Age*, in: *Central European Journal of Communication* 2/2012, S. 175–189.

KONZEPTE UND FORSCHUNG

Es ist inzwischen Konsens unter Medienbeobachtern aus Praxis und Wissenschaft, dass Medien verantwortungsvoll mit ihren verschiedenen gesellschaftlichen Anspruchsgruppen umgehen müssen, damit sie auch ohne externe Steuerung ihre vielfältigen sozialen Funktionen erfüllen können, wie der Kommunikationswissenschaftler Denis McQuail hervorhebt. In diesem Sinne definiert er *media accountability* als Prozess der Ko-Orientierung: „Accountable communication exists where authors (originators, sources, or gatekeepers) take responsibility for the quality and consequences of their publication, orient themselves to audiences and others affected, and respond to their expectations and those of the wider society.“⁰⁵

Unter den deutschen Begriffen „Medien selbstkontrolle“ oder „Medien selbstregulierung“ werden jene Prozesse verstanden, die Mitglieder der journalistischen Profession selbst anstoßen, um die Qualität ihrer Berichterstattung zu garantieren (Presseräte, Pressekodizes, Medienkritik).⁰⁶ Dem breiteren Begriff der *media accountability* ordnet der Medienethiker Claude-Jean Bertrand „any non-state means of making media responsible towards the public“ zu – und bezieht damit nicht nur Journalisten, sondern potenziell auch Mediennutzer und andere gesellschaftliche Stakeholder der Medien in den Prozess der journalistischen Qualitätssicherung ein.⁰⁷

In der jüngsten Vergangenheit ist zudem verstärkt das Konzept der „Medientransparenz“ in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses gerückt, wonach insbesondere auch Medienorganisationen durch die Bereitstellung von Informationen über redaktionelle Prozesse und die daran beteiligten Akteure dazu beitragen können, das Vertrauen in den Journalismus zu bewahren oder zurückzugewinnen (zum Beispiel mit Hilfe von

online verfügbaren Autorenprofilen, Mission Statements, Links zu Quellen, Redaktionsblogs und anderem mehr).⁰⁸

Das Erich-Brost-Institut für internationalen Journalismus in Dortmund (EBI) hat sich in den vergangenen Jahren im Rahmen von mehreren großen Studien vergleichend mit Medienselbstkontrolle im internationalen Vergleich beschäftigt. Im von der Europäischen Union geförderten Forschungsprojekt „Media Accountability and Transparency in Europe“ (MediaAcT) wurden die Strukturen der Medienselbstkontrolle in zwölf west- und osteuropäischen Staaten sowie ergänzend in Tunesien und Jordanien untersucht.⁰⁹ Aktuell kooperiert das EBI mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und legt Ende 2016 einen Vergleich der Strukturen der Medienselbstkontrolle in allen EU-Staaten zuzüglich Norwegen und der Schweiz sowie Israel, der Türkei und Russland vor. Die internationalen Studien zeigen: Im Vergleich mit den anderen europäischen Staaten ist das deutsche System der Medienselbstkontrolle – allen Unkenrufen über den „zahnlosen Tiger“ Presserat, aller wütenden Kritik, die im Vorwurf der „Lügenpresse“ gipfelt, zum Trotz – vielfältig und relativ leistungsfähig.

DEUTSCHE MEDIENSELBSTKONTROLLE

Die Anzahl der Beschwerden ist in den vergangenen Jahren stark angestiegen, was sich der Presserat mit der anhaltenden Vertrauenskrise der Medien erklärt. Der 16 Ziffern umfassende Verhaltenskodex des Deutschen Presserats gibt den deutschen Journalistinnen und Journalisten ein ethisches Gerüst an die Hand, wie mit Grenzfragen der Recherche, Schutz der Persönlichkeit und Ehre, mit der Bedeutung von religiöser Zugehörigkeit und ethnischer Herkunft in der Berichterstattung, aber auch mit Geschenken, die den Medienmachern überreicht werden, umzugehen ist. Breit diskutiert wurde in Zusammenhang mit den Vorfällen in der Kölner Silvesternacht 2015 zuletzt die Richtlinie 12.1

05 Denis McQuail, *Media Accountability and Freedom of Publication*, Oxford–New York 2003, S. 19.

06 Vgl. etwa Achim Baum et al., *Handbuch Medienselbstkontrolle*, Wiesbaden 2005; Ingrid Stapf, *Medien-Selbstkontrolle. Ethik und Institutionalisierung*, Konstanz 2006; Manuel Puppis, *Organisationen der Selbstregulierung. Europäische Presseräte im Vergleich*, Köln 2009.

07 Claude-Jean Bertrand, *Media Ethics & Accountability Systems*, New Brunswick–London 2000, S. 108; ähnlich Jo Bardoel/Leen d’Haenens, *Media Responsibility and Accountability: New Conceptualizations and Practices*, in: *Communications* 29/2004, S. 5–26.

08 Vgl. etwa Klaus Meier/Julius Reimer, *Transparenz im Journalismus. Instrumente, Konfliktpotentiale, Wirkung*, in: *Publizistik* 2/2011, S. 133–155.

09 Ausführliche Informationen zum Forschungsprojekt MediaAcT finden sich unter www.mediaact.eu sowie in: Susanne Fengler/Tobias Eberwein/Gianpetro Mazzoleni/Colin Porlezza/Stephan Ruß-Mohl (Hrsg.), *Journalists and Media Accountability. An International Study of News People in the Digital Age*, New York u. a. 2014.

des Kodex, die einen zurückhaltenden Umgang mit der Nationalität eines mutmaßlichen Straftäters anmahnt. Trotz teilweise lautstarker Kritik entschied sich der Presserat dazu, an der Richtlinie festzuhalten. Der Deutsche Presserat ist als unabhängiges Gremium von Verlegern und Journalisten organisiert, und seine Beschlüsse zu publizistischen Streitfällen werden von der Branche – mit Ausnahme der „Bild“, die sich regelmäßig weigert, Urteile des Presserats abzdrukken – anerkannt.¹⁰

Trotz der Medienkrise gibt es nach wie vor Medienseiten in den überregionalen Qualitätszeitungen, Sendungen wie „Markt und Medien“ im Deutschlandfunk oder „Zapp“ im NDR-Fernsehen, und nicht zuletzt einflussreiche Websites und Blogs wie „Heise online“ und das „Bildblog“, die sich mit medienethischen, medienökonomischen und medienpolitischen Fragen befassen. Der Deutsche Journalistenverband und die Mediengewerkschaft Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union leisten mit ihren Fachzeitschriften, Websites, Fachtagungen und Initiativen wie „Qualität im Journalismus“ einen Beitrag zur Debatte über Standards. Hinzu kommen Initiativen auf Ebene der Medienorganisationen: Einige Medien haben in den vergangenen Jahren eigene hausinterne Ethikkodizes verabschiedet und Formate entwickelt, die dabei helfen sollen, dem Publikum ein besseres Verständnis über die Hintergründe redaktioneller Entscheidungen zu vermitteln. So unterhält ARD-Aktuell das „Tagesschau-Blog“, in dem die Chefredakteure beispielsweise immer wieder öffentlich ihre Gedanken über den Umgang mit Youtube-Material und Tweets aus unzugänglichen Krisen- und Kriegsgebieten mitteilen. Mit „Hier spricht der Aushilfshausmeister!“ hat „Die Tageszeitung“ (taz) ihr Redaktionsblog „Hausmeisterblog“ überschrieben, „Die Zeit“ das Blog „Fragen der Zeit“ eingerichtet.

Zu einem interessanten Forum der Selbstreflexion hat sich nicht zuletzt Twitter entwickelt; aktuelle Studien am Institut für Journalistik der TU Dortmund haben gezeigt, dass Journalisten zunehmend von den sozialen Medien Gebrauch machen, um öffentlich über das Zustandekom-

men eines journalistischen Beitrags nachzudenken. Gerade unter Auslandskorrespondenten, die in den traditionellen Medien in der Regel nur wenig Platz für ihre Themen und Beiträge haben, oftmals aber in der journalistischen Praxis mit gewaltigen ethischen Herausforderungen konfrontiert sind – man denke nur an Krisen- und Kriegsberichterstattung – ist diese Form der Selbstreflexion beliebt.

EUROPÄISCHER VERGLEICH

Im internationalen Vergleich findet sich ansonsten nur in den skandinavischen Ländern, in den Niederlanden und in der Schweiz eine ähnliche Breite an Instrumenten der Medienselbstkontrolle. Eine Besonderheit im finnischen wie auch im Schweizer Mediensystem ist, dass der Presserat in diesen Ländern branchenübergreifend als Medienrat organisiert ist und sich auch mit Beschwerden über Rundfunk- und Online-Medien befasst. Die umfassende Zuständigkeit zahlt sich aus: Eine repräsentative Befragung von knapp 1800 Journalisten in 14 Staaten im Rahmen der MediaAcT-Studie hat gezeigt, dass die Medienräte in Finnland und der Schweiz von Journalisten in den beiden Ländern in herausragendem Maße als Instrument der professionellen Selbstkontrolle anerkannt sind.¹¹

Selbst für Medienkenner dürfte hingegen überraschend sein, wie schlecht es in vielen anderen europäischen Ländern um die Medienselbstkontrolle bestellt ist. So existiert in Frankreich nach wie vor kein Presserat – auch wenn Journalisten-Initiativen in den vergangenen Jahren immer wieder neue Anläufe unternommen haben. In Spanien funktioniert das System der Medienselbstkontrolle nur in kleinräumigen Gebieten – so wird der katalanische Presserat immerhin als effizient eingeschätzt. Italien verfügt über die Besonderheit einer „Journalisten-Kammer“: Wer in Italien als Journalist tätig werden will, muss eine Eignungsprüfung absolvieren, alle anderen Medienschaffenden werden als „Publizisten“ geführt.

Auch in Osteuropa haben sich in dem Vierteljahrhundert seit dem Fall des Eisernen Vorhangs nur schleppend Instrumente der Medienselbstkon-

¹⁰ Über die Spruchpraxis informiert der Presserat auf www.presserat.de, dort findet sich auch der Ethikkodex des Deutschen Presserats. Einen Überblick über Pressekodizes und weitere Instrumente der Medienselbstkontrolle auf internationaler Ebene hat die UNESCO zusammengestellt: www.unesco.org/new/en/communication-and-information/freedom-of-expression/professional-journalistic-standards-and-code-of-ethics.

¹¹ Vgl. Susanne Fengler et al., How Effective Is Media Self-Regulation? Results From a Comparative Survey of European Journalists, in: *European Journal of Communication* 3/2015, S. 249–266.

trolle etablieren können. Der polnische Presserat existiert de facto nur auf dem Papier, in anderen Ländern wie etwa Rumänien gar nicht. In Ungarn untersteht nach den massiven Eingriffen der Regierung unter Ministerpräsident Viktor Orbán in die Medienfreiheit auch der Presserat staatlichem Einfluss; auch in Lettland mischte sich die Regierung zuletzt in die Besetzung der Medienregulierungsbehörde ein. In Estland, das schon zu Sowjetzeiten vom engen kulturellen Austausch mit Finnland profitierte, wurde bereits in den 1990er Jahren ein Presserat gegründet; diesem setzten jedoch die Verleger – verärgert über die Spruchpraxis des von Journalistenverbänden getragenen Rates – bald darauf einen eigenen, deutlich weniger kritischen Presserat entgegen. Eine noch prekärere Situation findet sich in Bulgarien, wo die New Bulgarian Media Group der Oligarchin Irena Krastewa kurzerhand für die Journalisten ihrer Mediengruppe einen „Journalistenverband“ gründete, der einen eigenen „Ethikkodex“ verabschiedete. Hier schafft sich ein Medienunternehmen eigene Regeln.¹²

Beobachtungen dieser Art führten dazu, dass die in Reaktion auf die von Orbán herbeigeführten Änderungen im ungarischen Mediensystem eingesetzte High-Level Group on Media Freedom and Pluralism der EU sich ab 2011 unter anderem mit der Qualität der Medienselbstkontrolle in Europa beschäftigte.¹³ Zu den 2013 veröffentlichten Eckpunkten der von der ehemaligen lettischen Präsidentin Vaira Vīķe-Freiberga geführten Kommission gehörte die Forderung, in jedem EU-Mitgliedsstaat verbindlich einen Medienrat einzuführen, der dem Publikum als Anlaufstelle für Beschwerden dient. Die europäischen Medien reagierten auf diesen konstruktiv gemeinten Vorschlag jedoch mit erbittertem Protest: Quer durch Europa äußerten zahlreiche Verlegerverbände und Medienunternehmer lautstark den Verdacht, die EU wolle auf diesem Wege die Pressefreiheit in ihren Mitgliedsstaaten unterminieren. Besonderen Gegenwind bekam die High-Level Group aus Großbritannien – dort zieht der Skandal um journalistische Praktiken insbesondere der Boulevardpresse, die im

Zuge des „News of the World“-Skandals und der anschließenden als Leveson Inquiry bekannt gewordenen Untersuchung offenbar wurden, noch immer weite Kreise.¹⁴

Der britische Skandal zeigt die Unzulänglichkeiten des Systems der Medienselbstkontrolle auf: Obwohl die britische Press Complaints Commission zu den traditionellsten Presseräten gehört und vielfach als Vorbild gerühmt wurde, war sie nicht in der Lage, die Exzesse gerade der britischen Boulevardpresse – die weder vor der Bestechung von Polizeibeamten noch dem Hacken von Mailboxen von Mordopfern zurückschreckte – zu verhindern. Im Zuge der Leveson Inquiry wurde zwar versucht, ein verbindlicheres Modell der Medienselbstkontrolle zu schaffen, im Ergebnis setzten aber zuletzt mehrere Großverlage einen neuen Presserat ein. Diese neue Independent Press Standards Organisation (IPSO) wird von renommierten Medien wie dem „Guardian“ allerdings boykottiert, da Zweifel an seiner Zielsetzung bestehen. Der „Guardian“ versucht seither, durch Stärkung seines Ombudsmanns in Eigeninitiative medienethische Verantwortung zu beweisen. Das System der Selbstorganisation auf Branchenebene erscheint im Vereinigten Königreich somit weitgehend gescheitert. Und auch für die süd- und osteuropäischen Länder zeigt sich aus der Vogelperspektive des internationalen Vergleichs: Medienselbstkontrolle kann nur dort funktionieren, wo Journalisten an einem Strang ziehen, um ihre Interessen – auch im Sinne des Schutzes vor staatlicher Kontrolle – durchzusetzen.

In vielen osteuropäischen Ländern, aber auch beispielsweise in Frankreich existieren hingegen mehrere kleine Journalistenverbände, die untereinander im Wettstreit um Akzeptanz in der Branche stehen. In Österreich unternehmen Verleger nach jahrelanger Lähmung des Presserats durch einen Boykott der Medien der Kronen-Gruppe seit kurzem einen neuen Anlauf, einen handlungsfähigen und sogar mit quasi-juristischen Funktionen ausgestatteten Presserat ins Leben zu rufen. In vielen süd- und osteuropäischen Ländern, in denen das System der Medienselbstkontrolle lückenhaft und schwach entwickelt ist, bleiben somit oft nur Blogs und Social-Media-

¹² Vgl. Susanne Fengler/Tobias Eberwein/Matthias Karmasin (Hrsg.), *European Handbook of Media Accountability*, London 2016 (i. E.).

¹³ Vgl. High Level Group on Media Freedom and Pluralism, *A Free and Pluralistic Media to Sustain European Democracy*, Januar 2013, <https://ec.europa.eu/digital-agenda/sites/digital-agenda/files/HLG%20Final%20Report.pdf>.

¹⁴ Die umfassende Untersuchung „Culture, Practice and Ethics of the Press“ wurde 2012 veröffentlicht und findet sich auf der Website der Kommission: www.levesoninquiry.org.uk.

Aktivitäten kritischer Journalisten, in denen über Medienqualität und Medienversagen diskutiert werden kann.

STOLPERSTEINE UND WEGE, SIE ZU UMGEHEN

Ein zentrales Problem bei der Etablierung von Instrumenten der Medienselbstkontrolle gerade in Osteuropa, aber auch in den noch bis in die 1970er Jahre hinein von Militärdiktaturen regierten südeuropäischen Ländern (Spanien, Portugal, Griechenland), ist die Erfahrung mit staatlicher Instrumentalisierung und Kontrolle durch die Regimes, unter denen Medien und Journalisten jahrzehntelang zu leiden hatten. Vor diesem Hintergrund ist die Bereitschaft gerade vieler osteuropäischer Medien, neue Formen der (Selbst-)Kontrolle zu akzeptieren, sich sogar selbst nicht mehr als Opfer, sondern als Teil der neuen herrschenden Elite und damit notwendigerweise auch als Subjekt von Transparenz-Debatten zu begreifen, oft noch schwach ausgeprägt. Dabei sind die Medien gerade in diesen Ländern häufig eng mit der Politik verbandelt.

Zu den Besonderheiten der ost- und südeuropäischen Mediensysteme gehört auch, dass die Journalisten sich in ihrem Selbstverständnis viel stärker als etwa in Deutschland oder anderen nordeuropäischen Ländern als Teil einer Elite verstehen und ein eher negatives Bild von ihrem Publikum haben. Auf eine entsprechende Frage in der MediaAcT-Studie antworteten denn auch auffällig viele ost- und südeuropäische Journalisten, dass Offenheit im Umgang mit eigenen Fehlern nicht dazu beitrage, das Vertrauen in die Medien zu vergrößern. Ihre Kollegen aus Nord- und Westeuropa hingegen bejahten das Statement mehrheitlich.¹⁵ Gerade in Ost- und Südeuropa ist ein Bewusstseinswandel im Journalismus nötig. Das ebenfalls am EBI angesiedelte European Journalism Observatory arbeitet inzwischen mit Publikationen in mehreren Sprachen daran, die Sensibilität europäischer Journalisten für ethische Herausforderungen zu fördern.¹⁶

Denn die Gatekeeper geraten allorts in Bedrängnis. Die Frage, ob das Internet die Bereitschaft des Publikums, Kritik an den Leistun-

gen der Medien öffentlich zu äußern, vergrößert habe, wird laut der MediaAcT-Studie in vielen Ländern bejaht. Publikumskritik wird damit zu einem wesentlichen Faktor, insbesondere wenn die hergebrachten Instrumente der Medienselbstkontrolle nicht die erhoffte Schlagkraft entfalten. So wird Presseräten und von den Presseräten verabschiedeten Ethikkodizes von den europäischen Journalisten insgesamt im besten Fall durchschnittlicher Einfluss auf die Qualität der Berichterstattung zugeschrieben; als wesentlich effektiver wird das Medienrecht angesehen. Quer durch die Länder hinweg fühlen sich die Journalisten stärker ihrem eigenen Gewissen denn der Öffentlichkeit verpflichtet. Dies könnte sich mit der Zeit jedoch wandeln: Unseren Daten zufolge erhalten Journalisten bereits heute mehr Kritik über die sozialen Medien als über die klassischen Instrumente der Medienselbstkontrolle. Die junge Journalistengeneration misst dem Feedback via Facebook und Twitter bereits erhebliche Bedeutung zu.¹⁷

Nach wie vor ungelöst ist damit die Frage, wie sich die Systeme der Medienselbstkontrolle effektiver gestalten lassen, ohne dass dadurch in irgendeiner Form die Pressefreiheit gefährdet würde. Den meisten Presseräten in Europa bleiben kaum andere Möglichkeiten, als bei den kritisierten Medien auf eine Veröffentlichung ihres Urteilspruchs zu drängen. In manchen Fällen wird eine geringe Geldstrafe verhängt, die jedoch keine abschreckende Wirkung entfaltet. Damit bleibt letztlich nur die Drohung auf Verlust von Reputation unter Kollegen. Doch das System Journalismus stößt seine „schwarzen Schafe“ nicht konsequent genug aus; auch Medienmacher, die in Skandale wie beispielsweise die „Tom-Kummer-Affäre“ um frei erfundene Interviews mit Hollywoodstars verwickelt waren, sind weiterhin erfolgreich in der Branche tätig.

Eine interessante Option findet sich im irischen Mediensystem, das vor einigen Jahren einem grundlegenden Umbau unterzogen wurde: Hier berücksichtigen es Gerichte bei juristischen Streitfällen positiv, wenn sich Medien dem Presserat angeschlossen und dem Pressekodex verschrieben haben. Die MediaAcT-Studie zeigt auch, dass in solchen Medienhäusern, in de-

¹⁵ Vgl. Fengler et al. (Anm. 11).

¹⁶ Siehe die Website des European Journalism Observatory: www.ejo-online.eu.

¹⁷ Vgl. Wayne Powell/Mike Jempson, More Accountability in the Digital Age? The Influence of New Technologies, in: Fengler et al. (Anm. 9), S. 115–128.

nen die Redaktionsleiter ethisches Fehlverhalten sanktionieren, das Bewusstsein der Journalisten für die Relevanz von Medienselbstregulierung stärker ausgeprägt ist.

Es bräuchte mehr solcher Mechanismen, sowohl auf Branchenebene als auch auf Ebene der Redaktionen, die konsequent auf Anreize für eine effektivere Medienselbstkontrolle setzen – und denen es zugleich gelingt, mit dem tief greifenden Wandel fast aller Strukturen des Mediensystems Schritt zu halten. Denn wo und wie kann eigentlich noch eine Verständigung über ethische Werte im Journalismus stattfinden, wenn die Journalistenverbände keinen Nachwuchs mehr gewinnen, wenn immer mehr Journalisten als „Freie“ arbeiten und nebenher Auftragsarbeiten in der PR übernehmen müssen, um finanziell über die Runden zu kommen? Der MediaAcT-Studie zufolge messen Journalisten quer durch Europa redaktionellen Ethikkodizes auf Ebene der Medienunternehmen noch den vergleichsweise größten potenziellen Einfluss auf Standards im Journalismus zu.¹⁸

18 Vgl. Fengler et al. (Anm. 9).

Was spräche dagegen, die Vergabe staatlicher und auch privater Auftragsarbeiten davon abhängig zu machen, dass die betreffende Redaktion einen Ethikkodex entwickelt, einen Newsroom-Blog installiert, einen Ombudsmann eingesetzt oder einen „Correction Button“ für die Nutzer installiert hat, kurz: sich in welcher Form und mit welchem Ergebnis auch immer um *media accountability* bemüht? An einem funktionierenden System der Medienselbstkontrolle, das Voraussetzung dafür ist, dass Journalismus auch in Zukunft seine Schlüsselrolle für eine kritische demokratische Öffentlichkeit behalten kann, sollten nicht nur die Branche, sondern auch Publikum, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft größtes Interesse haben.¹⁹

SUSANNE FENGLER

ist Professorin am Institut für Journalistik der TU Dortmund und Leiterin des Erich-Brost-Instituts für internationalen Journalismus. susanne.fengler@tu-dortmund.de

19 Vgl. Fengler et al., Summary – Perspectives for Newsrooms, Policy-Makers and Journalism Educators, in: dies. (Anm. 9), S. 265–290.

Politisch, aktuell und digital

APuZ – auch im ePub-Format für Ihren E-Reader. Kostenfrei auf www.bpb.de/apuz



„LÜGENPRESSE!“

Medien als Gegenstand von Verschwörungstheorien

John David Seidler

Der pauschale Manipulations- und Täuschungsverdacht, der sich aktuell in Schlagworten wie „Lügenpresse“ oder „Systemmedien“ artikuliert, wird bislang vorrangig als Problem für den damit gemeinten Journalismus verhandelt. Das Phänomen greift allerdings weiter. Dass Massenmedien der Manipulation verdächtigt werden, ist seit jeher eine zentrale Ressource für Verschwörungstheorien und ebenso ein effektiver Schlüssel zur Mobilisierung und Rekrutierung für soziale Protestbewegungen und politische Parteien. Diese Perspektive spricht selbstredend ebenso wenig den Journalismus von seinen Problemen frei, wie sie seine Kritiker allesamt als Verschwörungstheoretiker bezeichnen würde. Sie fragt nach den Aktivitäten, die ermöglicht, und den Mechanismen, die hier in Gang gesetzt werden können.

Niklas Luhmann brachte einen zentralen Befund der Medienwissenschaft auf die folgende schlagende Formel: „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien.“⁰¹ Wer über Medien spricht, trifft damit also immer auch Aussagen über die eigene Wahrnehmung der Welt und somit auch über sich selbst. Daher können sich Deutungsgemeinschaften, Subkulturen oder politische Gruppierungen im Reden über Medien ihrer gemeinsamen Werte versichern und ihre kollektiven Identitäten stärken.⁰² Wenn Menschen etwa im Chor „Lügenpresse“ rufen, dann ist das – wie bereits die historischen Proteste gegen „Judenpresse“ oder „Springerpresse“ – also auch eine kollektive Inszenierung eines bestimmten menschlichen Selbst- und Weltverständnisses. Dies verdeutlicht bereits, dass das, was Journalistinnen und Journalisten heute als massiven Angriff auf sich und ihre Arbeit erleben, einen weiteren Effekt entfaltet, der nämlich nicht auf die Medien, sondern ins Innere einer sich mobilisierenden Bewegung zielt. Dass das kritische Reden über die Medien fester Bestandteil bildungsbürgerlicher Selbstvergewis-

serung ist, mag erklären, dass dessen besondere Funktion im Arsenal moderner Propaganda bislang unterbeleuchtet blieb.

MEDIENKRITIK ALS MASTER FRAME

Bewegungsakteure, so informiert uns die Forschung zu sozialen Bewegungen, „konstruieren im Kontext öffentlicher Auseinandersetzungen über strittige Themen ihre Problemdeutungen in der strategischen Absicht, möglichst breite öffentliche Resonanz für ihr Anliegen zu erzielen“.⁰³ Medien eignen sich als Gegenstand solcher Problemdeutung in besonderer Weise, da sie als Quelle unseres Wissens selbst der zentrale Ausgangspunkt jeglicher Deutungsproduktion in der Öffentlichkeit sind. Die Interpretation von Problemgegenständen seitens sozialer Bewegungen beschreibt die sozialwissenschaftliche Forschung, in Anlehnung an den Soziologen Erving Goffman, als Rahmung (*frame*). Solche Rahmungen sind von essenzieller Bedeutung für soziale Bewegungen und insbesondere für deren Mobilisierung. Ein Beispiel bieten die sogenannten Neuen sozialen Bewegungen ab Ende der 1960er Jahre: Die Rahmung der Problemfelder Atomkraft und Aufrüstung als gesamtgesellschaftliche Bedrohungsfaktoren etwa führte zu einer erfolgreichen Mobilisierung der grünen Bewegung.

Derartige bewegungsrelevante Rahmungen lassen sich hierarchisch in *collective action frames* und übergeordnete *master frames* unterscheiden: „Master frames are to (...) collective action frames as paradigms are to finely tuned theories“.⁰⁴ Als eigener Deutungsgegenstand erhalten „die Medien“ in diesem Modell und in den üblichen Nennungen von *master frames* bis dato kaum Beachtung, was angesichts ihrer Sonderstellung eine eklatante Lücke darstellt. Beim Deutungsgegenstand „Medien“ ist jedenfalls in Rechnung zu stellen, dass die Massenmedien nicht nur allen ande-

ren Gegenständen, die man kritisieren, bekämpfen oder enthüllen möchte, in der Wahrnehmung vorgelegt sind, sondern dass sie die interessierenden Probleme zwangsläufig ja auch selbst mittels bestimmter Rahmungen deuten. Eine Nachrichtensendung etwa kann ihre Gegenstände nicht *nicht* rahmen: Das Bild eines Bundespräsidenten ließe sich im Sprechertext etwa im Kontext von „Flüchtlingskrise“ rahmen, ebenso gut gingen aber auch „Koalitionskrach“, „soziale Ungerechtigkeit“ oder einfach „Herrenmode“. Und ebenso rahmen Medien zwangsläufig eben auch Informationen aus Damaskus, Kiew oder Washington.

Die kritische Rede über Medien impliziert somit ein großes Versprechen: Deutungshoheit. Und zwar nicht bloß über die Medien, sondern über alle Gegenstände, über die Medien berichten. Entsprechend sind „die Medien“ für die Rekrutierung und Mobilisierung von Protestbewegungen ein ausgesprochen naheliegender und in einzigartiger Weise universeller Deutungsgegenstand. Er ist von sonstigen *frames* zunächst weitgehend unabhängig und prinzipiell für breite Bevölkerungsgruppen anschlussfähig. Welches Problem auch immer beklagt wird – die Rolle der Medien ist dabei immer von Interesse, sofern sie aus Perspektive der Bewegungsakteure typischerweise „falsch“ oder zumindest unzureichend über das Problem informieren. Gerade eine pauschale Kritik an den Medien ist so gesehen besonders vielversprechend, ermöglicht sie doch auch Einigkeit und Querverbindungen zwischen ansonsten unterschiedlichen politischen Fronten.

Der medienkritische Deutungsrahmen ist also ein politischer „Fliegenfänger“. Angesichts der Universalität des Deutungsgegenstands Medien, der als Quelle unseres Wissens ja praktisch alle anderen Deutungsgegenstände fundamental betrifft, hat er eine übergeordnete Funktion, die ihn von allen anderen Gegenständen unterscheidet. In diesem Sinne lässt sich pauschale Medienkri-

tik, die „Manipulation“ und „Täuschung“ eines „betrogenen Volkes“ unterstellt, als *master frame* zur Rekrutierung und Mobilisierung politischer Protestbewegungen bis hin zur Bildung politischer Parteien begreifen.

Die radikalste Form dieses Deutungsrahmens, die „Medienverschwörungstheorie“, kann deshalb für politische Bewegungen und Organisationen bereits das eigentliche Kernthema ihrer öffentlichen Kommunikation bilden, mit dem sie erfolgreich ihre Anhängerschaft rekrutieren und mobilisieren. Der Kommunikationswissenschaftler Adrian Quinn beschrieb diesen Mechanismus einmal am Beispiel des französischen Front National: Obgleich die Idee, dass konspirative Mächte die Schaltstellen der Medien besetzen, im akademischen Kontext längst verworfen sei, bilde dieser Mythos das eigentliche Lebenselixier der rechtspopulistischen Partei: „It constitutes their reality.“⁰⁵

MEDIENVERSCHWÖRUNG: NOTWENDIGES STRUKTURMERKMAL

Die Medienverschwörungstheorie, die den Medien im großen Stil Fälschung und Irrtum, Manipulation und Verrat unterstellt, ist dabei kein Sonderfall moderner Verschwörungstheorie, sondern deren zentrales und notwendiges Strukturmerkmal. Die „Erzählform Verschwörungstheorie“ profitiert dabei nicht nur von der oben angesprochenen besonderen Anschlussfähigkeit dieser Rahmung, sie konstruiert auf dieser Basis auch weitestgehend ihre gesamte „Realität“. Verschwörungstheorien operieren in einem Modus des Verdachts, der voraussetzt, dass den Medien nicht zu trauen sei, wobei ihnen trotzdem beziehungsweise gerade deswegen verborgene „Wahrheiten“ zu entreißen seien. Die geheime Verschwörung verrät sich wie von selbst, so die Logik der Verschwörungstheorie, wenn man den Informations- und Bilderstrom der Massenmedien nur „scharfsinnig“ genug ausliest. Auch dieser Prozess der verschwörungstheoretischen Medienlektüre ist mit dem Goffman'schen Rahmen-Begriff gut beschreibbar. Meint dieser doch nichts anderes, als eine gegebene (hier: medial vermittelte) Situation auf eine bestimmte Weise

01 Niklas Luhmann, *Die Realität der Massenmedien*, Opladen 1996², S. 9.

02 Zu dieser Einsicht über „Mediendiskurse“ und soziale Bewegungen inspirierten mich unter anderem die Erörterungen von Tanja Carstensen, „Das Internet“ als Effekt diskursiver Bedeutungskämpfe, in: *Kommunikation@Gesellschaft* 7/2006, S. 3.

03 Reiner Keller, *Wissenssoziologische Diskursanalyse*, Wiesbaden 2008², S. 79.

04 Robert D. Benford/David A. Snow, *Master Frames and Cycles of Protest*, in: Aldon D. Morris/Carol McClurg Mueller (Hrsg.), *Frontier in Social Movement Theory*, New Haven 1992, S. 138.

05 Adrian Quinn, *Tout est lié: The Front National and Media Conspiracy Theories*, in: Martin Parker/Jane Parish (Hrsg.), *The Age of Anxiety. Conspiracy Theory and the Human Sciences*, Oxford 2001, S. 121.

zu betrachten und dann jeweilige „Fakten“ gemäß des gewählten Rahmens wahlweise zu betonen, zu vernachlässigen oder zu ignorieren. Die „Wahrheit“ der Verschwörungstheorie entsteht vor allem dadurch, dass man mediale Angebote insgesamt in den Rahmen „Verschwörung“ setzt, und dann je einzelne Informationen – Bildausschnitte, Textmeldungen und anderes mehr – im Sinne dieser Rahmung neue, „eigentliche“ Bedeutung erhalten. So lassen sich fortlaufend „alternative Wahrheiten“ herstellen, ohne dabei auch nur ansatzweise mit einer Realität jenseits des Medialen in Berührung zu kommen. Feldforschung ist nicht die Sache der Verschwörungstheorie. Sie entsteht am Schreibtisch, beim Beobachten von Beobachtungen.

Natürlich nutzen Verschwörungstheorien beizeiten auch schlicht die Option der Fälschung oder Manipulation. Ebenso können sie sich problemlos mit angeblichen wissenschaftlichen Studien und ähnlichen „Rationalitätsfiktionen“ ausstatten.⁰⁶ Die entscheidende Grundlage für das detektivisch anmutende Rätsel und die „spannenden Enthüllungen“ in Verschwörungstheorien bildet aber typischerweise die Beobachtung zweiter Ordnung. Es ist erkenntnistheoretisch gar nicht auszuschließen, dass derartig hergestellte Spekulationen zumindest als Vorstudien für den empirischen Nachweis konspirativer Vorgänge erfolgreich sein können. Es ist allerdings – zumal bei Unterstellung einer gewieften wie mächtigen Verschwörung – auch nicht wahrscheinlich. Mit einer wissenschaftlichen Methode, die Beweise produzieren soll, hat dieses Vorgehen jedenfalls nichts gemein.

Die an den verschwörungstheoretischen Erzählungen gut abzulesende Gefahr bei einer solchen Suche nach verborgenen „Wahrheiten“ ist, dass in diesem Modus der paranoischen Beobachtung prinzipiell alles möglich wird.⁰⁷ „Jeder Klartext-Satz kann geheime Botschaften enthalten, jedes Bild eine Tiefendimension oder zumindest einen Teil ihrer Koordinaten kreieren, die allein schon deswegen interessant und verdächtig

zugleich ist, weil sie dem größten Teil der über das Medium hergestellten Öffentlichkeit verborgen bleibt. (...) Tatsächlich ist nichts mehr, was es scheint, wenn die Medien selbst mit Verdacht beobachtet werden.“⁰⁸

Die Verschwörungserzählungen, die auf Grundlage solcher Rahmungen entstehen, sind dabei tatsächlich nicht selten „gut gemachte Geschichten“, die alles aufbieten können, was es braucht, um glaubwürdiger, überzeugender und deutlich unterhaltsamer zu sein als jede offiziell beglaubigte Version. Diese spannenden Enthüllungsgeschichten fungieren, mit dem Medientheoretiker Marshall McLuhan gesprochen, wie das saftige Steak, das ein Einbrecher mit sich führt, um den Wachhund abzulenken. Wäre der geistige Wachhund hier etwas wachsamer und weniger geblendet vom gleißend hellen Licht einer aufgeblasenen Aufklärungsrhetorik, könnte er klar sehen, dass die Verschwörungstheorie weit weniger ein Erleuchtungsmedium ist, als eine Hinführung zu politischen Hexenjagden und zur Deformation des politischen Klimas.

HISTORISCHE VORLÄUFER

Dass Verschwörungstheorien im politischen Raum wirksam werden, dass sie stereotype Feindbilder erzeugen und bedienen, ist selbst unter Verschwörungstheoretikern weitgehend unstrittig. Der „große Satan USA“, die Transatlantiker und Bilderberger, die Freimaurer, Illuminaten, Kommunisten und immer wieder die „jüdische Weltverschwörung“ in sämtlichen Chiffren gehören allesamt zu einem verschwörungstheoretischen Figurenkabinett, das nicht nur in der westlichen Kultur in zahlreichen politischen Strömungen und sozialen Bewegungen verankert ist. Die Medien selbst sind in diesem Figurenkabinett nicht nur einfach ein weiteres Phänomen, dem sich Verschwörungstheoretiker *auch noch* widmen würden. Sie sind als Deutungsgegenstand allen anderen vorgelagert und somit das eigentliche Primärobjekt – und somit auch der Schlüssel zu Erleuchtung und Erlösung.

Die historischen „Klassiker“ moderner (Medien-)Verschwörungstheorien sind Produkte der geistigen Bewegung der Gegenaufklärung, mithin

⁰⁶ Vgl. Uwe Schimank, Rationalitätsfiktionen in der Entscheidungsgesellschaft, in: Dirk Tänzler/Hubert Knoblauch/Hans-Georg Soeffner (Hrsg.), Zur Kritik der Wissensgesellschaft, Konstanz 2006, S. 67.

⁰⁷ Vgl. John David Seidler, Digitale Detektive. Verschwörungstheorie im Internet, in: Henning Lobin/Regine Keitenstern/Jana Klawitter (Hrsg.), Lesen, Schreiben, Erzählen. Kommunikative Kulturtechniken im digitalen Zeitalter, Frankfurt/M. 2013, S. 211–233.

⁰⁸ Torsten Hahn, Medium und Intrige. Über den absichtlichen Missbrauch von Kommunikation, in: Claudia Liebrand/Irmela Schneider (Hrsg.), Medien in Medien, Köln, 2002, S. 95f.

der ersten konservativen Bewegung im deutschsprachigen Raum. Durchgängiges Thema der Verschwörungstheorien um 1800 war die Medienrevolution des 18. Jahrhunderts, in deren Rahmen die französische Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte am 26. August 1789 nicht zuletzt auch die Presse- und Meinungsfreiheit als Menschenrecht festlegte. Im 18. Jahrhundert – und insbesondere nach der Französischen Revolution – entstand somit erstmalig ein allgemeines Bewusstsein für die gesellschaftliche Funktion und Bedeutung von Medien: „Dieser Bewußtseinsprung markiert kommunikationshistorisch den Initialpunkt jener permanenten ‚Medienrevolution‘, deren vorerst letzte Phase wir mit der Digitalisierung und globalen Vernetzung der Informationsströme aktuell erleben.“⁰⁹

Während optimistische Akteure die sich explosionsartig verbreitenden Medien vorrangig als Instrumente rein positiv konnotierter Aufklärung interpretierten, „als im Dienst der menschlichen ‚Glückseligkeit‘ zu entfesselnde Produktivkräfte“,¹⁰ machten die Verteidiger von Thron und Altar in der damaligen Publizistik die eigentliche „Pest im Finsternen“ aus: „Wenn Irreligion laut gepredigt, wenn die größten Injurien gegen Fürsten geduldet, autorisiert, und endlich durch die Presse allgemein gemacht werden sollten, so sey Preßfreyheit, da man sie von Seiten des Staates in Preßfrechheit habe ausarten lassen, ein trauriges Geschenk für die Menschheit.“¹¹ Die florierende Medienkultur jener Zeit bildete die zentrale Projektionsfläche für zeitgenössische Verschwörungstheorien, die von nun an darauf zielten, Verschwörungen mit Verweis auf das massenmediale System zu „beweisen“.

Von herausragender Bedeutung für Ausgestaltung und Verbreitung jener prototypischen modernen Verschwörungstheorie, derzufolge der Geheimbund der Illuminaten die Französische Revolution „gemacht“ habe und seither im Verborgenen die Unterjochung einer guten

alten Welt vorantreibe, waren die sogenannten Eudämonisten: eine kleine Gruppe gegenaufklärerischer Publizisten in den deutschsprachigen Territorien, die sich nach dem Vorbild aufklärerischer Geheimgesellschaften zur „Gesellschaft patriotischer Gelehrter“ verbanden. Die professoralen Patrioten vereinten ihr publizistisches Schaffen ab 1795 in der Zeitschrift „Eudämonia oder Deutsches Volksglück: Eine Zeitschrift für Freunde von Wahrheit und Recht“. Wie der Titel bereits andeutet, gehörte die „Eudämonia“ zu den Vorreitern eines deutschnationalen Tonfalls. Auch die Erstnennung des Begriffs vom „Vaterlandsverräter“ findet sich hier. Der Nationalismus der Zeitschrift entsprach jener destruktiven Variante, die sich bis heute vorrangig über Bedrohungsszenarien definiert. Unschwer erkennbar ist hier bereits die Deckungsgleichheit des Glaubens an eine Nation mit dem Glauben an eine Verschwörung, nämlich eine Verschwörung zu ihrer Abschaffung. Die nationale Bedrohung, der die „Eudämonia“ im Kampf um die öffentliche Meinung Widerstand leisten wollte, war die Infragestellung der absolutistischen Herrschaft und angebliche Gefährdung des Christentums durch das vermeintliche Aufklärungskomplot der Illuminaten. „Sollte es da nicht wenigstens den Anders-Denkenden erlaubt seyn, auch ihre Meinung über Gegenstände zu sagen, von welchen das Wohl oder Wehe von Deutschland abhängt?“, hieß es entsprechend besorgt in der ersten Ausgabe.¹²

Das durchgängige Thema der „Eudämonia“ war fortan das „abscheuliche literarische Schriftsteller und Buchhändler Komplott mit seinen Ränken und Absichten“, mithin der mediale Mainstream um 1800: „Seitdem der Illuminatenorden beinahe alle gelehrte Journale sich zu eigen gemacht hat, ist der Recensenten- und Journalistenunfug in ein völliges System gebracht worden. Jedermann der nur sehen will, sieht es jetzt klar genug.“¹³ Dass nun „jedermann“ klar sehen könne, wenn er nur wolle, entsprach bereits jener paradoxen und noch heute virulenten Lektüreanweisung, nach der man die Verschwörung enthüllen kann, wenn man die medialen Angebote nur genau genug beobachtet. Die deutsche Illuminatentheorie und jene Hermeneutik des Sehens

09 Ernst Fischer/Wilhelm Haefs/York-Gothart Mix, *Aufklärung, Öffentlichkeit und Medienkultur in Deutschland im 18. Jahrhundert*, in: dies. (Hrsg.), *Von Almanach bis Zeitung. Ein Handbuch der Medien in Deutschland*, München 1999, S. 9.

10 Georg Stanitzek/Hartmut Winkler, *Eine Medientheorie der Aufklärung*, in: dies. (Hrsg.), *Josias Ludwig Gosch, Ideenumlauf*, Berlin 2006, S. 23.

11 Anonymus [vermutlich Christian Grolman], *Nachrichten von einem großen aber unsichtbaren Bunde gegen die christliche Religion und die monarchischen Staaten*, o. O. 1797², S. 20.

12 Anonymus, *Prospectus*, in: *Eudämonia 1795*, S. III f.

13 Anonymus, *Anfrage, den Journalisten- und Recensenten-Unfug betreffend*, in: *Eudämonia 1797*, S. 85 f.

verbreiteten sich zwischen konservativen Publizisten in den folgenden Jahren in ganz Europa und bis in die „Neue Welt“.

In Tradition der „Eudämonia“ und ihrer Polemisierung gegen die „Preßfrechheit“ verwendeten konservative Akteure nach der Deutschen Revolution von 1848/49 übrigens zunehmend den Begriff der (jüdischen) „Lügenpresse“ zur Delegitimierung der liberalen Presse. Denn die revolutionäre Erhebung von 1848 mündete zwar in eine Phase politischer Restauration, doch als ein zentrales Eingeständnis an die Revolution bestand im Deutschen Bund seither die Pressefreiheit.

Die Liste weiterer Bewegungen, die das verschwörungstheoretische Erzählmuster und den Deutungsgegenstand „Medien“ von der Gegenklärung adaptierten, führt weit mehr Bewegungen auf als jene neuen „Patrioten“, die man heute leicht als Erben der Eudämonisten ausmachen kann. Die Bewegungen des modernen Antisemitismus gehören mit ihrem fortlaufenden Verweis auf die „Judenpresse“ ganz sicher dazu. Ebenso wird man dem Philosophen Karl Popper zustimmen können, der einmal befand: „Die Verschwörungstheorie der Unwissenheit in ihrer marxistischen Form ist bekannt: Die kapitalistische Presse unterdrückt die Wahrheit und füllt die Gehirne der Arbeiterschaft mit falschen Ideologien.“¹⁴ Dabei ist die umrissene Theorie natürlich nicht eigentlich marxistisch, sondern eben universell und der exakte Vorläufer heutiger „Wahrheitsbewegungen“ jeglicher Couleur.

Trotz dieser Befunde lässt sich das Phänomen Verschwörungstheorie durchaus auch getrennt von sozialen Bewegungen und politischer Propaganda betrachten. Der gelegentlich spielerische Umgang mit dem Motiv und dessen Verwertung im Unterhaltungssektor entkoppeln Verschwörungstheorien scheinbar von ihrer soziopolitischen Funktion. Wohl auch deshalb verbuchen zumindest hierzulande nicht wenige Beobachter das Phänomen vorrangig als eher ulkige Randerscheinung, die keine nennenswerte Bedeutung für das politische Klima hat. Auch der mainstreamjournalistische Umgang mit dem Thema stellt häufig die unterhaltungswirksame Rätselartigkeit spektakulärer

Verchwörungstheorien heraus oder betont die vermeintlich kurios-pathologische Sozialfigur des „Verschwörungstheoretikers“ als „verrückten Anderen“. Ganz so, als gebe es keine rational auftretenden Verschwörungsfans, Medien- und Bewegungsakteure, die diese Erzählungen erst effektiv aufbereiten und verbreiten. Damit unterstützt der Journalismus selbst allerdings eine einigermaßen naive Perspektive, die sich genau dann rächt, wenn Reporter vor Ort plötzlich gesonderter Sicherheitsmaßnahmen bedürfen und die professionellen Beobachter politischer Umwälzungen gar nicht aus dem Staunen kommen.

Bislang fehlt es weitestgehend an einem Verständnis der beschriebenen Mechanismen, die eben nicht erst überraschend seit dem Herbst 2014 auf den Dresdner „Abendspaziergängen“ der Pegida („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung Europas“) wirken, sondern eine historische Konstante bilden.

GLAUBWÜRDIGKEITSLÜCKE DER MASSEN MEDIEN

Mit der Einsicht, dass wir es mit einer historischen Konstante zu tun haben, stellt sich auch die Frage nach den tieferen Gründen des Misstrauens gegenüber den Medien. Dass man den Journalismus und das mediale System nur „besser“ machen müsse, und schon sei das Problem gelöst, ist eine Beteuerungsformel, an die vermutlich die Vertreter journalistischer Verbände selbst nicht glauben (was selbstredend nicht heißt, man solle nicht genau daran arbeiten: sowieso und immer).

Für das Misstrauen und die Manipulationsvorwürfe gegenüber den Medien lassen sich nämlich grundsätzlich zweierlei Motive benennen, und erst das zweite hat mit dem tatsächlichen journalistischen Angebot zu tun. Das erste Motiv, das auch in der aktuellen Vertrauenskrise der Medien Beachtung verdient, lässt sich als strukturell bedingte Glaubwürdigkeitslücke bezeichnen. Das Misstrauen der Menschen begleitet die Medien seit jeher: Die Ablösung der *Face-to-face*-Kommunikation durch Schrift und insbesondere durch den Buchdruck, so Niklas Luhmann, erzwang erstmalig die Unterscheidung von Information und deren Mitteilung – mit der Folge, dass der Mitteilung seither misstraut wird. Denn seit man der Mitteilung nicht mehr direkt (am

¹⁴ Karl R. Popper, *Vermutungen und Widerlegungen*, Tübingen 2009², S. 8f.

Gesicht des Gegenübers) ablesen kann, was es mit ihr auf sich hat, verstärkt sich der Verdacht, dass die Informationsseite anderen Motiven folgt, als sie glauben machen will.¹⁵

Dies ist ein Manipulationsvorwurf, für den die mediale Kommunikation also gar nichts kann. Und schlimmer: Sie kann den Verdacht kaum entkräften. Es ist nämlich ein logischer Effekt medialer Kommunikation, dass sie uns nicht eine Information mitteilen und gleichzeitig auch darüber informieren kann, wie sie diese Information produziert. Natürlich können Journalisten sich bemühen, ihre Arbeit transparenter zu machen. Aber auch diese Transparenzbemühungen sind dann ja Teil einer medialen Inszenierung, über deren Produktion wiederum Transparenz herzustellen wäre, was ebenso nur als mediale Vermittlung vonstattengeht, und so geht es weiter und weiter. „Keine Vermittlung vermag ihre eigenen Bedingungen, sowenig wie ihre Materialitäten und Strukturen mitzuvermitteln“, hält der Philosoph Dieter Mersch das Paradoxon des Medialen fest.¹⁶ Und auch die digitale Revolution mit ihren Transparenzversprechen wird daran nichts ändern können. Wenn wir also letztlich nicht wissen, warum wir mit medialen Erzeugnissen, „mit Texten und Bildern konfrontiert werden, dann ist das Einzige, was wir erwarten können, eine dunkle Verschwörung, eine verborgene Manipulation“. So jedenfalls die Annahme des Philosophen Boris Groys, der entsprechend schlussfolgert: „Die einzige Theorie, die unser reales Verhältnis zu den Medien beschreibt, ist die Verschwörungstheorie.“¹⁷

Man muss dieser These gar nicht widerspruchslos folgen, um anzuerkennen, dass der Verdacht von Manipulation und Verschwörung in den Medien zumindest stets plausibel und abrufbar ist. Dazu gehört allerdings auch die Einsicht, dass der Manipulationsverdacht gar kein Affekt sein muss, sondern ebenso gut strategische Entscheidung sein kann. Und was sich vom Zweifel nährt, das will vom Zweifel auch nicht lassen. Unter den Bedingungen einer derzeit lebensweltlich erfahrbaren Welle des Verdachts sind diese medientheoretischen Beobachtungen mehr als ein akademisches

Gedankenspiel. Sie machen plausibel, dass der Verdacht auch ohne akut benennbare Manipulationen und journalistische Irrtümer – die das zweite Misstrauensmotiv bilden, das dem ersten seine Nachweise liefert – und auch unter Bemühung und Verbesserung sämtlicher journalistischer Standards immer seine Gründe hat, sich seiner Existenzberechtigung zu versichern.

Die Glaubwürdigkeitslücke der Massenmedien ist tatsächlich „nicht Folge eines irgendwie abstellbaren Missbrauchs dieser Einrichtungen. Sie ist vielmehr ein Effekt der normalen Operationen dieser Medien“.¹⁸ Dass die Klage über den Missbrauch dieser Einrichtungen, die Warnung vor verzerrten Nachrichten und Berichten wie auch der Tadel an der Vermüllung des Unterhaltungssektors außerdem selbstredend fortlaufend ihre Berechtigung finden, macht den Manipulationsverdacht umso eingängiger. Wer die Medien in diesem Sinne kritisieren möchte, erwirbt sich ein Abonnement fürs Rechthaben. Die Suche nach passenden Beispielen ist immer vielversprechend. Wer aber an eine finale Abstellung der beklagten Erscheinungen glaubt, dem ist nicht mehr zu helfen. Verzerrungen und Quotenschrott gehören nicht erst seit der Einführung des Privatfernsehens zu den Zumutungen einer freien und pluralen Medienkultur. Auch die aufgeklärteste Kritik an diesen Erscheinungen täte allerdings gut daran, sich zuallererst selbst unter Verdacht zu stellen.

JOHN DAVID SEIDLER

ist Medienwissenschaftler und lebt und arbeitet in Köln und Berlin. Seine Dissertation „Die Verschwörung der Massenmedien. Eine Kulturgeschichte vom Buchhändler-Komplotz bis zur Lügenpresse“ erschien 2016.

johnd.seidler@gmail.com

¹⁵ Vgl. Niklas Luhmann, *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt/M. 1987, S. 223 ff.

¹⁶ Dieter Mersch, *Posthermeneutik*, Berlin 2010, S. 105.

¹⁷ Boris Groys, *Der Verdacht ist das Medium*, in: Carl Hegemann (Hrsg.), *Endstation Sehnsucht. Kapitalismus und Depression*, Berlin 2000², S. 86.

¹⁸ Nikolaus Wegmann, *Literarische Autorität: Common Sense oder literaturwissenschaftliches Problem? Zum Stellenwert der Literatur im Feld der Medien*, in: Georg Stinitzek/Wilhelm Voßkamp (Hrsg.), *Schnittstelle. Medien und Kulturwissenschaften*, Köln 2000, S. 88 f.

Herausgegeben von
der Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15. Juli 2016

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash (Volontär)
Anne-Sophie Friedel
Johannes Piepenbrink (verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne Seibring
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

APuZ
Nächste Ausgabe
33-34/2016, 15. August 2016

MAGHREB

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.

Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH, Frankfurt am Main
parlament@fs-medien.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter
einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell Keine
Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz